

Bezirkskonferenz
18. & 19. Juni 2022
Springe



Antragsbuch

**„Der Weg des Fortschritts
ist weder kurz noch
unbeschwerlich.“** - *Marie Curie*

Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2022

Herausgeber*innen:

Jusos Bezirk Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller*innen verantwortlich.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1. Begrüßung

TOP 2. Wahl eines Präsidiums

TOP 3. Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 4. Beschluss über die Tagesordnung

TOP 5. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 7. Grußworte

TOP 8. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

TOP 9. Entlastung des Bezirksvorstandes

TOP 10. Beratung von Änderungsanträgen an die Satzung

TOP 11. Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

TOP 12. Beschluss über ein Vorsitzmodell

TOP 13. Wahl einer oder eines Bezirksvorsitzenden

TOP 14. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden

TOP 15. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

TOP 16. Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

TOP 17. Wahlen der Vertreter*innen im Bundesausschuss

TOP 19. Nominierungen

TOP 19. Antragsberatung

TOP 20. Schlusswort

Vorgeschlagene Geschäftsordnung

§ 1 Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.

§ 2 Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder gem. § 2 Abs. 1 und 2 der Satzung sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.

§ 3 Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

§ 4 Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau* und einem Mann das Wort erteilt wird. Stehen keine Frauen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden.

§ 5 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

§ 6 Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Durch GO-Antrag kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt auf einen kürzeren Zeitraum festgesetzt werden.

§ 7 Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich.

§ 8 Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.

§ 9 Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden.

§ 10 Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand und für die Nominierung zum SPD-Bezirksvorstand sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz am Samstag möglich. Personalvorschläge für die Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress sind bis zu dreißig Minuten nach der Fortsetzung der Konferenz am zweiten Tage zulässig. Personalvorschläge zum Bundesausschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Wahl und Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.

Personalvorschläge

Kandidaturen für den Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Albers	Marco Darius	UB Diepholz, UB Hameln-Pyrmont, UB Hildesheim, UB Lüneburg, UB Nienburg, UB Northeim-Einbeck, UB Region Hannover, UB Schaumburg, UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Kandidaturen für den stellvertretenden Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Block	Emily	UB Nienburg
Glaubitz	Tim	UB Hildesheim
Hemme	Pascal	UB Celle
Herschmann	Noel	UB Schaumburg
Hoffmann	Bo	UB Hameln-Pyrmont
Jaernecke	Yuma Elisa	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Meyer	Lara	UB Diepholz
Romahn	Franziska	UB Lüneburg
Schoor	Leon	UB Göttingen
Schuster	Thilo	UB Northeim-Einbeck
Seidel	Pascal	UB Diepholz
Weers	Stefanie	UB Region Hannover

Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress

Name	Vorname	Nominiert von
Ahrens	Lasse	Region Hannover
Ahrens	Jette	Region Hannover
Albers	Marco	Region Hannover
Al-Fawal	Aseel	Region Hannover
Arlt	Niklas	Region Hannover
Arslan	Turan	Region Hannover
Asche	Benjamin	Region Hannover
Bakenhus	Torben	Region Hannover
Bartholdy	Finn	Region Hannover
Baumgarte	Tom	Region Hannover
Benecke	Stella	Landkreis Harburg
Bergmann	Melissa	Holzminen
Bishop	Aaron	HamelN-Pyrmont
Block	Emily	Nienburg
Bosco	Jean	Region Hannover
Claußen	Maurice	Region Hannover
Danaii	Daryoush	Region Hannover
Dietrich	Max	Lüneburg
Düselder	Johannes	Region Hannover
Erdbrink	Jonathan	Landkreis Harburg
Fleischmann	Jan	Celle
Friedrichs	Daniel	Göttingen
Friedrichs	Matthias	Region Hannover
Gasch	Anton	Region Hannover
Gehrke	Madeleine-Sophie	Region Hannover
Georgi	Simon	Region Hannover
Glaubitz	Tim	Hildesheim
Gotzheim	Tim	Region Hannover
Graser	Nadine	Region Hannover
Greyer	Lea	Region Hannover
Günther	Erik	Region Hannover
Gutmann	Golnas	Region Hannover
Hädrich	Tabea	Region Hannover
Halbrügge	Anton	Region Hannover
Hattendorf	Mathis	Region Hannover
Heinrich	Ronja	Region Hannover
Heinrich	Michel	Region Hannover
Heintze	Jana	Region Hannover
Henze	Hannes	Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Herschmann	Noel	Schaumburg
Hillberg	Antonia	Hildesheim
Hoffmann	Bo	HamelN-Pyrmont
Hondozi	Saranda	Region Hannover
Husmann	Lea-Kendra	Schaumburg
Iciok	Dilara	Region Hannover

Jaernecke	Yuma Elisa	Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Jürgens	Linda	Hameln-Pyrmont
Jürgens	Merten	Region Hannover
Kaftan	Fatima	Celle
Kaiser	Arne	Region Hannover
Kemper	Marie	Göttingen
Kiecol	Josephine	Lüneburg
Kienast	Julian	Region Hannover
Koop	Merle	Region Hannover
Krüger	Marc	Region Hannover
Kunte	Raffael	Region Hannover
Laemmerhirt	Ronja	Diepholz
Lang	Tobias	Region Hannover
Linne	Ole	Region Hannover
Lohmann	Karl Henrik	Nienburg
Maas	Johanna	Region Hannover
Marquard	Laurin Lion	Region Hannover
Meyer	Lara	Diepholz
Meyer	Sören	Celle
Meyer	Inga	Region Hannover
Mittelstädt	Lea	Region Hannover
Mohammed	Hedi	Northeim-Einbeck
Mordzynski	Maxim	Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Moszczynski	Ole	Region Hannover
Nienstädt	Frederic	Holzminden
Pape	Alexander	Celle
Pavaral	Hugo	Region Hannover
Peisker	Niklas	Region Hannover
Raabe	Paul	Region Hannover
Radke	Katrin	Region Hannover
Rohmann	Kim	Region Hannover
Romahn	Franziska	Lüneburg
Rosenthal	Franziska	Region Hannover
Rößger	Felix	Region Hannover
Rother	Isabel Antonia	Region Hannover
Röver	Margerith	Region Hannover
Schäfer	Christina	Region Hannover
Schlomann	Carlotta	Region Hannover
Schneider	Jeremy	Region Hannover
Schoor	Leon	Göttingen
Schulz	Siard	Diepholz
Schünemann	Dennis Lee	Region Hannover
Schuster	Thilo	Northeim-Einbeck
Seidel	Pascal	Diepholz
Sherpa	Tim	Region Hannover
Soltmann	Ben	Region Hannover
Stein	Rebecca	Region Hannover
Stummeyer	Nils	Region Hannover

Swoboda	Clara	Region Hannover
Tadje	Julia	Region Hannover
Thieme	Luca Tom	Lüneburg
Trittmann	Jonas	Region Hannover
Waldheim	Ronja	Region Hannover
Walkowiak	Justina	Region Hannover
Weers	Stefanie	Region Hannover
Weifenbach	Marlon	Northeim-Einbeck
Weiß	Andreas	Region Hannover
Wilkening	Daniel	Schaumburg
Yamlahi	Dina	Region Hannover
Zenzirkian	Furkan	Region Hannover

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AP01	Arbeitsprogramm: "Der Weg des Fortschritts ist weder kurz noch unbeschwerlich." - Marie Curie Bezirksvorstand	14

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Solidarität mit TV Stud Unterbezirk Göttingen	26
A03	Lücken in der Landwirtschaftlichen Altersversorgung schließen Unterbezirk Lüneburg	28
A04	Für eine konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion im Arbeitsrecht! Unterbezirk Region Hannover	29
A05	Antrag zur Senkung bürokratischer Hürden bei Beantragung von Grundsicherung Unterbezirk Region Hannover	30

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kinderschutz Unterbezirk Lüneburg	31

D - Digitales und Medien

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Gewalt auf Porno-Plattformen beenden Unterbezirk Göttingen	32
D02	Recht auf Digitale Selbstbestimmung Unterbezirk Region Hannover	36
D03	Lasst die Kekse verbrennen! Third-Party-Tracking verhindern Unterbezirk Nienburg	37

E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	We stand with Ukraine! Bezirksvorstand	39
E02	Der Westbalkan ist Europa. Bezirksvorstand	48
E03	Kein Druckmittel! Es geht um Menschen! - Stoppt das Morden an den Grenzen! Unterbezirk Göttingen	50
E04	Trotz alledem - Aufrüstung ist nicht das Ziel! Unterbezirk Göttingen	52

F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Spanien macht es vor – Dem Ende der sexistischen Spielzeugindustrie! Unterbezirk Lüneburg	56
F02	Frauen sind Frauen. Dafür brauch Mensch kein Gendersternchen. Unterbezirk Lüneburg	57
F03	Weg mit dem TSG! – Jetzt aber wirklich! Unterbezirk Göttingen	58
F04	Wir wollen echten Fortschritt – der Paragraph 218 muss endlich weg! Unterbezirk Region Hannover	59
F05	Gleiche Brust für alle Unterbezirk Göttingen	60
F06	Zusammenleben neu denken Bezirksvorstand	61

G - Gesundheit und Körperpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Verstaatlichung der Krankenhäuser und Seniorenheimen Unterbezirk Landkreis Harburg	64
G02	Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigten bei U3 und U9 Unterbezirk Lüneburg	65
G03	Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht! Unterbezirk Lüneburg	66
G04	Sterilisation für alle, die es möchten Unterbezirk Göttingen	67
G05	Mehr Therapeut*inne für alle - Kassensitze neu berechnen Unterbezirk Göttingen	68

I - Inneres und Antifaschismus

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Abschaffung von Freiheitsstrafen für Schwarzfahrer Unterbezirk Landkreis Harburg	69
I02	Begrenzung des Wahlalters Unterbezirk Landkreis Harburg	70
I03	Verpflichtende Fortbildungen für Familienrichter*innen Unterbezirk Lüneburg	71
I04	Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsverfahren Unterbezirk Lüneburg	72
I05	Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kindesmissbrauchs“ Unterbezirk Lüneburg	73
I06	Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder Unterbezirk Lüneburg	74
I07	Verstärkte Verfolgung von Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst Unterbezirk Lüneburg	75
I08	Keine harmlose Waffe: nehmt der Polizei die Taser weg! Unterbezirk Göttingen	76
I09	Wer nicht feiert, hat verloren Unterbezirk Göttingen	78
I10	Kein Platz für rechtes Geschwurbel Unterbezirk Region Hannover	79
I11	Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren! Unterbezirk Region Hannover	81
I12	Legalize it - for all! Unterbezirk Region Hannover	82
I13	Demokratie feiern! Unterbezirk Göttingen	83
I14	Gegen willkürliche Überwachung - Abschaffung von § 129 a, b StGB Unterbezirk Göttingen	84
I15	Mit Nazis spricht man nicht – Keine Besetzung von Podien mit rechten Parteien Unterbezirk Göttingen	85
I16	Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt schaffen Unterbezirk Göttingen	87
I17	Verbot der Grauen Wölfe Unterbezirk Göttingen	89
I18	Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen!	91

Bezirksvorstand

K - Kommunen und Ländliche Räume

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K01	Kommunale Wirtschaftspolitik fördern! Geschäftsbanken machen's möglich Unterbezirk Nienburg	95

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Umgestaltung des Juso-Logos Unterbezirk Lüneburg	97
S02	Wider dem Lärm – Laubläser stoppen Unterbezirk Göttingen	98
S03	Sport ist politisch! Bezirksvorstand	99
S04	Gratis Wetter für alle Unterbezirk Göttingen	101

U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Raub – und Großkatzen gehören nicht in den privaten Besitz! Unterbezirk Schaumburg	102
U02	Haltungsklassen System ausweiten Unterbezirk Landkreis Harburg	103
U03	Mutterkonzern muss erkennbar sein – den Endverbraucher mit mehr Transparenz schützen! Unterbezirk Region Hannover	104
U04	Medikamente und Blei aus Wasser filtern Unterbezirk Nienburg	105

V - Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag Unterbezirk Region Hannover	107
V02	Kostenloses Interrail-Ticket für neu in die EU eingebürgerte, volljährige Personen Unterbezirk Region Hannover	108

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Antrag zur Wiederauflage des Kinderbonus von 2020/21 Unterbezirk Landkreis Harburg	109
W02	Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende Unterbezirk Region Hannover	110
W03	Mehrwertsteuersenkung für vegetarische und vegane Produkte Unterbezirk Region Hannover	111
W04	Entweder staatliche Unterstützung oder Dividenden Unterbezirk Göttingen	112

Antrag AP01: Arbeitsprogramm: “Der Weg des Fortschritts ist weder kurz noch unbeschwerlich.” - Marie Curie

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Vorwort**

2 Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2021 befindet sich die Sozialdemokratie in
3 einer Situation, die große Teile der Öffentlichkeit kaum erwartet hätten: Nach 16
4 Jahren wird die Bundesregierung wieder von der SPD geführt! An diesem Bundestag und
5 dieser Bundesregierung ist vieles neu: Zum ersten Mal regiert eine Ampel-Koalition
6 aus SPD, Grünen und FDP im Bund. Und zum ersten Mal wurden 49 Abgeordnete im Juso-
7 Alter in den Deutschen Bundestag gewählt. Diese Situation beeinflusst auch unsere
8 Arbeit als Jusos.

9 Die Ampel-Koalition hat sich das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ auf die Fahnen
10 geschrieben und tatsächlich gibt es einige Fortschritte im Koalitionsvertrag, die mit
11 der Union in den letzten Jahren nicht möglich waren – zum Beispiel die Aufhebung von
12 Paragraph 219a. Nichtsdestoweniger ist uns als Jusos bewusst, dass diese Regierung
13 keine linke Regierung ist. Wenn es um Sozialpolitik, um die Rechte von
14 Arbeitnehmer*innen, um die Schuldenbremse oder um ein gerechteres Steuersystem geht,
15 erweist sich die FDP als Bremsklotz in der Koalition. In der Debatte um die
16 allgemeine Impfpflicht hat sich bereits gezeigt, dass der Umgang mit der FDP
17 keineswegs immer einfach sein wird. Umso wichtiger wird es sein, dass wir Jusos das
18 Regierungshandeln kritisch begleiten und die Ampel an ihrem Fortschrittsversprechen
19 messen. Fortschritte wie z.B. die Reform des Bleiberechts müssen endlich umgesetzt
20 werden. In einem besonderen Maße gilt dieser Umgang auch für die sozialdemokratischen
21 Kabinettsmitglieder. Die Regierung und diese Fraktionsstärke sind eine gewaltige
22 Chance. Wir werden dafür kämpfen, dass diese Chance genutzt wird! Dazu wollen wir
23 selbstverständlich auch den Austausch mit den linken Abgeordneten im Juso-Alter
24 suchen.

25 Innerhalb des Verbands werden wir im kommenden Jahr darauf setzen, Kontinuität in
26 unserer Bildungsarbeit und inhaltlichen Arbeit aufzubauen. Mit unseren Seminaren
27 werden wir unseren Mitgliedern, viele davon während der Pandemie eingetreten, die
28 inhaltlichen Grundlagen für ihr politisches Engagement mitgeben und sie für den
29 demokratischen Sozialismus begeistern. Nach zwei Jahren Pandemie ist aber auch der
30 Bedarf nach persönlichem Kennenlernen groß. Wir werden deshalb Räume schaffen, in
31 denen beides Platz haben wird: Politisch diskutieren und gemeinsam Spaß haben!

32 Wir sind der Verband für junge, linke Menschen im Bezirk Hannover. Wir kämpfen in den
33 Parlamenten und auf der Straße für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, für
34 eine feministische Gesellschaft und den Fall des Patriarchats, wir kämpfen für
35 Solidarität, die alle Staatsgrenzen überwindet. Allen, die diese Ziele mit uns

36 teilen, können wir eines versichern: Ihr könnt weiterhin mit uns rechnen!

37 **Bildungsarbeit**

38 Im kommenden Vorstandsjahr wird unsere Bildungsarbeit erneut eine wichtiger
39 Bestandteil unserer Arbeit sein. Mit Weitsicht wollen wir unsere regelmäßigen
40 Bildungsveranstaltungen nach Möglichkeit in Präsenz durchführen. Bei dem Format
41 wollen wir auf die bewährten 2-tägigen Denkfabriken zu unseren Verbandssäulen setzen.
42 Darüber hinaus wollen wir optional zu ausgewählten Themen die im vergangenen Jahr
43 eingeführten eintägigen Thinktanks fortführen, um uns auch vertiefende Inhalte und
44 Positionen zu erarbeiten. Unser Bildungsangebot soll flexibel durch digitale
45 Veranstaltungen zu aktuellen Themen ergänzt werden, damit allen Mitgliedern aus den
46 13 Unterbezirken eine einfache Teilnahme an kompakten Bildungsveranstaltungen
47 ermöglicht wird. In der Gestaltung der Bildungsveranstaltungen und Workshops wollen
48 wir zum einen viel Platz für den Austausch und die Vernetzung zwischen den
49 Teilnehmer*innen lassen und zum anderen durch das gezielte Einladen von Expert*innen
50 für ein inhaltlich hohes Niveau sorgen, um das Fundament unseres Verbands weiter
51 stärken zu können. Um weiterhin Seminare auf Abruf anzubieten, aber gleichzeitig das
52 Angebot zielgruppengerechter gestalten zu können, wollen wir das Angebot als „BeVos
53 auf Abruf“ vereinfachen. Bei den BeVos auf Abruf können sich die Vertreter*innen aus
54 den Unterbezirken niederschwellig an das thematisch verantwortliche Mitglied des
55 Bezirksvorstands wenden und inhaltliche Fragen diskutieren oder auch ein digitales
56 oder Präsenz-Seminar vereinbaren.

57 **Über die Denkfabriken hinaus**

58 Nach zwei Jahren Pandemie ist die Sehnsucht nach persönlichem Austausch und
59 Kennenlernen im Verband besonders groß. Unsere Mitglieder treten wegen ihrer
60 politischen Überzeugungen ein, aber sie bleiben aktiv, weil sie sich bei uns im
61 Verband wohl fühlen, Spaß haben und vielleicht sogar Freund*innenschaften schließen.
62 Auch im nächsten Jahr wollen wir deshalb neben unseren Bildungsveranstaltungen
63 weitere Möglichkeiten zur Vernetzung unserer Mitglieder anbieten. Formate dafür
64 können z.B. ein Sommerfest oder ein gemeinsamer, geselliger Jahresabschluss sein.
65 Wir Jusos kämpfen entschlossen gegen jede Form des Antisemitismus und für eine aktive
66 Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Als weitere
67 Veranstaltung abseits unserer Denkfabriken werden wir deshalb eine Gedenkstättenfahrt
68 organisieren. Außerdem wollen wir einen Synagogenbesuch vornehmen, um uns über
69 jüdisches Leben im Bezirk Hannover zu informieren und die Wünsche jüdischer Gemeinden
70 an die Politik mitzunehmen.

71 **Weiterbildung des Vorstands**

72 Wir wollen die Chance als Vorstand nutzen und uns selbst auch in einigen
73 Themenfeldern weiter- und fortbilden, damit unsere Vorstandsarbeit kritisch bleibt
74 und wir unsere Kompetenzen weiter ausbauen. So möchten wir uns inhaltlich mit der
75 Durchführung kompetenter Awareness-Arbeit befassen, um einen verbesserten Umgang mit
76 Betroffenen von struktureller Diskriminierung zu gewährleisten. Indem wir selbst an
77 einem Anti-Sexismus-Training teilnehmen, möchten wir uns stärker für einen
78 respektvollen Umgang miteinander sensibilisieren und uns kompetente Reaktionen auf

79 sexistische Situationen aneignen. Des Weiteren halten wir u.a. einen Rhetorik-
80 Workshop, aber auch Workshops mit dem inhaltlichem Schwerpunkt in Selbstorganisation
81 und -management für geeignet, um unsere Fähigkeiten als Vorstandsmitglieder
82 auszuweiten.

83 **Unsere Verantwortung als feministischer Verband**

84 Wir wollen Geschlechterplena auf Bezirksveranstaltungen beibehalten.
85 Geschlechterplena sind ein Tagesordnungspunkt, bei dem sich die Teilnehmenden in ein
86 FLINTA*-Plenum (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender
87 Personen) sowie ein Männerplenum aufteilen. Während im FLINTA*-Plenum über den Tag
88 und eventuelle Vorkommnisse gesprochen wird, wird im Männerplenum vor allem das
89 eigene Verhalten kritisch reflektiert. Ziel ist es zum einen, Awarenessarbeit und
90 Empowerment für FLINTA*-Menschen zu leisten und auf der anderen Seite kritische
91 Männlichkeit zu üben. Zusätzlich zu den Geschlechterplena auf Bezirksveranstaltungen
92 soll den Unterbezirken angeboten werden, bei eigenen Veranstaltung Geschlechterplena
93 durch Mitglieder des Bezirksvorstand durchführen zu lassen, damit das Konzept auch
94 dezentral bekannter wird.

95 Die Vernetzung zwischen Angehörigen marginalisierter oder minoritärer Gruppen
96 herzustellen und ihnen geschützte Räume zu eröffnen, ist ein wirkungsvoller Ansatz
97 zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung und Benachteiligung. Diesem Ansatz
98 folgend hat der ehemalige Bezirksvorstand bereits Projekte gestartet, um insbesondere
99 FLINTA*-Personen und minderjährige Jungsozialist*innen zu stärken. An diese Arbeit
100 möchte auch der zukünftige Vorstand anschließen. Nicht nur sollen die FLINTA*-
101 Vernetzung und der Austausch minderjähriger Jungsozialist*innen unter dem Motto jung
102 & politisch weitergeführt werden, sondern auch Queer-Vernetzungsmöglichkeiten
103 geschaffen werden.

104 **Unsere Themen**

105 **Feminismus**

106 Feminismus wird auch im kommenden Vorstandsjahr ein zentrales Thema für uns sein.
107 Deswegen wollen wir uns weiterhin feministischer Grundlagenarbeit widmen, um unter
108 anderem Neumitglieder aber auch allen anderen Mitgliedern unseres Verbandes für
109 feministische Themen und einen feministischen Umgang zu sensibilisieren. Ein
110 feministischer Verband zu sein, heißt für uns, dass Feminismus in jeder Situation
111 intersektional gelebt werden muss! Konkret wollen wir uns außerdem mit feministischen
112 Themen wie dem Gender Pay Gap und Gender Care Gap weiter auseinandersetzen und
113 erarbeiten, wie die strukturellen Benachteiligungen endlich enden. Wichtig ist uns
114 dabei, dass jede*r die gleiche Lebenswirklichkeit hat und somit eine gerechte
115 Anerkennung und vor allem eine gerechte Entlohnung bekommt. Denn immerhin verbringen
116 Frauen durchschnittlich 52,5% mehr Zeit mit unbezahlter Care-Arbeit. 2021 haben nach
117 der unbereinigten Gender Pay Gap immer noch 18% weniger die Stunde verdient als
118 Männer. Feminismus wird in unserem Verständnis intersektional gesehen, um die
119 Wechselwirkungen von verschiedenen Benachteiligungen im gesellschaftlichen Kontext
120 sichtbar zu machen und damit Ausschluss zu verhindern.

121 **Awarenessarbeit**

122 Der Begriff der Awareness leitet sich ab von dem englischen „to be aware“ und meint
123 ein machtkritisches Bewusstsein über die eigene Position mit dem Ziel, einen
124 achtsamen und respektvollen Umgang ohne Platz für Formen von Diskriminierung, Gewalt
125 und Grenzverletzungen zu pflegen. Wir werden weiterhin Awareness-Teams bei
126 Veranstaltungen aufstellen. Gleichzeitig wollen wir unsere Awareness-Arbeit
127 konzeptionell weiterentwickeln und durch eine gezielte Kommunikation in den
128 Unterbezirken verbreiten.

129 **Diversität in Kunst und Kultur**

130 Anknüpfend an das vergangene Vorstandsjahr wollen wir auch dieses Jahr unsere
131 inhaltliche Arbeit zum Thema Diversität in Kunst und Kultur vertiefen. Vor allem soll
132 dabei die Erarbeitung eines umfassenden Antrags im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus
133 wollen wir aber auch der Einladung der Diversitätsagentin des Staatstheaters Hannover
134 nachkommen und das Theater zu besuchen, um mit Akteur*innen direkt vor Ort ins
135 Gespräch zu kommen.

136 **(Straf-)recht und Feminismus**

137 Feminismus muss in allen Teilen politischen Handelns mitgedacht werden, so auch im
138 (Straf-)recht. Das gerade bei dem Thema Nachholbedarf herrscht haben uns zuletzt die
139 Debatten zum Thema Catcalling und #MeToo gezeigt aber auch teilweise steigende
140 Fallzahlen zeigen, dass bei dem Thema kein Ende in Sicht ist. Insbesondere soll es
141 darum gehen, welche Möglichkeiten es gibt insbesondere die Rechtsgüter von Frauen*
142 besser zu schützen. Hierzu wollen wir in den Austausch mit Expert*innen treten, um
143 von ihrem Fachwissen zu profitieren aber auch um konkrete Lösungsmöglichkeiten zu
144 diskutieren.

145 **Queere-Themen**

146 Queere-Themen sollen bei uns im Verband auch weiterhin eine große Rolle spielen.
147 Nicht nur ist es unser Anspruch, dass queere Perspektiven bei allen Bereichen der
148 inhaltlichen Arbeit mitgedacht werden, sondern darüber hinaus wollen wir auch
149 strukturell mehr machen. Ebenfalls wollen wir die diversen CSD-Demonstrationen
150 unterstützen und vor Ort sein.

151 **Familienmodelle**

152 Familie ist schon lange nicht mehr Mutter, Vater, Kind. Es gibt eine Vielzahl von
153 Familienmodellen, die aber nicht alle die gleichen Rechte haben. Daher fordern wir
154 ohne Einschränkungen die Gleichstellung aller Partner*innenschaften nach innen und
155 nach außen. Damit geht für uns auch die Verteilung der Care-Arbeit einher. Denn durch
156 rechtliche Rahmenbedingungen des Staates, wie z.B. Steuererleichterungen bei
157 unterschiedlicher Verdiensthöhe der Ehepartner*innen (aufgrund des Gender Pay Gap
158 verdienen häufig Frauen* weniger als Männer) fällt die Care-Arbeit aktuell oft auf
159 FLINTA* Personen zurück. Deshalb stehen wir für die Änderung der Rahmenbedingungen in
160 unserer Gesellschaft und stellen uns solidarisch hinter alle Familienmodelle. Damit
161 einher geht für uns auch die Unterstützung von alleinerziehenden Eltern in unserer
162 Gesellschaft.

163 **Kritische Männlichkeit**

164 In welchen Situationen sind eigene Handlungen sexistisch geprägt? Was kann ich
165 machen, um Sexismus zu erkennen? Wie positioniere ich mich konsequent gegen Sexismus?
166 Wie kann ich als privilegierte Person solidarisch mit Betroffenen sein?

167 Die kritische Männlichkeit befasst sich genau mit diesen Fragen und zeigt Wege für
168 ein pro-feministisches Engagement auf. Wir sind ein feministischer Richtungsverband
169 und daher spielt der Feminismus in allen Bereichen für uns eine unverzichtbare Rolle.
170 Doch wir müssen besonders männlichen Genossen die Bedeutung ihres individuellen
171 Handels und Auftretens bewusst machen und sie dafür sensibilisieren. Deshalb ist für
172 uns die kritische Männlichkeit ein wichtiger Bestandteil im feministischen
173 Werkzeugkasten.

174 **Mental Health**

175 Psychische Erkrankungen und andere mentale Beschwerden sind bis heute mit Stigmata
176 verbunden, die es aufzulösen gilt. Wir möchten weiterhin gegen die Tabuisierung von
177 Mental Health kämpfen und für das Thema sensibilisieren. Hierzu muss die Awareness im
178 Verband gestärkt und mehr Aufmerksamkeit für das Thema nach außen geschaffen werden.

179 **Sozialökologische-Transformation (Klima und Energie)**

180 1,5 Grad Celsius – das beschlossene Klimaziel aus dem Übereinkommen von Paris der UN-
181 Klimakonferenz aus dem Jahr 2015 ist hinlänglich bekannt und dennoch hält die zu hohe
182 Erderwärmung an und der bedrohliche Meeresspiegelanstieg sowie Extremwetterereignisse
183 sind schon heute sichtbar. Unsere Antwort darauf ist die sozialökologische
184 Transformation, um endlich den notwendigen Systemwandel voranzutreiben. Hierzu müssen
185 wir in allen Sektoren schnellstmöglich drastisch die CO₂-Emissionen reduzieren.
186 Grundlage dafür ist, insbesondere in Hinblick auf den russischen Angriffskrieg in der
187 Ukraine, den Ausbau Erneuerbarer Energien endlich ernsthaft voranzutreiben, um den
188 Energiesektor zu dekarbonisieren, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu
189 minimieren, um eine resiliente Energieversorgung zu gewährleisten. Doch nicht nur der
190 Energiesektor, sondern auch der Gebäude- und Verkehrssektor sowie die Industrie muss
191 durch direkte oder indirekte Elektrifizierung den Treibhausgasausstoß minimieren. In
192 Richtung Klimaneutralität müssen wir im Rahmen der sozialökologischen
193 Transformationen viele Interessen berücksichtigen und bündeln, um beispielsweise die
194 Mobilitätswende auch im ländlichen Raum ankommen zu lassen und um zukunftsfeste und
195 gut bezahlte Industriearbeitsplätze entstehen zu lassen.

196 **Wohnraum**

197 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 öffentlich gefördert, dieses ambitionierte Ziel
198 hat sich die Ampelregierung auf Initiative der SPD in den Koalitionsvertrag
199 geschrieben. Doch der Ausbau stockt massiv, deshalb wollen wir uns im nächsten Jahr
200 damit beschäftigen, wie man den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum vorantreiben kann,
201 der insbesondere auch uns jüngere Menschen betrifft. Gleichzeitig macht der Bausektor
202 mittlerweile 38% der weltweiten Klimaemissionen aus und führt zur weiteren
203 Versiegelung von Flächen. Wir müssen deshalb intensiv überlegen, wie wir heute schon
204 so bauen können, dass unsere Klima- und Umweltziele eingehalten werden.

205 **Mobilität**

206 Für uns Jusos ist die Mobilitätswende eine der Schlüsselaufgaben, um den Klimawandel
207 zu bekämpfen. Deswegen werden E-Mobilität und ÖPNV sehr wichtige Werkzeuge sein, um
208 dies zu erreichen. Vor allem wird der Bezirksvorstand sein Augenmerk auf den ÖPNV im
209 ländlichen Raum setzen. Wo der ÖPNV alleine nicht ausreicht, müssen wir auch Sharing-
210 Modelle stärker in den Blick nehmen. Wir wollen, dass der Bund die Kommunen
211 unterstützt, fahrradfreundlicher zu werden, damit diese klimaneutrale Art der
212 Fortbewegung an Attraktivität gewinnt. Den Umstieg vom motorisierten
213 Individualverkehr auf alternative Mobilitätskonzepte wollen wir erleichtern. Der
214 Schienenfernverkehr muss billiger, der Ausbau muss vorangetrieben und die
215 Zuverlässigkeit erhöht werden. Das Ziel ist es, den Emissionsausstoß und die
216 Feinstaubbelastung durch den Verkehrssektor auf ein möglichst niedriges Level zu
217 bringen. Klimaneutralität ist ein Muss.

218 **Natur- und Umweltschutz**

219 Deutschland muss nicht nur die Klimakrise bewältigen und so schnell wie möglich aber
220 spätestens bis 2045 klimaneutral werden, sondern muss ebenso die Biodiversitätskrise
221 bekämpfen. Die Biodiversitätskrise geht einher mit einem verbreiteten Artensterben
222 (wie insbesondere ein bedeutender Rückgang von Insekten) und dem Schrumpfen der
223 Artenvielfalt. In den kommenden Jahrzehnten könnten Millionen Tier- und Pflanzenarten
224 von der Erde verschwinden, warnen einschlägig Forscher*innen und Naturschutzverbände.
225 Wir fordern einen konsequenten Natur- und Artenschutz, der über Naturschutzgebiete
226 hinaus wirksam ist. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft müssen wir uns gegen
227 eine übermäßige Nährstoffanreicherung und Umweltverschmutzung einsetzen. Durch
228 zielorientierte und konsequente Steuer und Anreizsystem müssen wir die Nachhaltigkeit
229 fördern und den schonenden Umgang mit Ressourcen forcieren. Konkrete Ideen wollen wir
230 hier formulieren: Höhere Besteuerung von Plastik, Fassaden und Dachbegrünung sowie
231 sinnvolle Blühwiesen, Bildung für nachhaltige Entwicklung in alle (Berufs-)kontexte
232 implementieren. Moore und Wälder sind natürliche Kohlenstoffsinken, Auen dienen als
233 Hochwasser-Barrieren und magere Wiesen und Streuobst-Bestände als Lebensräume für
234 Nützlinge und Bestäuber. Diese Funktionen natürlicher Gebiete müssen erhalten bleiben
235 oder durch Renaturierungen zurückgewonnen werden. Und auch eine nachhaltige
236 Kreislaufwirtschaft und das Senken des virtuellen Wasserverbrauches sind notwendig,
237 um auch zukünftig sauberes Trinkwasser für alle zur Verfügung zu haben.

238 **Rassismus bekämpfen**

239 Wir Jusos kämpfen für eine vielfältige Gesellschaft und gegen jede Form der
240 Diskriminierung. Dazu gehört der Kampf gegen Rassismus. Rassismus ist nicht nur Teil
241 rechter Ideologien, sondern allgegenwärtig in unserer Gesellschaft. Jedoch wird
242 gerade dieser strukturelle Rassismus nach wie vor viel zu oft geleugnet oder
243 relativiert. Zur Wahrheit gehört außerdem, dass BIPOC in der Politik und in unserem
244 Verband nach wie vor unterrepräsentiert sind. Als Verband, der für intersektionalen
245 Feminismus eintritt, ist es für uns in diesem Kontext entscheidend, Schnittmengen und
246 wechselseitige Verstärkungen verschiedener Diskriminierungsformen herauszuarbeiten.
247 Deshalb wollen wir antirassistische Arbeit im kommenden Jahr in den Fokus rücken,
248 inhaltlich dazu arbeiten und für das Thema sensibilisieren. Nicht zuletzt der

249 unterschiedliche Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine und Geflüchteten aus nicht-
250 europäischen Ländern zeigt, wie eng rassistische Denkmuster mit migrationspolitischen
251 Maßnahmen verbunden sind. Daher wollen wir die gegenwärtige Migrations- und
252 Asylpolitik sowie die Ziele des Ampel-Koalitionsvertrags kritisch beleuchten. Einer
253 Politik aus Abschreckung, Pushbacks und Abschiebungen setzen wir Humanität und
254 Solidarität entgegen!

255 **Antifaschismus**

256 Der Kampf gegen jede Form des Faschismus bleibt eine unserer Grundsäulen. Als
257 Bezirksvorstand werden wir daher unsere antifaschistische Arbeit in Form von
258 Veranstaltungen, Seminaren und Publikationen fortsetzen. In diesem Zusammenhang
259 wollen wir uns auch mit unseren Bündnispartner*innen vernetzen und mit ihnen
260 gemeinsam den antifaschistischen Kampf antreten. Wir werden außerdem weiterhin über
261 die Bedrohung durch rechte Ideologien und rechte Gewalt aufklären und uns für einen
262 entschlossenen Kampf der Zivilgesellschaft sowie der Politik gegen Rechts einsetzen.
263 Dazu gehört insbesondere die Gefahr, die von rechten Strukturen in
264 Sicherheitsbehörden ausgeht und die nach wie vor allzu oft geleugnet oder relativiert
265 wird. Wir begrüßen es, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen Aktionsplan
266 gegen Rechtsextremismus vorgelegt hat - ein deutlicher Fortschritt im Vergleich zu
267 ihren christdemokratischen Vorgängern. Umso wichtiger ist es für uns, auf die
268 konsequente Umsetzung des Plans zu drängen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass nicht
269 alle Menschen gleichermaßen von rechter Gewalt bedroht sind. Das Gefühl der Bedrohung
270 ist für viele BIPOC allgegenwärtig, ebenso die Erfahrung, dass die Polizei sie eher
271 verdächtigt als schützt. Auch regional unterscheiden sich die Bedrohungslagen. In
272 ländlich geprägten Regionen ist es oft deutlich schwieriger, Bündnisse gegen rechte
273 Gruppen zu bilden oder Gegendemos zu organisieren. Unsere Solidarität muss deshalb
274 immer den Menschen gelten, die sich Nazis entgegenstellen und jenen, die ihrem Hass
275 und ihrer Hetze ausgesetzt sind. Kein Fußbreit dem Faschismus!

276 **Internationalismus**

277 Als Bezirk Hannover haben wir bereits in der Vergangenheit Maßstäbe im Bereich
278 Internationalismus gesetzt. Daran werden wir anknüpfen und im kommenden Jahr intensiv
279 mit Fragen der internationalen Politik beschäftigen.

280 **Feministische Außenpolitik**

281 Wir erleben, wie althergebrachte Konzepte der Außenpolitik scheitern oder an ihre
282 Grenzen geraten. Ob der Versuch des nation building in Afghanistan oder Wandel durch
283 Annäherung mit Russland – es fällt vielen schwer noch einen klaren außenpolitischen
284 Kurs zu formulieren. Daher ist es auch kein Zufall, dass Ideen zur feministischen
285 Außenpolitik jetzt besonders intensiv diskutiert werden. Feministische Außenpolitik
286 lenkt den Blick auf diejenigen, die besonders massiv unter Kriegen und politischer
287 Instabilität leiden, denen gleichzeitig aber oft kaum eine aktive Rolle bei der
288 Beilegung von Konflikten zugestanden wird. Wir haben bereits eine gute Beschlusslage
289 zur feministischen Außenpolitik, wollen dieses Konzept aber im kommenden Jahr noch
290 stärker im Bezirk verankern und konkretisieren. Damit wollen wir auch einen Gegenpol
291 zu den oft männlich dominierten Internationalismus-Debatten aufbauen.

292 ***Konsequenzen aus dem Krieg in der Ukraine***

293 Seit Februar 2022 herrscht Krieg in Europa. Die russische Regierung unter Wladimir
294 Putin führt einen einseitigen und willkürlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
295 Grundlage dafür ist eine imperialistische Ideologie, die der Ukraine ihre staatliche
296 Eigenständigkeit abspricht. Ein Teil der russischen Kriegsführung sind gezielte
297 Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung bis hin zu Massakern wie in Butscha.
298 Als Jusos Bezirk Hannover haben wir bereits seit der Annexion der Krim 2014 vor der
299 aggressiven russischen Außenpolitik gewarnt. Die Außenpolitik der Bundesrepublik aber
300 wurde bis Februar 2022 von einer Mischung aus Geschäftsinteressen und dem Glauben an
301 „Wandel durch Annäherung“ mit Russland geleitet. Als Bezirk Hannover trifft uns
302 besonders die unbeirrbar Freundschaft des Ex-Bundeskanzler Gerd Schröder zu Wladimir
303 Putin. Wir wollen die Fehleinschätzungen innerhalb der SPD und der deutschen Politik
304 insgesamt aufarbeiten und uns in die Debatten zur Zukunft der Außenpolitik innerhalb
305 der Jusos und der SPD einbringen. Ein Weiter-so kann es nach diesem Krieg nicht
306 geben!

307 ***Ein sozialdemokratisches Europa ist die Antwort***

308 Als Vorstand bekennen wir uns zu Europa und fordern eine offene, nachhaltige und
309 solidarische Europapolitik. Wir setzen uns ein, dass wirtschaftliche Ungleichheiten
310 bekämpft werden und mehr Geld für jugend- und arbeitsmarktpolitische Innovationen zur
311 Verfügung steht. Wir fordern eine EU, die kompromisslos die Einhaltung des Pariser
312 Klimaabkommens forciert und weiterhin für sozial-ökologische Ziele kämpft. Die EU ist
313 für uns dabei mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie steht auch für
314 gemeinsame Werte, die durch die Verstärkung autoritärer und nationalistischer
315 Regierungen immer stärker bedroht sind. Hier muss die europäische Union
316 Handlungsfähigkeit zeigen und gegen Verstöße gegen unsere Grundwerte vorgehen. Die
317 Rechte von Geflüchteten müssen geachtet und Asyl als Menschenrecht anerkannt,
318 Seenotrettung entkriminalisiert werden, unabhängige Gerichte und die Pressefreiheit
319 müssen in allen Staaten vollständig gewährleistet sein. Eine tiefere Spaltung Europas
320 auf soziokultureller Ebene muss verhindert werden. Deshalb müssen wir mehr Europa
321 wagen.

322 ***China-Politik***

323 Die aktuelle Lage in der Ukraine zwingt uns auch auf andere aggressive
324 außenpolitische Töne zu achten. China hat erneut bekannt gegeben sich Taiwan aneignen
325 zu wollen. Wie dies geschehen soll ist noch zu schleierhaft, aber dass es gegen den
326 Willen der Bevölkerung von Taiwan geschehen soll ist eine reale Bedrohung. Nicht nur
327 für die Bewohner*Innen Taiwans, sondern auch für die Ordnung in der Welt, die die
328 Volksrepublik China als aufsteigender Global Player in ihrem Interesse beeinflussen
329 will. Deshalb wird der Bezirksvorstand sich dafür einsetzen, die Außenpolitik in
330 Bezug auf China weiterhin kritisch zu betrachten und die Rolle Chinas als
331 Handelspartner neu zu bewerten.

332 ***Wissenschaft und Forschung***

333 Deutschland ist ein Wissenschaftsstandort und so sollte es auch unser Bezirk sein.
334 Gerade die aktuelle Zeit zeigte deutlich, wie wichtig es ist, die Forschung auf dem

335 neuesten Stand zu erhalten und zu ermöglichen. Hierzu ist eine verbesserte
336 Finanzierung von Forschungsinstituten, Hochschulen und Universitäten von Nöten.
337 Zuschüsse sollen dabei den Studierenden selbst (verbessertes BAföG u.a.) zukommen
338 aber auch in die Qualitätssicherung der Lehre fließen. Eine gesicherte
339 Grundfinanzierung von Forschung ermöglicht Wissenschaftler*innen, auch in
340 Sparten Themen frei von ökonomischen Zwängen nach ihrem Interesse und innovativ
341 arbeiten zu können. Die Unterstützung muss dabei genauso für die Grundlagenforschung
342 bestehen. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für Wissenschaftsstandorte
343 weiter ausgebaut werden. Wissenschaftliche Institute sollen kreativer und
344 wettbewerbsfähiger arbeiten können und so die Herausforderungen unserer Zeit
345 bewältigen. In unseren Augen ist es notwendig die soziale Selektivität beim
346 Hochschulzugang abzubauen und auch geflüchteten Forschenden die Mitarbeit zu
347 erleichtern. Die Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft muss dringend verbessert
348 werden und strukturelle Diskriminierungen in Institutionen benannt und abgebaut
349 werden. Wir wollen eine vielfältige Wissenschaft in allen Dimensionen. Die
350 Arbeitsbedingungen in der Forschung müssen gesichert werden, z.B. durch Entfristung
351 von Arbeitsverträgen. Als Bezirksvorstand wollen wir insbesondere die
352 bundespolitischen Handlungsspielräume ausloten. Jegliche Vergabeverfahren für
353 Finanzierungen durch das Bundesministerium müssen vollständig transparent ablaufen.
354 Wir wollen eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Forschung erwirken,
355 denn dies garantiert Forschungserfolg, Wissenstransfer und bietet
356 Verbesserungspotenziale in der Lehre. Trotz dessen versteht es sich, dass in der
357 aktuellen Situation keine Forschungsgelder mehr nach Russland fließen sollten.
358 Wissenschaft und Forschung sollen in allererster Linie dem Frieden und der positiven,
359 nachhaltigen und solidarischen Entwicklung dieser Welt dienen.

360 **Arbeit und Wirtschaft**

361 Erst trieb die Pandemie viele in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, jetzt frisst die
362 Inflation Löhne und Gehälter auf. Gleichzeitig boomen Lieferdienste, Versandhandel
363 und bestimmte Teile des Einzelhandels. Wir erleben, wie sich die soziale Ungleichheit
364 massiv verschärft. Umso mehr braucht es uns Jusos, die die Ungerechtigkeiten und
365 Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems aufzeigen! Die enormen
366 Preissteigerungen bei Energie, Kraftstoffen, Lebensmitteln und weiteren
367 Verbrauchsgütern münden in einer hohen Inflation, welche vor allem niedrige und
368 mittlere Einkommen stark belastet. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass
369 entsprechend Menschen mit diesen Einkommen auch die bestmögliche Entlastung erhalten.
370 Darüber hinaus brauchen wir endlich ein faires und progressives Steuersystem, welches
371 Reiche nicht weiterhin bevorteilt, damit endlich die notwendige Umverteilung
372 durchgesetzt wird. Unser Wirtschaftssystem müssen wir überdenken, denn unsere Welt
373 gehört nicht den großen Konzernen, sondern der Gesellschaft, welche demokratisch über
374 ihre Zukunft entscheiden können muss. Hierzu gehört auch der Umbau der Industrie hin
375 zu einer klimaneutralen Wirtschaft zusammengedacht mit der Sicherung von
376 Arbeitsplätzen und vor allem auch der Schaffung von guter und nachhaltiger Arbeit.
377 Das bedeutet auch, in starken Bündnissen für gute und gut bezahlte Arbeit zu kämpfen
378 und in die Branchen zu gehen, die die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen in einem
379 besonderen Maße beachten. Im kommenden Vorstandsjahr werden wir deshalb aktuelle
380 Veränderungen in der Arbeitswelt betrachten und diskutieren, wie wir diesen aus

381 sozialistischer Perspektive begegnen können. Ob Amazon, Lieferando, Gorillas oder das
382 hippe Start-Up – wir stehen an der Seite der Beschäftigten!

383 **Ausbildung**

384 Wir leben in einer Welt, die sich immer wieder neuen Herausforderungen
385 gegenüberstellen muss. Klimakrise, Pandemie, Digitalisierung sind nur ein paar der
386 Dinge, die eine Auswirkung auf unsere Arbeitsplätze und auch deren Ausbildung haben.
387 Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Ausbildungsplatzgarantie fest
388 verankert. Junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, müssen auch einen
389 bekommen. Allerdings können wir uns damit noch nicht zufrieden stellen. Denn eine
390 solidarische Umlagefinanzierung für die Ausbildungsplätze wurde nicht vereinbart. Die
391 80% der Unternehmen, die sich aktuell nicht an der Finanzierung von Ausbildungen
392 beteiligen, müssen in die Pflicht genommen werden.

393 Doch neben dem Ausbildungsplatz selbst spielen die Arbeitsbedingungen in den
394 Ausbildungsbetrieben sowie die Ausbildungsvergütung ebenfalls eine wichtige Rolle für
395 eine gute Ausbildung. Wir stehen hinter guten Arbeitsbedingungen, die nicht krank
396 machen, sowie für einen Lohn in der Ausbildung, der ein unabhängiges und
397 eigenständiges Leben für junge Menschen ermöglicht. Wir müssen es ermöglichen, dass
398 Weiterbildungen für alle zugänglich sind und auf die wechselnden Arbeitsumstände
399 vorbereiten.

400 Neben all unseren inhaltlichen Schwerpunkten ist uns auch ein guter Austausch zu den
401 Jugend- und Auszubildendenvertretungen wichtig, um hier der Perspektive von
402 Auszubildenden Gehör zu verschaffen und sie in unsere Arbeit einfließen zu lassen.

403 **Die Unterbezirke und Wir**

404 Der Bezirksvorstand ist für die Unterbezirke Ansprechpartner. Wir werden die
405 Unterbezirke vor Ort weiterhin unterstützen und mit ihnen vertrauensvoll und auf
406 Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen wichtigen Beitrag dafür leistet ein einfacher
407 Kommunikationsweg zwischen den Unterbezirksvorständen und dem Bezirksvorstand. Dazu
408 soll auch der Beirat dienen, welcher als Kontrollgremium des Bezirksvorstandes wie
409 bisher eigenständig und unabhängig arbeiten soll. Außerdem werden wir unseren
410 Jahreskalender wieder mit allen geplanten Veranstaltungen und Terminen an die
411 Unterbezirke versenden, um so auch hier für Transparenz zu sorgen.

412 Des Weiteren werden wir erneut eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz (UBVK)
413 organisieren, um hier den Austausch untereinander weiter zu fördern, für Themen zu
414 sensibilisieren und neue Herangehensweisen in der Verbandsarbeit publik zu machen.

415 Die Voraussetzung für einen gut funktionierenden Verband sind die Mitglieder. Daher
416 wollen wir uns mit der Mitgliederstruktur im Bezirk befassen. Damit einher geht die
417 Unterstützung bei der Neumitgliedergewinnung, denn besonders im ländlichen Raum ist
418 es schwer, neue motivierte Genoss*innen anzusprechen und in unseren Verband
419 einzubinden.

420 **Bündnisarbeit**

421 Uns ist es wichtig, weiterhin ein zuverlässiger Bündnispartner zu sein. Neben der
422 innerparteilichen Vernetzung wollen wir auch die außer- und überparteiliche

423 Zusammenarbeit weiter ausbauen. Essenziell ist für uns dabei das Unterstützen von
424 Demonstrationen und Arbeitskampfmaßnahmen aber auch den Austausch untereinander zu
425 intensivieren, um Politik so gemeinsam zu gestalten. Gerade die Zusammenarbeit mit
426 den Gewerkschaften wollen wir hierfür ins Auge fassen und ausbauen.

427 Der Bezirksvorstand wird weiterhin die Doppelstrategie verfolgen. Wir werden auf der
428 einen Seite über unsere Mutterpartei in die Parlamente und Regierungen hineinwirken
429 und auf der anderen Seite unsere enge Anbindung auch an die Zivilgesellschaft, an
430 verschiedene Bündnisse und Gewerkschaften pflegen und uns dort engagieren. Durch
431 progressive Bündnisse erhöhen wir so auch den Handlungsdruck auf die Partei.

432 **Auf die Straße!**

433 Auch in diesem Vorstandsjahr wollen wir unsere Präsenz bei verschiedenen
434 Demonstrationen und Kundgebungen beibehalten. Wir wollen gemeinsam für unsere Werte
435 eintreten und für diese auf die Straßen gehen.

436 Neben Aufrufen zu zentralen Demonstrationen, wollen wir Aufmerksamkeit für Aktionen
437 im ganzen Bezirk schaffen, z.B. über unsere Social-Media-Kanäle. Dieses erreichen wir
438 nur in gemeinsamer Arbeit mit den Unterbezirken und mit weiteren
439 Bündnispartner*innen. In der Vergangenheit haben wir gemerkt, wie wichtig
440 Demonstrationen und Kundgebungen sind. Sie bieten zum einen ein Ventil für
441 verschiedene Emotionen und geben zum anderen einer vereinten Menschengruppe Kraft,
442 ihre Wünsche und Belange zu äußern und für diese einzustehen.

443 **Öffentlichkeitsarbeit**

444 Die Öffentlichkeitsarbeit auf Instagram, Facebook und unserer Homepage sorgt
445 innerhalb unseres Verbandes und nach Außen für Transparenz unserer Arbeit im Bezirk.
446 Bei unseren Beiträgen auf Instagram und Facebook, werden wir tagespolitische Themen
447 kommentieren sowie Wert auf professionelle Beiträge legen.

448 Unsere Homepage soll weiterhin als Anlaufstelle für Informationen zu unserem Verband,
449 Vorstand und unseren Veranstaltungen dienen. Daher möchten wir diese weiter pflegen
450 und stets mit Beiträgen auf dem neuesten Stand halten.

451 **Die Sozialdemokratie und Wir**

452 Wir wollen Teil einer Partei sein, die inhaltliche Debatten nicht scheut und über das
453 aktuelle Regierungshandeln hinausblickt. Als linker Richtungsverband werden wir die
454 Arbeit der SPD im Allgemeinen, im Besonderen aber im Bezirk Hannover kritisch-
455 solidarisch begleiten. Mit den Jusos im SPD-Bezirksvorstand werden wir unsere
456 Positionen in die Parteigremien tragen und inhaltliche Akzente setzen. Dazu zählt
457 unter anderem der Kampf gegen Rechts und Rassismus. Außerdem werden wir weiterhin den
458 Austausch mit den Abgeordneten aus dem Bezirk Hannover suchen.

459 Im Juni 2023 wird voraussichtlich der nächste SPD-Bezirksparteitag stattfinden. Die
460 personellen und inhaltlichen Grundlagen für diesen Parteitag werden wir daher im
461 kommenden Vorstandsjahr legen. Wir werden strategische Schwerpunkte für unsere
462 Anträge zum Bezirksparteitag festlegen und damit unserer Aufgabe als linker
463 Richtungsverband in der SPD gerecht werden. Außerdem werden wir erneut ein
464 Verbandsmagazin vorbereiten, das die inhaltliche Arbeit des Bezirksvorstands 2022/23

465 zusammenfassen und beim Parteitag ausgelegt werden soll.

466 **Zusammenarbeit mit anderen Ebenen**

467 Auch im kommenden Jahr wollen wir eine tragende Rolle auf Bundesebene einnehmen. Dazu
468 gehört auch eine verantwortungsvolle Repräsentation des Bezirks Hannover beim Juso-
469 Bundeskongress, der 2022 voraussichtlich das erste Mal nach zwei Jahren wieder in
470 Präsenz stattfinden wird. Wir werden wieder eine gemeinsame Delegationsvorbereitung
471 sowie eine Vorbereitung mit den anderen drei niedersächsischen Bezirken durchführen.
472 Mit unseren Anträgen werden wir die Beschlusslage des Bundesverbands voranbringen,
473 eigene Akzente setzen und zeigen, dass wir inhaltlich gut aufgestellt sind.
474 Gleichzeitig wollen wir die Debatten des Bundesverbands in unsere Unterbezirke tragen
475 und somit als Schnittstelle zwischen Bund und Unterbezirken arbeiten.

476 Wir werden weiterhin eng mit den anderen niedersächsischen Bezirken zusammenarbeiten
477 und auch den Juso-Landesverband tatkräftig unterstützen.

Antrag A01: Solidarität mit TV Stud

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir unterstützen die Forderungen der Initiative TVStud, welche sich für einen
2 Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte an
3 deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einsetzt. Ein
4 Tarifvertrag ist für die Beschäftigten immens wichtig, denn Studentisch Beschäftigte
5 arbeiten oft unter schlechten Bedingungen. In einem offenen Brief an die SPD^[1] nennt
6 die Initiative z.B. folgende zu kritisierenden Punkte:
- 7 • Die Bezahlung liegt an einem Großteil der Hochschulen auf Mindestlohniveau von
8 derzeit 9,60€ und damit **weit unter dem durchschnittlichen Lohn von Studierenden.**
 - 9 • **Dauerbefristungen durch Kettenverträge** und damit fehlende Planungssicherheit
10 sind für Studierende ein Dauerzustand. Über 70% der Arbeitsverträge von
11 Studentisch Beschäftigten (außer in Berlin!) sind auf zwei bis maximal sechs
12 Monate befristet.
 - 13 • Kettenbefristung verstärkt die ohnehin bestehenden Abhängigkeiten von den
14 Vorgesetzten. Dass **arbeitsrechtliche Mindeststandards** wie Urlaubsanspruch und
15 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht eingehalten werden, gehört zur
16 Arbeitsrealität vieler Studierender.
 - 17 • Von **betrieblicher Mitbestimmung** sind studentisch Beschäftigte weitestgehend
18 ausgeschlossen. Kurze Vertragslaufzeiten verhindern strukturell die Vertretung
19 dieser Beschäftigtengruppe in Personalräten. In einigen Bundesländern fehlt eine
20 gesetzliche Berücksichtigung sogar vollständig. Dies verschärft insbesondere das
21 Problem der fehlenden Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards.
- 22 All dies Dinge sind absolut nicht in Ordnung und dürfen nicht einfach weiter so
23 geschehen. Deshalb schließen wir uns den Forderungen von TVStud an und fordern unsere
24 Mandatsträger*innen auf allen Ebenen auf, sich für einen flächendeckenden
25 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einzusetzen. Es darf nicht weiter
26 zugelassen werden, dass es sich bei dieser Beschäftigtengruppe um die größte
27 Tariflücke im Zuständigkeitsbereich des Staates handelt!
- 28 Zu dem fordern wir klare Zugeständnisse in der am 8. Oktober gestarteten die
29 Tarifrunde der Länder. Die Blockadehaltung gegenüber einer Tarifierung Studentischer
30 Beschäftigter muss aufgegeben werden! Die SPD hat seit je her den Anspruch, sich für
31 gute, flächendeckende Tarifverträge einzusetzen. Bei den Tarifverträgen für
32 studentische Beschäftigte sollte nicht damit aufgehört werden!

33

34 ^[1] [https://tvstud.de/wp-](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)
35 [content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)
36 [.pdf](https://tvstud.de/wp-content/uploads/2021/09/Ihr_seid_in_der_Verantwortung_Offener_Brief_an_die_SPD_TVStud.pdf)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A03: Lücken in der Landwirtschaftlichen Altersversorgung schließen

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die gesetzliche Landwirtschaftliche Alterskasse soll auf ein lebenswürdiges Niveau
- 2 erhöht werden, wenn zum Beispiel Hofaufgabe oder Scheidung, kein Altenteil vorhanden
- 3 ist.
- 4

Begründung

Verrentete Landwirt*innen und deren Ehepartner*innen bekommen derzeit weniger als 500€ Rente im Monat. Das heutige wo der Hauptteil der Altersversorgung durch das Altenteil (Versorgung durch Hofübernehmer) geleistet wird, war vielleicht bei Einführung im Jahre 1957 noch zeitgemäß, aber heute ist es in vielen Fällen nicht mehr aus. Bei Hofaufgabe ist der Wert des Hofes oft schon durch Schulden und Steuer verzehrt.

Ebenso hat zumeist nur der nur die originären Hofbesitzer*innen Anspruch auf dem Altenteil hat und nicht die von ihnen geschiedenen Ehepartner*innen.

Antrag A04: Für eine konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion im Arbeitsrecht!

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Wir fordern:
- 3 - das Arbeitsrecht der Kirchen (Dritter Weg) ist abzuschaffen
- 4 - den kirchlichen Beschäftigten sind volle gewerkschaftliche Rechte zuzugestehen
- 5 - es sind Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen
- 6 - das Streikrecht ist auch für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen zu
- 7 gewähren
- 8 - das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetzte zur Unternehmensmitbestimmung
- 9 wird auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden

Begründung

Betriebliche Mitbestimmung ist der Versuch, die strukturelle Ungleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen abzumildern. Sie soll durch Ausgleich zwischen betrieblichen Anforderungen und den Belangen und Interessen der Beschäftigten eine soziale Balance schaffen. Deshalb haben Betriebs- und Personalräte bei der Festlegung der Lage der Arbeitszeit, bei Umsetzungen und Versetzungen und vielem mehr mitzubestimmen. Für die Kirchen und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen gilt das staatliche Recht der betrieblichen Interessenvertretungen nicht. Die Kirchen haben für ihren Bereich nach 1949 besondere Regelungen durchgesetzt. Das Grundgesetz räumt den Kirchen in Art. 140 das Recht ein, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze selbst zu regeln. Von der verfassungsrechtlich privilegierten Stellung der Kirche sind alle Formen der Glaubensausübung erfasst, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik vereinbar sind. Sie nehmen auch eine arbeitsrechtliche Sonderstellung, zum Nachteil der Beschäftigten in Kauf. Circa 1,8 Mio. Arbeitnehmer*innen in der evangelischen und katholischen Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas wählen regelmäßig so genannte Mitarbeitervertretungen. Grundlage dafür bilden kirchliche Gesetze mit diversen Sonderregelungen.

Mitarbeitervertretungen sind im Vergleich zu Betriebsräten und Personalräten eine relativ junge Einrichtung. Während das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Bundespersonalvertretungsgesetz 1955 vom Bundestag verabschiedet wurden, brauchte die EKD bis zum Jahre 1992 um das »Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG.EKD)« zu beschließen. Der Verband der Diözesen Deutschlands verabschiedete 1971 Mitarbeitervertretungsrahmenordnung. Die gewerkschaftlichen Rechte werden anders als im BetrVG nicht geschützt. Die Mitbestimmungsrechte sind aufgrund ihrer beschränkten Wirkmächtigkeit schwächer ausgestaltet und auf ein überformalisiertes Verfahren eingengt. Der Gang zu den Arbeitsgerichten ist den MAVen verwehrt. Die Beschäftigten und die MAVen in der Kirche und ihren Einrichtungen sprechen von einem Arbeitsrecht zweiter Klasse.

Antrag A05: Antrag zur Senkung bürokratischer Hürden bei Beantragung von Grundsicherung

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Menschen, die in diesem Land leben, sollten von unserem Sozialstaat in allen
- 3 Lebenslagen zumindest grundlegend abgesichert sein. Aktuell ist der Prozess zur
- 4 Beantragung entsprechender Gelder wie beispielsweise Hartz IV oder dem Aufstocken der
- 5 Rente zur Grundsicherung erheblich umständlicher und langwieriger als dies in vielen
- 6 Situationen angebracht wäre. Dabei wäre für viele Menschen wichtig das Geld sofort zu
- 7 bekommen und nicht monatelang darauf zu warten.

Begründung

Zu viele auszufüllende Formulare und ein langwieriger Prozess bis zur Bewilligung und dem tatsächlichen Erhalt der Gelder sind nicht nur hinderlich für viele Menschen (insbesondere für jene mit Migrationshintergrund oder schlechteren Deutschkenntnissen haben oftmals Probleme entsprechende Formulare auszufüllen), sondern zum Teil bedrohlich. Denn wer solche Gelder beantragt, hat in der Regel kein Ersparnis zur Verfügung, von dem länger gelebt werden kann und braucht dementsprechend das Geld meist direkt und kann nicht monatelang darauf warten. Beispielsweise beim Bafög ist die sinnvolle Idee aufgekommen dort bürokratische Hürden zu senken, wieso nicht auch bei anderen für einige lebenswichtigen Sozialleistungen?

Insbesondere wären eine bessere Absicherung und vereinfachte Beantragung von Geldern für all die relevant, die bereits einen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet haben und so beispielsweise ihre Rente aufstocken müssen oder durch Krankheit bedingt ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können. So fallen im zweiten Fall zusätzliche Hürden im Umgang mit der Krankenkasse und der Unterstützung von dieser Seite an (ebenfalls viele Formulare und Probleme an Gelder zu kommen), sodass für diesen Fall eine vereinfachte Beantragung wirklich essenziell wäre, sodass wenigstens bei der Sicherung der Lebensgrundlage keine Probleme bestehen.

Denn in unserem ja eigentlich starken Sozialstaat darf es nicht sein, dass die Gefahr besteht, dass Menschen durch das Sicherungsnetz fallen und nicht nur von Armut bedroht sind, sondern tatsächlich nicht mehr genug zum Leben zu haben.

Antrag B01: Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kinderschutz

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass Lehrkräfte und pädagogische
- 2 Fachkräfte verpflichtende Fortbildungen zum Thema Kinderschutz erhalten.

Begründung

Kindesmisshandlung ist in Deutschland ein weit verbreitetes Problem. Meistens sind die eigenen Eltern die Täter*innen und die Kindesmisshandlung findet zu Hause statt. Kinder öffnen sich selten aus eigener Motivation heraus gegenüber Erwachsenen, da sie ihre Eltern decken und das System zu Hause schützen möchten. Wenn Kindesmisshandlung aufgedeckt wird, dann passiert dies meistens in der Schule, weil Lehrkräfte Auffälligkeiten an Kindern feststellen. Dies zeigt, dass Schule ein notwendiger Schutzraum für Kinder ist. Leider sind nicht alle Lehrkräfte ausreichend in diesem Bereich geschult, von daher ist es unerlässlich, dass Lehrkräfte darin unterstützt werden, Auffälligkeiten bei Schüler*innen zu erkennen und den Umgang mit betroffenen Kindern zu lernen.

Antrag D01: Gewalt auf Porno-Plattformen beenden

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

Die Versammlung möge beschließen:

1 Öffentliche Pornoplattformen wie bspw. xHamster oder Pornhub gehören zu den weltweit
2 meistbesuchten Websites, welche durch tausende Uploads täglich weiter wachsen. Die
3 Plattformen kontrollieren die hochgeladen Inhalte dabei kaum bis garnicht. Zahlreiche
4 der Videos und Fotos zeigen dabei echte Gewalt, Kindesmissbrauch oder wurden
5 unfreiwillig aufgenommen und werden gegen den expliziten Willen der gezeigten
6 Personen hochgeladen. Oftmals werden dabei neben dem Video- und Bildmaterial auch
7 Daten wie die Namen und Adressen der abgebildeten Personen veröffentlicht.

8

9 **Intransparenz der Plattformen beenden und rechtlich sichere Content Moderation** 10 **schaffen:**

11 Im Jahr 2021 veröffentliche die Plattform Pornhub erstmal einen sogenannten
12 Transparenzbericht^[1]: Ca. 41,7 % Videos wurden auf Grund von
13 Urheberrechtsverletzungen und 50,1 % Videos auf Grund einer der Einstufung
14 „potentially offending“ gelöscht. Des Weitern werden 4171 Fällen gefilmter
15 sexualisierter Gewalt gegen Kinder genannt. Hinzukommen hohe Dunkelziffern, da es
16 viele Betroffene gibt, welche sich nicht an die Strafverfolgungsbehörden wenden.

17 Zu diesen Zahlen, kommen knapp 10 Millionen weitere Videos, welche von nicht-
18 verifizierten Nutzer*innen hochgeladen, möglicherweise ebenfalls strafrechtlich
19 relevante Inhalte enthalten und im Dezember 2020 ebenfalls gelöscht wurden und
20 keinerlei Beachtung im sogenannten Transparenzbericht.

21 Der Großteil der Plattformen veröffentlicht keinerlei Zahlen und Daten über die
22 Uploads und den Anteil an gelöschten und strafrechtlich relevanten Inhalten.

23

24 Genauso intransparent sind auch die Maßnahmen, welche die Plattformen zur Content
25 Moderation wählen. Zwar müssen auf vielen Plattformen die Uploads inzwischen von
26 verifizierten Nutzer*innen kommen, welche Bestätigen müssen, dass die Uploads den
27 Nutzungsbedingungen entsprechen, worauf sowohl eine automatisierte als auch eine
28 menschliche Moderation folgen soll, so bleibt aber unklar wie sorgfältig diese
29 Moderation auf Grund der großen Zahl der täglichen neuen Uploads aussehen soll.

30 Hinzukommt, dass die menschliche Moderation in weiten Teilen von freiwilligen
31 übernommen wird, welche bloß knappe, lückenhafte Regeln zu Hilfe nehmen und gestellt
32 bekommen, wie eine Recherche der Vice zeigt. ^[2] So müssen die Löschhelfer*innen der
33 Plattform xHamster bspw. entscheiden, ob es sich um echtes Weinen handelt oder ob
34 die dargestellte Person „mit großer Wahrscheinlichkeit unter 18 Jahren“ ist. Wie
35 genau die festgestellt werden soll, bleibt unklar. Inhalte, welche sexualisierte
36 Gewalt darstellen besitzen keinerlei eigene Kategorie sondern werden unter
37 „sonstigem“ moderiert.

38 Die Inhalte bleiben dabei im Zweifel online, solange die Löschhelfer*innen nicht
39 vollständig sicher sind, dass ein Regelverstoß vorliegt. Ein erneutes Hochladen der
40 Inhalte wird seitens der Plattformen nicht verhindert.

41

42 Wir fordern daher eine klare rechtliche Grundlage um Porno-Plattformen in die
43 Verantwortung nehmen zu können:

44

- 45 • Eine Verifizierungspflicht (keine Klarnamenpflicht) für Nutzer*innen, die
46 Inhalte hochladen möchten
- 47 • Eine gesetzliche Verpflichtung von Porno-Plattformen um **Bild- & Videomaterial**
48 **vor der Veröffentlichung intern zu prüfen**, um zu verhindern, dass illegale und
49 gelöschte Inhalte erneut hochgeladen werden. Diese internen Überprüfungen sollen
50 dabei auf Grund einer öffentlich einsehbaren und rechtlich bindenden Grundlage
51 erfolgen. Porno-Plattformen müssen **unmissverständlich in den Geltungsbereich des**
52 **Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) einbezogen werden**, obwohl sie auf die
53 Verbreitung "spezifischer Inhalte" im Sinne des § 1 Abs. 1 NetzDG gerichtet
54 sind.

55

- 56 • Eine Verpflichtung von Porno-Plattformen die Daten über Anzahl und Inhalt der
57 gelöschten Videos jährlich in öffentlich zugänglichen Transparenzberichten zu
58 veröffentlichen.

59

- 60 • Auch **kleine Plattformen (mit unter 2 Millionen inländischen Nutzer*innen)**
61 sollten hiervon erfasst sein und u.a. verpflichtet werden alle als
62 missbräuchlich gemeldeten Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Nur so
63 kann die Verbreitung privater Inhalte, und damit die drastischen Auswirkung für
64 die Betroffenen, reduziert werden

65

66 **Exposer*innen-Netzwerke zerschlagen:**

67 Viele der Inhalte, welche gegen das Einverständnis der gezeigten Personen, auf den
68 Plattformen laden, werden von Ex-Partner*innen als sogenannte Revenge Porns oder
69 sogenannten Exposer*innen-Netzwerken hochgeladen. All diesen global agierenden
70 Netzwerken ist dabei die Frauen bzw. FINTA*-feindliche Ideologie gemein, welche sie
71 in Manifesten niederschreiben und auf den Plattformen selbst teilen. [\[3\]](#) Trotzdem
72 sind und die Exposer*innen durch die auf den Plattformen herrschende Intransparenz,
73 sowie fehlende Kontaktpersonen seitens der Plattformen selbst geschützt.

74

75 Wir fordern daher die Zerschlagung dieser Netzwerke:

76

- 77 • **Eine Auskunftspflicht seitens der Porno-Plattformen gegenüber den Betroffenen**
78 **gelten**, welche Wege des Eilrechtsschutzes durchsetzbar ist. So wird Betroffenen
79 ermöglicht sich gegen die Täter*innen zu wehren.

80

81 • **Die Herausnahme des § 201a StGB aus dem Kreis der Privatklagedelikte**, um zu
82 verhindern, dass Staatsanwaltschaften auf den Privatklageweg verweisen sowie das
83 Schließen vorhandener Strafbarkeitslücken.

84

85

86 **Echte Hilfe für Betroffene:**

87 Entdecken Betroffen zufällig, dass sie gegen ihren Willen auf Porno-Plattformen
88 gelandet sind, sind sie oftmals auf sich alleine gestellt. Die Angst, von
89 Freund*innen und Familie oder Arbeitgeber*innen gefunden zu werden und
90 gesellschaftliche Stigmatisierung zu erleben ist groß. **Viele Betroffene erleben**
91 **Angststörungen, Depressionen, Suizidgedanken und Suizidversuche.**

92

93 Melden sich die heimlich aufgenommen Betroffenen bei den Strafverfolgungsbehörden,
94 können sie auf wenig Unterstützung hoffen. Geschichten von Betroffenen, welche bspw.
95 von der Hilfsorganisation „Anna Nackt“ gesammelt werden, zeigen fehlendes Wissen
96 sowieso fehlende Kapazitäten seitens der Strafverfolgung. Anstatt fachlich- und
97 psychologisch geschulte Unterstützung, kommt es zu einer Täter*innen-Opfer Umkehr und
98 eingestellten Verfahren. Zu der gesellschaftlichen Stigmatisierung kommt ein mögliche
99 Retraumatisierung durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

100

101 Wir fordern daher:

102

103 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Gewalt
104 auf Porno-Plattformen unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen
105 Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

106

107 • Schulungen für Ermittlungsbehörden, welche sie in die Lage versetzen
108 Kriminalität auf Pornoplattformen zu verfolgen sowie die entsprechende
109 zugehörige IT-Ausstattung.

110

111 • Eine staatliche Förderung von Hilfsorganisationen mit dem Schwerpunkt „Gewalt
112 auf Porno-Plattformen.“

113

114 Es ist endlich Zeit, den Missbrauch auf Porno-Plattformen endlich zu beenden!

115

116 [\[1\]https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-](https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-pornhub-unterschlagt/)
117 [pornhub-unterschlagt/](https://sebastianmeineck.wordpress.com/2021/04/06/erster-transparenzbericht-was-pornhub-unterschlagt/)

118 [\[2\]https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-](https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-pornoseite)
119 [pornoseite](https://www.vice.com/de/article/xgz8xz/inside-xhamster-die-internen-regeln-der-pornoseite)

120 [\[3\]https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=gaU2AIRzG-M&feature=youtu.be&t=616s](https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=gaU2AIRzG-M&feature=youtu.be&t=616s)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag D02: Recht auf Digitale Selbstbestimmung

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die digitale Selbstbestimmung gesetzlich verankert wird.

Begründung

Als das Grundgesetz im Jahr 1949 verfasst wurde, war von unserer heutigen digitalen Welt und den mit ihr einhergehenden Herausforderungen und Folgen noch nichts absehbar. Dementsprechend kann unsere Verfassung auch nicht auf jene Herausforderungen, wie Intransparenz und Manipulationen durch Internetfirmen, die in Deutschland aktiv sind, eingerichtet sein. Um diesen Folgen entgegenzuwirken muss deshalb das Grundgesetz ergänzt werden, damit es einen klaren gesetzlichen Rahmen gibt.

Zur Selbstbestimmung im digitalen Raum muss Transparenz für Bürger*innen bestehen, da ohne sie die Bürger*innen sich nicht den Konsequenzen ihrer digitalen Aktivitäten klar sein können. Diese ist zu jetziger Zeit weder bei der Auswahl der Suchergebnisse einer Suchanfrage im Internet, noch bei dem Webtrecking von Nutzer*innen (Cookies) gegeben. Man kann zwar manche Cookies abstellen, doch ist den Bürger*innen nur im Ausnahmefall klar, welche Informationen diese erfassen und was mit denen dann passiert. Außerdem ist nicht bekannt, nach welchen Kriterien Suchalgorithmen ihre Ergebnisse vorschlagen, und selbst wenn Benutzer*innen angebliche anonyme Modi bei der Websuche benutzen, kommen bei gleichen Suchanfragen abweichende Ergebnisse heraus. Das ist nicht nur ein Problem hinsichtlich der Selbstbestimmung, sondern kann auch noch zur Polarisierung der Gesellschaft beitragen.

Zudem stigmatisieren prominente Internetunternehmen ihre Nutzer*innen systematisch, indem sie diese in Gruppen von ähnlichen Nutzer*innen einteilen, in denen gleiche Suchanfragen ähnliche Ergebnisse erhalten und in sozialen Medien ähnliche Beiträge anzeigen. Gerade dieser Mechanismus greift in die digitale Selbstbestimmung ein, weil sich die Nutzer*innen die Gruppe nicht aussuchen. Zugleich befeuert er nochmals die Polarisierung der Gesellschaft.

Außerdem sammeln Internetunternehmen Informationen über ihre Nutzer*innen, die diese in der Regel nicht freiwillig preisgeben. Das ist nicht nur ein wiederholter Einschnitt in die Selbstbestimmung, sondern wirkt auch noch manipulierend auf Nutzer*innen, indem Werbetreibende die Informationen verwenden. Sie schneiden ihre Werbung dadurch auf genaue Zielgruppen zu genau ausgewählten Zeitpunkten zu, sodass die Produkte sehr viel öfter gekauft werden.

Antrag D03: Lasst die Kekse verbrennen! Third-Party-Tracking verhindern

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	Unterbezirk Nienburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

Die Versammlung möge beschließen:

1 Forderungen:

- 2 • Browser sollen das Verwenden von Third Party Trackers unterbinden, um weiterhin
- 3 in Deutschland und der EU agieren zu dürfen.
- 4 • Webseiten sollen die Kooperation mit TPT-Services einstellen. Das Bereitstellen
- 5 der eigenen Webseite für TPT-Services soll ebenso wie das weitere nutzen von
- 6 TPTs durch Browser geahndet werden und zu einem Verbot führen.
- 7 • Alle Geräte und Browser sollen das Ablehnen von TPTs zur Standardeinstellung
- 8 machen.
- 9 • Cross-App-Tracking soll ausnahmslos abgeschaltet werden.
- 10 • Die Kooperation zwischen Webseiten zum Zwecke der Datenaggregation soll als
- 11 Kartellbildung gewertet werden.

Begründung

Cookies sind eine Kerntechnologie des Web 3.0. Mit ihnen wird unser Login auf unseren Lieblingsseiten und unser Warenkorb im SPD Shop gespeichert.

Allerdings gibt es auf den allermeisten Webseiten nicht nur Cookies, die von den Anbieter*innen hinterlassen werden, um unser Online-Erlebnis zu verbessern. Immer mehr kommt die Debatte um sogenannte „Third Party Tracker“ (TPT) auf, die von externen Seiten stammen, die unsere Daten als Ressource im Internet und der Aufmerksamkeits-Ökonomie nutzen.

TPTs werden eingesetzt, um unser Online-Verhalten flächendeckend zu überwachen. Im angeblich anonymen Internet wissen Anbieter*innen von TPTs mit genug Cookie von uns genau, auf welchen Seiten wir was tun und können erschreckend akkurate Profile daraus erstellen, die uns als Personen für die Werbeunternehmen (die Hauptgeschäftspartner von TPT-Seiten) gläsern machen, während wir meist nicht mal die Präsenz von TPTs mitbekommen.

Diese Informationen werden von Unternehmen zur Personalisierung der Online-Werbung verwendet, die uns bei Kaufentscheidungen manipulieren kann. So kann das Konsum- und Surfverhalten beobachtet werden, um gezielte Werbung zu schalten.

Auch für politische Einflussnahme sind TPTs eine Gefahr: Politische Gruppierungen können so zielgenau unschlüssige Wähler*innen mit auf sie zugeschnittenen Forderungen überzeugen, die sich teils gegenseitig widersprechen. Der Fall von Cambridge Analytica zeigte, dass dieser Einfluss nicht zu unterschätzen ist und insbesondere bei knappen Ergebnissen großen Einfluss nehmen kann.

Außerdem können diese Daten auch von Dritten entwendet werden, was ein großes Problem in Sachen digitaler Sicherheit von Einzelpersonen darstellt. Mit den umfassenden Profilen können Erpresser*innen, Scam Artists und Stalker*innen massiven Schaden anrichten.

TPT ist nun auf Safari (dem Apple-eigenen Browser) eingeschränkt. Dies schützt die Verbraucher*innen vor Apple. Andere Browser wie z.B. Firefox sind dem Beispiel von Apple gefolgt.

Auch anerkannte Datenschützer*innen verurteilen diese Art von Cookies, weil Sie die Privatsphäre der Verbraucher*innen zu stark einschränken. Auch der Europäische Gerichtshof und die DSGVO haben die Cookies bereits eingeschränkt. Dies ist aber nicht genug.

Gerade Google nutzt weiterhin TPTs exzessiv. Zwar versprechen sie eine Verbannung dieser schon 2023, allerdings ist fraglich, ob dies umgesetzt wird, da über 80% des Einkommens aus personalisierten Werbeanzeigen geschöpft wird. Auch Googles Android System ist Teil des Problems, da es Cross-App-Tracking (welches ähnlich wie das Tracking durch TPTs funktioniert und eingesetzt wird) eher unterstützt als bekämpft, ebenfalls im Kontrast zu Apple.

Eine Verschärfung von Sicherheitsstandards kann so auch den Wettbewerb in der Technologie-Branche stärken, da Apples Alleinstellungsmerkmal der Sicherheit und Privatsphäre so abgebaut wird. Wem sein/ ihre Sicherheit wichtig ist, ist nicht mehr gezwungen, Apple-Produkte zu kaufen und Innovation in Technologie gewinnt wieder an Bedeutung beim Kauf.

Antrag E01: We stand with Ukraine!

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Versammlung möge beschließen:

1 Am 24. Februar 2022 hat die russische Regierung unter Wladimir Putin endgültig mit
2 dem Völkerrecht gebrochen und ihren Nachbarn, die Ukraine, überfallen. Seitdem tobt
3 ein brutaler Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Es ist ein einseitiger Krieg,
4 ein rücksichtsloser Krieg, ein Krieg, der ganze Städte in Schutt und Asche verwandelt
5 hat, ein Krieg nicht nur gegen die ukrainische Regierung und das Militär, sondern
6 auch gegen ukrainische Zivilist*innen und zivile Einrichtungen. **Wir Jusos stehen**
7 **unverrückbar an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg!**

8

9 **Russlands Krieg seit 2014**

10

11 Die Aggressionen der Putin-Regierung gegen die Ukraine sind nicht neu, auch wenn sie
12 nie so umfassend und so brutal waren wie jetzt. Sie kreisen vor allem um das
13 Verhältnis der Ukraine zur EU und NATO auf der einen, zu Russland auf der anderen
14 Seite. Von besonderer Bedeutung für die aktuelle Situation ist das Jahr 2014: Im
15 November 2013 gab der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch bekannt,
16 dass die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU aussetzen würde.
17 Diese Entscheidung erfolgte auf Druck von Seiten der russischen Regierung - mit dem
18 Ziel, eine stärkere Bindung der Ukraine an die Europäische Union zu verhindern. Als
19 Folge dieser überraschenden Kehrtwende kam es zu Massenprotesten auf dem Maidan, dem
20 Platz der Unabhängigkeit in Kyjiw, die schließlich zum Sturz der Janukowytsch-
21 Regierung und zur Bildung einer Übergangsregierung führten. Das Putin-Regime
22 beantwortete den Sturz der ihr hörigen Regierung mit militärischen Mitteln: Es
23 annektierte die ukrainische Halbinsel Krim und entflammte einen bewaffneten Konflikt
24 im Osten der Ukraine, der bis heute anhält. Das Vorgehen des russischen Militärs kann
25 dabei als hybride Kriegsführung bezeichnet werden. Der Einsatz von militärischer
26 Gewalt wurde von gezielter Desinformation begleitet. In der Ostukraine und auf der
27 Krim tauchten die sogenannten "grünen Männchen" auf, russische Streitkräfte ohne
28 Hoheitszeichen, zu denen die russische Regierung damals jede Verbindung abstritt.
29 Diese Verbindung von militärischer Aggression mit Propagandakampagnen und
30 Geheimdienstaktivitäten erwies sich für Putins Regierung als Erfolg: Die Krim blieb
31 besetzt, die Ostukraine blieb Kriegsregion und diente letztlich auch als Vorwand, um
32 2022 in den offenen Krieg gegen die Ukraine zu ziehen.

33

34 **Die Mythen des Kremls**

35

36 Die Außenpolitik der russischen Regierung ist durch einen aggressiven Nationalismus

37 gekennzeichnet. Dieser Nationalismus bedient sich zwei zentraler
38 Argumentationsstränge: Zum einen die Behauptung einer Einkreisung Russlands durch die
39 NATO, also eine sicherheitspolitische Bedrohung, der man einen Riegel verschieben
40 müsse. Teil dieser Behauptung ist der Verweis auf die NATO-Osterweiterung, die, so
41 wird im Kreml gerne erzählt und auch außerhalb Russlands oft geglaubt, einen
42 Wortbruch darstelle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO zugesagt,
43 keine ehemaligen Sowjetrepubliken in ihr Bündnis aufzunehmen. Durch den Bruch dieses
44 Versprechens bedrohe die NATO die Sicherheit Russlands. Nach dieser Argumentation
45 wäre der Versuch, die Ukraine vom "Westen" fernzuhalten, also nichts weiter als
46 Selbstverteidigung. Bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Behauptung jedoch als
47 Legende: Ein solches Versprechen gab es im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung
48 nicht. Gorbatschow selbst bestätigte das. Im Übrigen dürfen wir davon ausgehen, dass
49 eine solche Zusage, wenn sie der Sowjetunion wichtig gewesen wäre, schriftlich
50 festgehalten worden wäre. Zudem fand die letzte NATO-Osterweiterung 2004 - vor 18
51 Jahren - statt. Da war Gerhard Schröder noch Bundeskanzler (keineswegs für
52 Säbelrasseln gegenüber Russland bekannt). Putin, damals bereits Präsident, beteuerte
53 2004, dass die Osterweiterung der NATO keine Bedrohung für die Russische Föderation
54 bedeute. Nicht zuletzt ging die NATO-Osterweiterung mit der Gründung des NATO-
55 Russland-Rates einher.

56

57 Schriftlich zugesagt wurde keine Absage an die Osterweiterung der NATO, wohl aber die
58 Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (Budapester Memorandum, 1994)
59 sowie die freie Bündniswahl (Charta von Paris, 1990), internationale Abkommen, die
60 von Russland unterzeichnet wurden. Weder von der Souveränität noch von der Freiheit,
61 einem Bündnis beizutreten, will die russische Regierung jetzt offenbar etwas hören.
62 Aber die "Einkreisung" durch äußere Mächte ist perfekt dazu geeignet, die Reihen
63 hinter sich zu schließen.

64

65 Zum anderen bedient sich die Propaganda des Kremls historischer Argumente, die der
66 Ukraine absprechen, ein eigener Staat zu sein und sie stattdessen als natürlichen
67 Teil Russlands sehen. Eine Wendung der Ukraine nach Westen kann auf dieser Grundlage
68 nicht akzeptiert werden. Diese Stoßrichtung ist insofern besonders gefährlich, als
69 sie auf Fragen der "nationalen Identität" abzielt, die emotional polarisieren, aber
70 wenig rationale Verhandlungsgrundlage bieten. Die Argumentation geht zuweilen bis in
71 das 9. Jahrhundert zurück, den angeblichen Ursprung der russischen Nation. Ob aber
72 die Kiewer Rus sich vor über tausend Jahren als russisch oder ukrainisch gefühlt
73 haben, lässt sich heute wohl kaum beantworten und wenn wir ehrlich sind, ist es auch
74 völlig irrelevant. Relevant ist nur, dass solche Mythen als nationalistisches
75 Narrativ genutzt werden, um eine aggressive Außenpolitik gegen einen unabhängigen
76 Staat zu legitimieren und von den Problemen innerhalb Russlands abzulenken. Das ganze
77 verbindet sich mit Putins Anspruch, das imperiale Trauma nach dem Zusammenbruch der
78 Sowjetunion zu heilen und Russland durch die Austragung militärischer Konflikte
79 wieder den Rang einer Großmacht zu sichern.

80

81 **Nicht Putins erster Krieg**

83 Auch wenn die Ukraine einen besonderen ideologischen Stellenwert für den russischen
84 Nationalismus besitzt, hat Putin auch in anderen Fällen schon zur militärischen
85 Gewalt gegriffen. Die Bilder, die wir heute aus Mariupol oder Charkiw sehen, erinnern
86 uns nicht ohne Grund an Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens oder Aleppo in Syrien,
87 nachdem das russische Militär diese Städte gnadenlos zerstört hatte. Putin wiederholt
88 heute in der Ukraine seine Strategie, die er in diesen Ländern bereits geübt hat: Mit
89 massiver Gewalt gegen zivile Infrastruktur vorzugehen und Zivilist*innen zu töten,
90 bis die Gegenseite zusammenbricht. In Syrien stand Putin dabei an der Seite Assads,
91 um dessen Staatsvolk zu unterdrücken. Ohne Putin wäre Assad wahrscheinlich nicht an
92 der Macht geblieben. Und auch in Belarus und Kasachstan sprang Putin den bedrohten
93 Diktatoren bei, als Massenproteste ausbrachen. Gerade der Fall Belarus ist
94 interessant, weil die Opposition bewusst auf eine prowestliche Rhetorik verzichtete.
95 Anders als die Ukraine forderten sie nicht die Annäherung an die EU, sondern
96 lediglich Demokratie für Belarus. Immer wieder wurde beteuert, man wolle weiterhin
97 ein gutes Verhältnis zu Russland behalten. Damit wollten die Demonstrant*innen eine
98 Situation wie in der Ukraine verhindern. Genützt hat es ihnen aber nicht: Russland
99 sorgte dafür, dass Lukaschenka an der Macht blieb und Belarus büßte faktisch seine
100 Unabhängigkeit ein.

101

102 **Warum haben wir den Krieg nicht kommen sehen?**

103

104 Die Vorbereitungen für den Krieg, den wir aktuell mit Schrecken beobachten, liefen
105 lange im Voraus. Zuletzt konzentrierte Russland über hunderttausend Soldaten an der
106 Grenze zur Ukraine, die USA warnten vor einem unmittelbar bevorstehenden Krieg. Dabei
107 gab es für den Truppenaufmarsch gar keinen Anlass, keine andere plausible Erklärung
108 als die Vorbereitung auf den Krieg. Und bereits im Sommer 2021 veröffentlichte Putin
109 seinen sogenannten "historischen Aufsatz", in dem er der Ukraine die Staatlichkeit
110 absprach und das ideologische Fundament für einen Krieg zur Zerstörung der Ukraine
111 legte. Trotzdem herrschte in der deutschen Politik bis zum Kriegsbeginn die Meinung,
112 man müsse nur den Dialog mit Russland suchen, man müsse nur mit Putin reden und ihm
113 mehr Respekt zeigen, um den Frieden zu erhalten. Von dieser Haltung waren die Jahre
114 seit 2014, seit der Annexion der Krim, geprägt. Auch SPD-Politiker*innen waren an
115 dieser ausgesprochen verständnisvollen, dialogorientierten Haltung durchweg
116 beteiligt. Dabei hat es an Dialog mit Putin oder Russland nicht gemangelt. In den
117 Wochen vor dem Krieg haben zahlreiche westliche Regierungen den Dialog mit Russland
118 gesucht, Macron und Scholz haben Putin in Moskau getroffen, die Nachrichten waren
119 voll damit, wer wieder mit Putin telefoniert hat. All diese Gesprächspartner*innen
120 wurden von Putin in die Irre geführt. Aber auch in den letzten Jahren riss der Draht
121 nach Moskau nie ab. Mit keinem Staatschef hat Angela Merkel während ihrer
122 Kanzlerinnenschaft so häufig telefoniert wie mit Wladimir Putin. Im Normandie-Format
123 wurde sogar Russlands Selbstdarstellung als Vermittler akzeptiert, obwohl Russland
124 offenkundig durchgängig Konfliktpartei war. Und parallel dazu wurden weiter fleißig
125 Geschäfte mit Russland gemacht. Die Bundesrepublik Deutschland hielt, dem russischen
126 Krieg im Donbass und der Annexion der Krim zum Trotz, am Bau der Gaspipeline Nord
127 Stream 2 fest. Als die USA den Bau mit Sanktionen verhindern wollte, übertrug das

128 Land Mecklenburg-Vorpommern die Pipeline in die Hände einer dafür gegründeten
129 "Umweltstiftung" und umging so die US-Sanktionen. Dass es ausgerechnet eine
130 Umweltstiftung war, die als Tarnmantel für den fossilen Energieträger Gas dienen
131 sollte, ist eine weitere bittere Ironie der Geschichte. Dabei ist Nord Stream 2 nur
132 die Spitze des Eisbergs. Deutschland hat sich zielstrebig in eine eklatante Energie-
133 Abhängigkeit von Russland begeben. Mehr als die Hälfte des Gases importiert
134 Deutschland aus Russland. Kritik daran wurde lange abgeblockt, immer wieder hieß es,
135 man wolle sich von den USA nicht in die eigenen Angelegenheiten reinreden lassen und
136 außerdem seien diese Geschäfte wichtig, um den Kontakt zu Russland
137 aufrechtzuerhalten. Dabei zeigte sich auch eine auffällig nationalistische Rhetorik,
138 die auf die deutsche Souveränität pochte. Von der sonst so oft gepredigten
139 "europäischen Lösung" war beim Thema Gas nie die Rede. Ein besonders auffälliger
140 Vertreter des Verständnisses für Putin ist sicher Gerd Schröder, der noch am Vorabend
141 des Krieges das "Säbelrasseln" der Ukraine kritisiert. Sicher, ein Austritt Schröders
142 aus der SPD ist überfällig. Aber es reicht nicht, dieses Problem auf den Ex-
143 Bundeskanzler zu beschränken. Die Fehleinschätzungen gegenüber Russland und die
144 Ignoranz gegenüber den Sicherheitsbedürfnissen unserer mittelosteuropäischen
145 Partner*innen waren deutlich weiter verbreitet. Diese Fehler gilt es aufzuarbeiten
146 und sie in Zukunft nicht zu wiederholen.

147

148

149

150

151 **Was würde Willy tun? Warum der Blick in die Vergangenheit nicht hilft**

152

153 Bei der Analyse der Fehler zeigt sich, dass der Instrumentenkasten im Umgang mit
154 Putins Regime aus dem Kalten Krieg stammte. Insbesondere die SPD übertrug den Umgang
155 mit der Sowjetunion auf Russland. Die Fähigkeit zur realistischen Bewertung der Lage
156 wurde dabei vor allem dadurch eingeschränkt, dass sich viele Sozialdemokrat*innen in
157 der Tradition Willy Brandts und seiner Ostpolitik sahen, dass sie daraus ihre
158 Verantwortung als "Friedenspartei" zogen und letztlich auch ihre politische Identität
159 konstruierten. **Bei der Bewertung der russischen Politik ging es unserer Partei in den**
160 **letzten Jahren zu oft um die eigene Identität und nicht um die außenpolitische**
161 **Realität.** Es gibt beim Bezug auf die Ostpolitik nämlich zwei große Probleme: Erstens
162 wird zu oft übersehen, dass auch Willy Brandts Politik nur durch eine feste
163 Einbettung in westliche Bündnisstrukturen möglich war. Zweitens wird übersehen, dass
164 das heutige Russland nicht mit der Sowjetunion gleichgesetzt werden kann. Die
165 Sowjetunion war unbestritten eine von zwei Großmächten und hatte ein Interesse an
166 Stabilität, ein Interesse daran, diesen Zustand zu erhalten. Die heutige russische
167 Regierung hingegen versucht sich durch internationale Konflikte aufzuwerten und von
168 Konflikten im eigenen Land abzulenken. Sie versucht ihr Staatsgebiet zu vergrößern
169 und sie versucht, die erfolgreiche Errichtungen von Demokratien in ihrer
170 Nachbarschaft mit allen Mitteln zu verhindern. Außerdem gelten heute andere Regeln
171 als zur Zeit des Kalten Krieges. Grundsätze wie die freie Bündniswahl und die
172 staatliche Souveränität anstelle von Einflusszonen wurden mühsam erarbeitet. Nach der

173 Annexion der Krim hat sich gezeigt, wie sehr viele Politiker*innen in Deutschland
174 immer noch der Logik des Kalten Kriegs verhaftet waren. Immer wieder wurde von
175 "Einflusszonen" gesprochen und Verständnis dafür geäußert, dass Russland sich in
176 seiner "Einflusszone" bedroht fühlte. Die Perspektive jener Länder, die sich von
177 Russland bedroht fühlten - die Ukraine, Polen, die baltischen Staaten - hat bis 2022
178 so gut wie keine Rolle gespielt. Stattdessen wählte man sich in Deutschland einen
179 besonders guten Draht zu Putin zu haben und diesen Draht im Sinne des Friedens nutzen
180 zu können. Auch hierbei handelte es sich um eine Fehleinschätzung.

181 **Rassistische Geflüchtetenpolitik**

182 Die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten war und ist beeindruckend.
183 Privatpersonen haben sich mit Sach- und Geldspenden eingebracht, haben ihr Engagement
184 zur Verfügung gestellt oder sogar Geflüchtete bei sich zuhause aufgenommen. Tausende
185 Menschen haben an Demonstrationen teilgenommen und die Politik zum Handeln gedrängt.
186 Auch die staatliche Unterstützung war groß: Erstmals wurde die EU-
187 Massenstromrichtlinie aktiviert, wodurch die Pflicht zum Stellen eines Asylantrags
188 entfällt, und damit die Einreise ukrainischer Geflüchteter in die EU massiv
189 erleichtert. Ukrainische Geflüchtete konnten den öffentlichen Nah- und Fernverkehr
190 kostenlos nutzen. Der Zugang zum Studium enorm erleichtert. Das alles ist positiv zu
191 bewerten. Und dennoch müssen sich verantwortliche Politiker*innen jetzt die Frage
192 gefallen lassen, warum das alles für ukrainische Geflüchtete möglich ist, es für
193 Geflüchtete aus anderen Ländern nicht im gleichen Maße möglich war. Dabei ist
194 besonders der Vergleich mit Syrien auffällig, immerhin wurden syrische Städte von der
195 gleichen russischen Luftwaffe bombardiert, die jetzt ukrainische Städte zerstört.
196 Auch in Syrien wurde ein gezielter Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt. Wieso
197 herrscht bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter große Einigkeit in der EU, die
198 während des Bürgerkriegs in Syrien nicht möglich war? Warum können Ukrainer*innen in
199 Deutschland ohne Schulabschluss studieren, während viele Migrant*innen aus anderen
200 Staaten nicht einmal eine Anerkennung ihrer bereits vorhandenen Hochschulabschlüsse
201 erhalten hat? Warum steht die Presse und öffentliche Meinung nahezu unisono hinter
202 der Solidarität mit den Ukrainer*innen, während eine große deutsche Wochenzeitung
203 2018 ein Foto von einer Seenotrettung im Mittelmeer übertitelte mit „Oder soll man es
204 lassen?“. Warum hören viele von uns im privaten Umfeld, dass jetzt seien ja „echte
205 Flüchtlinge“? Und warum gilt die große Aufnahmebereitschaft eigentlich in erster
206 Linie für weiße Geflüchtete aus der Ukraine? Es gibt einen Grund für diese
207 Ungleichbehandlung und diesen Grund müssen wir benennen. Der Grund heißt: Rassismus.
208 Von der Privatperson über die Medienlandschaft bis zur Politik wird Menschenleben ein
209 unterschiedlich hoher Wert und ein unterschiedlich starker Anspruch auf Schutz
210 zugesprochen, abhängig davon welche Hautfarbe sie haben, welche Religion sie
211 praktizieren, welcher „kulturelle Hintergrund“ ihnen aus europäischer Perspektive
212 zugeschrieben wird. Ein formal juristische Argumentation, die behauptet,
213 Ukrainer*innen würden anders behandelt, weil für sie aktuell nun einmal andere
214 Gesetze gelten, läuft ins Leere. Die Gesetze – Aktivierung der Massenzustrom-
215 Richtlinie auf der einen Seite, überfüllte und menschenunwürdige Geflüchtetenlager
216 auf der anderen Seite – sind die Folge eines fest verankerten, mehrheitsfähigen
217 Rassismus. Wir Jusos werden nicht aufhören, auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen.
218 Und wir werden die Migrations- und Asylpolitik der Zukunft mindestens an den

219 Maßstäben messen, die 2022 gesetzt wurden. Dieses Jahr darf nicht nur eine
220 Zeitenwende in der Sicherheitspolitik bringen. Es muss auch eine Zeitenwende im
221 Umgang mit Geflüchteten werden. Ob aus der Ukraine, aus Syrien oder jedem anderen
222 Land der Welt: **Kein Mensch ist illegal!**

223 **Für Sanktionen, die wirklich wirken!**

224 Mit der russischen Anerkennung der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als
225 unabhängige Gebietseinheiten beschloss die EU als unmittelbare Reaktion kurzfristig
226 ihr erstes Sanktionspaket gegen Russland. Weitere umfangreiche Sanktionspakete
227 seitens der EU folgten mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Neben
228 diplomatischen Restriktionen setzen die fünf Sanktionspakete bei
229 Wirtschaftssanktionen sowie individuelle Sanktionen gegen Einzelpersonen an.

230 Insgesamt wurden 1091 Einzelpersonen (z.B. Mitglieder der russischen Regierung und
231 dem Kreml nahestehenden Oligarchen) sowie 80 Organisationen (z.B. illegale
232 Separatistengruppen) mit Individualsanktionen belegt (unter Berücksichtigung früherer
233 Sanktionen, welche im Zusammenhang mit der Krim-Annexion verhängt wurden sind). Mit
234 den Individualsanktionen wurden Konten bei EU-Banken gesperrt und somit
235 Vermögenswerte eingefroren sowie ein Reiseverbot erlassen. Auch wenn diese Art der
236 Sanktionen einen kleineren Einfluss übt und eher einen symbolischen Charakter hat,
237 soll sichergestellt werden, dass das russische Regime nicht mit Geldern unterstützt
238 werden kann und dass die sanktionierten Personen keinen sicheren Zufluchtsort in der
239 EU finden.

240 Eine größere Bedeutung und mehr Druck auf die russische Volkswirtschaft können die
241 umfassenden Wirtschaftssanktionen der EU ausüben, welche vielfach mit internationalen
242 Partner*innen wie beispielsweise den USA und Kanada oder auch Japan und Australien
243 gemeinsam erhoben werden. Die Sperrung des europäischen Luftraums für russische
244 Luftfahrtunternehmen, das Ausfuhrverbot von in der Luft- und Raumfahrtindustrie
245 verwendeten Gütern und Technologien, das Transaktionsverbot mit der russischen
246 Zentralbank sowie der Ausschluss sieben russischer (und drei belarussischer) Banken
247 aus dem internationalen Bankenkommunikationssystem SWIFT sind insgesamt harte
248 Wirtschaftssanktionen, die Russland nachweislich unmittelbar treffen. Auch wenn sich
249 der Rubel nach dem Einbruch wieder erholt hat, wird Russland mit einer Inflationsrate
250 von über 17% im März 2022 unter Druck gesetzt. Zusätzlich kann Russland wegen der
251 Blockade der Devisenreserven Fremdwährungsanleihen in Dollar nicht mehr begleichen,
252 was enorme Auswirkungen für den Staat auf dem Kreditmarkt hat. Nach Schätzungen von
253 Ökonom*innen könnte die russische Wirtschaft in diesem Jahr insgesamt um mehr als 20
254 Prozent schrumpfen, was zum einen auf die Wirtschaftssanktionen und zum anderen auf
255 die Unternehmen, die ihre Produktion, ihren Export oder insgesamt ihre geschäftlichen
256 Aktivitäten mit Russland, zurückzuführen.

257 Dennoch sind die Wirtschaftssanktionen in einem Bereich nach wie vor unzureichend,
258 nämlich im Energiesektor. Russlands Staatshaushalt refinanziert sich ungefähr zur
259 Hälfte aus fossilen Energieträgern, so sind mineralische Brennstoffe mit einem Anteil
260 von über 42% an der Warenausfuhr das Top-Exportgut und für rund 207 Milliarden US-
261 Dollar verantwortlich und somit die Haupteinnahmequelle des Regimes. Im fünften EU-
262 Sanktionsverbot wurde als erstes eine Kohleembargo in Kombination mit einem
263 Einlaufverbot für russische Schiffe beschlossen. Darüber hinaus wird als weiterer

264 Schritt das Öl-Embargo diskutiert. **Doch diese energiepolitischen Sanktionen greifen**
265 **zu kurz und nicht weit genug!** Denn sowohl Steinkohle als auch Erdöl sind weltweit
266 flexibel, wenn auch zurzeit in der Verfügbarkeit knappe, handelbare Wirtschaftsgüter,
267 welche Russland entsprechend ohne große Probleme anderweitig (z.B. nach China oder
268 Indien) verkaufen kann. Auch wenn die russische Erdölförderung zunächst sinken würde
269 und die Umorientierung nach Asien Infrastrukturinvestitionen erfordert, würden die
270 Ölpreise so hochgetrieben werden, dass nach Meinung von Expert*innen die Wirkung des
271 Öl-Embargos konterkariert werden könnte. **Deshalb müssen wir konsequent einen Schritt**
272 **weiter gehen und fordern ein vollständiges Energieembargo und somit auch das Embargo**
273 **gegen russisches Erdgas,** da das Gas pipelinegebunden nur Richtung Europa fließen kann
274 und die russischen LNG-Kapazitäten nicht ausreichen, um dem Gasboykott auszugleichen.
275 Konsequenterweise müssen ebenfalls die russischen Geschäftsbanken, die bislang wegen
276 der Abwicklung von Energielieferungen (wie z.B. die Gazprombank) von dem SWIFT-
277 Ausschluss nicht betroffen waren, endlich vom System ausgeschlossen werden. Da nicht
278 nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten von russischen Fossilen
279 teilweise noch erheblicher abhängig sind, muss im Notfall auf europäischer Ebene für
280 eine solidarische Verteilung von fossilen Energieträgern Maßnahmen getroffen werden.
281 Nach Studien verschiedener Ökonom*innen hat ein sofortiger Gas-Importstopp auch
282 Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftsleistung– hier muss von staatlicher Seite
283 mit bewährten Mitteln wie der Kurzarbeit Sorge getragen werden, dass die
284 wirtschaftlichen Folgen abgemildert werden. **Eine weitere Einfuhr von russischem**
285 **Erdgas angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und den furchtbaren**
286 **Kriegsverbrechen ist nicht akzeptabel!**

287 **Sondervermögen? Schuldenbremse kippen!**

288 Die Bundesrepublik muss in der Lage sein, ihren Bündnispflichten im Rahmen der NATO
289 nachzukommen. Darauf drängen zu Recht insbesondere die mittel- und osteuropäischen
290 Staaten, die sich vom russischen Imperialismus bedroht sehen. Das erwarten auch
291 Staaten wie Schweden und Finnland, die dem Verteidigungsbündnis beitreten wollen.
292 Dafür braucht es eine entsprechend ausgestattete Bundeswehr. In der Vergangenheit
293 sind nötige Investitionen in diesem Bereich nicht oder extrem ineffizient getätigt
294 worden. Dass die Bundesregierung dieses Problem angehen möchte, begrüßen wir im
295 Grundsatz. Allerdings stellen sich im Detail noch zahlreiche Fragen. Die Ankündigung
296 der 100 Milliarden Euro, die als Sondervermögen in die Bundeswehr investiert werden
297 sollen, kam selbst für Mitglieder der Bundesregierung überraschend. Für die
298 Fraktionen sowieso, geschweige denn für die Öffentlichkeit. Angesichts der gewaltigen
299 Investitionssumme, muss mit der Frage, wie das Geld ausgegeben werden soll, anders
300 verfahren werden. Es muss eine transparente Debatte dazu geben, wo Geld benötigt wird
301 und welche Prioritäten gesetzt werden. Wir erwarten, dass insbesondere die
302 persönliche Schutzausrüstung von Soldat*innen beachtet wird. Außerdem fordern wir,
303 dass im gleichen Zuge auch in den Zivilschutz massiv investiert wird, der in den
304 letzten Jahrzehnten noch weitaus dramatischer vernachlässigt wurde als die
305 Bundeswehr. Dabei kann der Zivilschutz das Leben von Menschen retten, die im
306 Kriegsfall besonders verletzlich sind. Nicht zuletzt muss die Bundesregierung die
307 Frage beantworten, wie verhindert werden soll, dass diese gewaltige Investitionssumme
308 nicht ebenso ergebnislos versickert, wie es bei früheren Rüstungsaufträgen der Fall
309 war. Die Bundeswehr braucht nicht einfach nur mehr Geld, das Geld muss auch

310 zielgerichteter und effizienter ausgegeben werden. Dazu ist eine kritische
311 Betrachtung privater Rüstungskonzerne unumgänglich! Letztlich führt kein Weg daran
312 vorbei: Krieg darf kein Geschäftsmodell sein. Rüstungskonzerne müssen verstaatlicht
313 werden.

314 Unsere Kritik zielt aber nicht nur darauf ab, wie und wofür das Sondervermögen
315 verwendet werden soll. Wir kritisieren auch die Konstruktion des Sondervermögens an
316 sich. Der Wortbestandteil "Vermögen" führt in die Irre. Es handelt sich um Schulden,
317 die der Staat aufnimmt, um Investitionen, in diesem Fall in die Bundeswehr, zu
318 tätigen. Statt aber diese Gelegenheit zu nutzen, um aufzuzeigen, wie sehr die
319 Schuldenbremse an der Realität vorbeigeht, statt eine Debatte über
320 schuldenfinanzierte Zukunftsinvestitionen zu führen, hat sich Bundesregierung
321 entschieden, die Schuldenbremse beizubehalten, aber mit dem Konstrukt
322 "Sondervermögen" auszutricksen. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Digitalisierung
323 und vieles mehr: Immer wieder zeigt sich, dass wir vor Zukunftsherausforderungen
324 stehen, die ohne die Aufnahme von Schulden nicht zu meistern sind. **Wir erwarten von**
325 **der SPD und den SPD-Mitgliedern der Bundesregierung, dass die Schuldenbremse endlich**
326 **abgeschafft wird, um endlich ehrlich über Investitionen in unsere Zukunft sprechen zu**
327 **können!** Besonders verständnislos beobachten wir, dass das Sondervermögen im
328 Grundgesetz verankert werden soll. Das führt aufgrund der benötigten Zwei-Drittel-
329 Mehrheit nicht nur zur Abhängigkeit von der Union, die diese Gelegenheit mit
330 Sicherheit nutzen wird, um sich als Rüstungspartei zu profilieren, es führt auch
331 dazu, dass zukünftige politische Konstellationen diese Entscheidung kam noch werden
332 ändern können. Damit wird das Sondervermögen faktisch der zukünftigen, demokratischen
333 Auseinandersetzung entzogen und in Stein gemeißelt.

334 **Wir sind davon überzeugt, dass die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Erfüllung der**
335 **Bündnispflichten innerhalb der NATO leisten muss und dass es dazu zielgerichtete,**
336 **verteidigungspolitische Investitionen braucht. Wir sind aber auch überzeugt davon,**
337 **dass es endlich eine ehrliche Auseinandersetzung über die Finanzierung solcher**
338 **Investitionen braucht und dass das im Grundgesetz verankerte Sondervermögen so nicht**
339 **unsere Unterstützung erfahren kann.**

340 **Friedenspartei im 21. Jahrhundert**

341

342 Der gesamte Rückblick, die Fehler, die falschen historischen Analogien, führen am
343 Ende zur Frage, was es für uns Jusos im 21. Jahrhundert bedeutet, ein
344 antimilitaristischer Verband zu sein und was es für die SPD bedeutet, eine
345 Friedenspartei zu sein. Denn Ostermärsche und Kritik an der NATO-Osterweiterung
346 helfen dabei nicht weiter. Klar ist, dass unser Ziel der Frieden ist. Dass wir
347 militärische Gewalt ablehnen und verurteilen. Aber auch dass wir die Tatsache
348 anerkennen, dass es andere politische Mächte gibt, die bereit sind Gewalt zur
349 Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen und für die das Völkerrecht nicht von
350 Bedeutung ist. Wir erkennen, dass es Gewalt gibt und dass es notwendig ist, sich
351 dagegen zu verteidigen. Im Falle der Ukraine heißt das: Die Ukraine hat jedes Recht
352 sich zu verteidigen. Sie dabei zu unterstützen, ist sowohl politisch als auch
353 moralisch geboten. Das schließt auch die Lieferung von Waffen ein.

354

355 Wir Jusos stehen für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und für eine strenge
356 Rüstungskontrolle. Waffenlieferungen in Diktaturen lehnen wir ab. Eine pauschale
357 Ablehnung von Waffenlieferungen aber halten wir für falsch. Ohne Waffen wäre die
358 Ukraine nicht in der Lage sich zu verteidigen. Dann wäre vielleicht der Krieg
359 schneller vorbei gewesen, aber noch lange kein Frieden eingekehrt. Stattdessen hätte
360 eine unterdrückerische Besatzung begonnen mit dem Ziel, den ukrainischen Staat zu
361 zerstören. Wenn wir ehrlich sind, kamen selbst die leichten Waffenlieferungen der
362 Bundesregierung zu spät. Bereits vor Beginn des Krieges, als das russische Militär
363 offensichtliche Vorbereitungen zum Angriff traf, hätte die Ukraine mit
364 Waffenlieferungen unterstützt werden müssen. Hätten alle Staaten sich so lange
365 zurückgehalten wie Deutschland, hätte die Ukraine sich in den ersten Wochen des
366 Krieges vermutlich nicht so erfolgreich wehren können. In der nächsten Stufe zögerte
367 die Bundesregierung, schwere Waffen zu liefern, dabei waren die Bitten aus der
368 Ukraine eindeutig: Um eine Gegenoffensive zu starten seien schwere Waffen unbedingt
369 notwendig. Auch bei der Ablehnung dieser Bitte wurde oft damit argumentiert, Waffen
370 würden den Konflikt nicht lösen, sondern Verhandlungen. Waffen sind in diesem Krieg
371 aber zwingend notwendig, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Und eine
372 möglichst erfolgreiche Verteidigung der Ukraine, die nur mit schweren Waffen gelingen
373 kann, ist notwendig, um Putins Strategie scheitern zu lassen. Ein Grund, wieso Putin
374 in seiner Laufbahn immer wieder militärische Gewalt eingesetzt hat, ist, weil er
375 damit erfolgreich war. Deshalb gilt es die Ukraine dabei - auch mit Waffen - zu
376 unterstützen, dass Putin dieses Mal nicht erfolgreich ist. Dabei ist die
377 Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen nicht zielführend. In den Händen
378 der Ukraine ist aktuell jede Waffe eine Defensivwaffe, weil sie zur Verteidigung
379 eines überfallenen Staates eingesetzt wird. **Die zynische Logik, Waffenlieferungen**
380 **würden den Krieg nur verlängern, lehnen wir klar ab. Wir setzen uns für das Recht der**
381 **Ukraine ein, sich zu verteidigen und wir fordern die Bundesregierung auf, sie dabei**
382 **mit allen notwendigen Lieferungen zu unterstützen.**

383

384 Es ist schmerzhaft, sich dieser brutalen Realität zu stellen. Nichtsdestoweniger
385 müssen wir das tun, wenn wir tatsächlich erfolgreich für den Frieden in der Welt
386 kämpfen wollen. Dazu gehört selbstverständlich den Dialog zu suchen, wo alle
387 Konfliktparteien auch ernsthaft dialogbereit sind. Dazu gehört, Konflikte
388 grundsätzlich nicht militärisch zu lösen. Aber wir verschließen nicht die Augen
389 davor, dass es manchmal reicht, wenn eine Seite den Krieg unbedingt will und dass
390 Dialog dann nicht ausreicht, um den Krieg zu verhindern oder zu beenden. Wir erwarten
391 auch von unserer Mutterpartei, dass sie sich dieser Debatte ohne Scheuklappen stellt
392 und eine Friedenspolitik für das 21. Jahrhundert formuliert, die nicht im Schatten
393 der alten Ostpolitik steht.

Antrag E02: Der Westbalkan ist Europa.

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Westbalkan wird in der europäischen Diskussion meist galant ignoriert. Obwohl die
- 2 Region sowohl historisch als auch politisch für die Europäische Union von besonderer
- 3 Wichtigkeit ist, wird sie in den Hintergrund geschoben und fand zuletzt wenig
- 4 Beachtung. Unser Europa-Begriff ist oft viel zu eng und nimmt vor allem Nord- und
- 5 Westeuropa als Maßstab. Das gilt es zu überwinden. Wir müssen begreifen, dass die
- 6 Zukunft der Europäischen Union auch maßgeblich damit zusammenhängt, ob sie bereit
- 7 ist, sich weiterzuentwickeln und zu erweitern oder ob sie ihren Status quo als
- 8 weiterhin gesetzt sieht.
- 9 Montenegro, Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo. All
- 10 diese Staaten des Westbalkan teilen pro-europäische Sichtweisen und streben eine EU-
- 11 Mitgliedschaft an. Montenegro befindet sich bereits in den Beitrittsverhandlungen,
- 12 Albanien und Nordmazedonien sollen bald in die Verhandlungen gehen. Im Fall
- 13 Nordmazedonien blockiert jedoch Bulgarien aktuell die Beitrittsverhandlungen, da
- 14 zunächst anerkannt werden müsse, dass Nordmazedonien bulgarische Wurzeln in
- 15 Geschichte und Sprache habe.
- 16 Der Wille, die Staaten beitreten zu lassen, scheint generell bei einigen
- 17 Mitgliedstaaten wie Frankreich, den Niederlande oder Dänemark gering. Die offizielle
- 18 Begründung besteht darin, dass die Europäische Union nicht in der Lage gesehen wird,
- 19 diese Länder erfolgreich in das System zu integrieren, da sie politisch noch nicht so
- 20 weit seien. Dass das Problem eines Beitritts auch mit der innenpolitischen Lage der
- 21 jeweiligen Mitgliedstaaten einhergehen könnte (wie etwa der zuletzt stattgefundene
- 22 Wahlkampf in Frankreich, bei dem Macron nur knapp gegen die rechtsextreme Le Pen die
- 23 Präsidentschaft gewonnen hatte) wird nicht angeführt. Die Kriterien erscheinen in
- 24 Teilen willkürlich und können als Hinhaltenaktik verstanden werden, die verheerend
- 25 ist, denn sie löst bei den betroffenen Ländern und ihrer Bevölkerung Frustration aus
- 26 und führt zur Erstarkung nicht-europäischer Kräfte.
- 27 Die Europäische Union muss ihre Verantwortung endlich ernst nehmen und darauf achten,
- 28 nicht weiter ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Der Westbalkan ist pro-europäisch und
- 29 das dürfen wir durch widersinniges Handeln nicht verspielen. Den nationalistischen
- 30 Tendenzen muss entgegengetreten werden. Es muss ganz klar sein: Europa ist die
- 31 Antwort.
- 32 Die formende, normative Kraft geht von der europäischen Integration aus. Dabei dürfen
- 33 grundlegende Voraussetzungen wie etwa die Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der
- 34 Menschenrechte natürlich nicht über Board geworfen werden. Die Verhandlungen müssen
- 35 jedoch auf Augenhöhe und nicht von oben herab stattfinden. Wir müssen unseren
- 36 Nachbarn mit Respekt begegnen. Die nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten
- 37 müssen gegen das allgemein gültige Interesse der Europäischen Union zurückstecken.

38 Europa geht nur zusammen.

39 Auch wenn es auf dem Westbalkan an vielen Stellen noch einiges zu tun gibt, muss die
40 EU-Beitrittsperspektive in Sicht sein. Die Staaten trotz ihrer Fortschritte
41 hinzuhalten, die nächsten Integrationsschritte zu verwehren und weiter zu verträsten
42 ist keine Option. Die Republik Kosovo wartet beispielsweise bereits seit Jahren auf
43 ihr Visa-Liberalisierung, die ihnen als einziges in der Region verwehrt bleibt. Von
44 einem solchen Vorgehen profitieren nur korrupte Eliten und nicht-europäische Kräfte
45 wie Russland, China und die Vereinigten Arabischen Emiraten. Die pro-europäischen
46 Kräfte in den Ländern müssen unterstützt werden. Die europäischen Hilfsprogramme
47 waren und sind wichtig, auf lange Sicht werden finanzielle Stützen allein jedoch
48 nicht reichen. Die demokratischen Strukturen in der Gesellschaft dürfen nicht dadurch
49 ermüden, dass die Beitrittsperspektive aus Willkür heraus in immer weitere Ferne
50 rückt. Die Sicherung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgt nicht dadurch,
51 dass Perspektiven genommen werden.

52 Für die Staaten des Westbalkan muss jedoch klar sein, dass bestimmte Kriterien für
53 ihren Beitritt nicht verhandelbar sind. So gilt insbesondere, dass es keinerlei
54 Grenzverschiebungen geben wird. Einen Beitritt gibt es nur mit den bestehenden
55 Grenzen. Die genannten Staaten sind als souverän anzuerkennen, andere Bestrebungen
56 werden auf das schärfste kritisiert und sanktioniert. Das gilt mit besonderem Blick
57 auf nationalistische Abspaltungstendenzen der Republik Srpska in Bosnien und
58 Herzegowina und auf das Kosovo, das unter anderem von seinem Nachbarn Serbien noch
59 immer nicht als unabhängig anerkannt wird.

60 Auch aus sicherheitspolitischen Gründen ist der Beitritt der genannten Staaten von
61 hoher Wichtigkeit. Der Westbalkan befindet sich in unserer direkten Nachbarschaft.
62 Albanien, Montenegro und Nordmazedonien sind zudem Mitglieder der NATO.

63 Seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 rückt die
64 Westbalkanregion wieder vermehrt in den Fokus der europäischen Diskussion. Seit
65 Jahren ist klar, dass der Frieden auf dem Westbalkan zerbrechlich ist. Mit der
66 aktuellen Situation verschärft sich die Lage.

67 Wir haben lange genug weggeschaut. Wenn wir auf lange Sicht Frieden in Europa
68 schaffen wollen, ist die EU-Erweiterung ein Muss.

69 Wir als Jusos müssen dafür Sorge tragen, dass die Diskussionen um die baldige EU-
70 Erweiterung nicht abebben und wieder in Vergessenheit geraten. Die europäische
71 Zukunft hängt maßgeblich von der Situation auf dem Westbalkan ab. Stillstand in der
72 Debatte ist keine Option – die Staaten des Westbalkan gehören in die Europäische
73 Union!

Antrag E03: Kein Druckmittel! Es geht um Menschen! - Stoppt das Morden an den Grenzen!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Versammlung möge beschließen:

1 Seit Wochen spielen sich dramatische Szenen an der belarussisch-polnischen Grenze ab.
2 Dort harren seit Wochen Tausende Geflüchtete aus. Der belarussischen Machthaber
3 Alexander Lukaschenko, hat als Reaktion auf Sanktionen gegen sein Land erklärt,
4 Geflüchtete auf ihrem Weg nach Europa nicht mehr aufhalten zu wollen. Und so haben
5 sich an den östlichen Grenzübergängen zwischen Polen und Belarus inzwischen Tausende
6 Menschen angesammelt, die über Polen in die EU gelangen wollen. Als Reaktion darauf
7 hat Polen hat einen Grenzübergang bereits komplett geschlossen und plant den Bau
8 einer Mauer zum Nachbarland. Mehrere Geflüchtete sind bereits gestorben. Von Seiten
9 deutscher Spitzenpolitiker*innen gab es bisher keine Ambitionen die Menschen an der
10 Grenze aufzunehmen und zu Retten. Stattdessen ist viel Kritik an Lukaschenko zu
11 hören, er würde Geflüchtete Druckmittel missbrauchen. Dies ist eine grundsätzlich
12 falsche Reaktion. Denn natürlich ist Lukaschenkos handeln nicht richtig und dass er
13 ein menschenfeindlicher Diktator ist, steht nicht zur Frage. Allerdings sind Menschen
14 kein Druckmittel, mit dem man andere bedrohen kann. Uns muss klar werden, dass es
15 hier nicht um Handelsware geht, an der man seine Menschlichkeit messen kann. Es geht
16 um Menschen, die täglich an den Grenzen der EU leiden und sterben. Und das nicht erst
17 seit ein paar Wochen in Belarus. Nein das passiert schon seit an den verschiedensten
18 Orten. Seien es auf griechischen Inseln, in der Türkei, Libyen oder im Mittelmeer.
19 Schon der Deal mit der Türkei war absolut nicht in Ordnung. Hier wurden Menschen als
20 Masse betrachtet, die es aufzuhalten gilt und wenn man dafür einige Milliarden Euro
21 an einen Autokraten wie Erdoğan zahlen muss. Europa weit feierten sich Mitte- und
22 Rechtsparteien für diesen Deal. Die jetzige Situation hat allerdings noch einmal neue
23 Ausmaße erreicht. Die wenigen Tausend Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze
24 werden von der EU aktuell so behandelt und mit solch einem Narrativ belegt, als seien
25 sie eine sehr deutliche Drohung und Bedrohung. „Als seien diese Migranten bis an die
26 Zähne mit kulturellen Minen und ideologischen Raketen bewaffnet, die das glorreiche
27 westliche sozioökonomische Bergmassiv erschüttern werden.“^[1] So wird legitimiert und
28 als unabdingbar dargestellt, dass sowohl Polen als auch Deutschland ihre Grenzen
29 aufrüsten auf und überwachen. Wenn dann doch mal von staatlicher Seite die Idee von
30 Hilfe aufkommt, wird sie sofort als absolute Großzügigkeit dargestellt. Als wäre es
31 großzügig, Menschen, die vor Krieg und Tod fliehen und in Gewalt und Tod ankommen zu
32 helfen. Das ist nicht großzügig, das wäre einfach nur menschlich. Doch an dieser
33 Menschlichkeit fehlt es. Mit der Debatte um Lukaschenkos Druckmittel hat die Gewalt
34 gegenüber Geflüchteten eine neue Dimension erreicht. Sie werden nicht nur als
35 Geflüchtete behandelt, die entweder verborgen oder bekämpft werden müssen, wie es in
36 den letzten Jahren oft der Fall war, sondern als Waffe, die von außen auf Europa
37 gerichtet ist. Dies hat schwerwiegende Folgen:

38 Polen hat den Ausnahmezustand über seine Grenzen verhängt hat. Hier herrscht ein
39 Grenzregime aus Soldat*innen und freiwilligen „Bürgerwehren“, das sich schon
40 vollständig militarisiert hat, um unbewaffnete, unterernährte, schlaf-, wärme-, und
41 hilflose, fast nackte Menschen von der Einreise abzuhalten. Auch Deutschland sendet
42 Signale (in Form von Aussagen diverser Politiker angefangen bei noch-Innenminister
43 Horst Seehofer, über FDP Außenexperte Alexander Graf Lambsdorff bis hin zu noch-
44 Außenminister Heiko Maas) dass die Bereitschaft da ist, dabei zu sein. Es sei eine
45 „europäische Pflicht“, die Grenzen aufzurüsten. Leicht kann man sich hier gemeinsam
46 auf Lukaschenko als Bösewicht festlegen. Ein Feind, mit seiner „bösen Waffe“ – den
47 Geflüchteten. Und die EU-Staaten, die guten, die erpresst werden. Doch dieses
48 Narrativ ist falsch. Denn diejenigen, die Menschen in Not die Durchreise verwehren,
49 die sie draußen sterben lassen und auch an anderen Grenzen nichts für Geflüchtete
50 tun, das sind die EU-Staaten. Der Friedensnobelpreisträger EU nimmt es wissentlich in
51 Kauf, dass Menschen an seinen Grenzen sterben, und versucht sich mit einem neuen
52 Narrativ aus der Affäre zu ziehen. Aktuell kann man die EU nur als eine unmenschliche
53 Institution begreifen, die nicht-Europäer*innen entmenschlicht und Deals und
54 Geschäfte über die Verletzlichkeit und Sterblichkeit von Menschen, die in einen
55 Ausnahmezustand versetzt werden, macht.

56 Dieses aktuell reproduzierte Narrativ ist unter anderem auch deshalb problematisch:
57 Wenn Menschen als Waffe benutzt werden, prägt das den ganzen Diskurs darüber.
58 Aktivist*innen gelten dann als Verbrecher*innen, Helfer*innen werden zum
59 Menschenhändler*innen, Geflüchtete herein zulassen wird zu einem Anschlag oder einer
60 Gefahr, dabei wäre es einfach nur ein Akt der Menschlichkeit. Deshalb können wir nur
61 wie schon so oft fordern:

- 62 **1. Europa muss die Geflüchtete an seinen Grenzen aufnehmen, unter guten**
- 63 **Bedingungen leben lassen und für sichere Fluchtrouten sorgen.**
- 64 **2. Helfer*innen dürfen nicht kriminalisiert, sondern müssen unterstützt werden.**
- 65 **3. Es dürfen keine Deals mit autoritären Regimes wie der Türkei getroffen werden.**
- 66 **Menschen dürfen nicht als Druckmittel oder gar Waffen gesehen werden.**

67

68 [\[1\] https://taz.de/Menschen-auf-der-Flucht/!5815168/](https://taz.de/Menschen-auf-der-Flucht/!5815168/)

Antrag E04: Trotz alledem - Aufrüstung ist nicht das Ziel!

Laufende Nummer: 59

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der am 24.02.2022 gestartete, völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen
2 Regimes rund um Wladimir Putin gegen die Ukraine hat uns alle tief getroffen. Mit ihr
3 hat eine „neue Zeit“ begonnen (zumindest im friedensgewöhnten Westeuropa). In diesem
4 Zusammenhang sprach auch Bundeskanzler, Olaf Scholz in seiner Rede vom 27.02.2022 von
5 einer „Zeitenwende“ Mit dieser „Zeitenwende“ geht auch eine Wende in der Außen- und
6 Sicherheitspolitik einher. Der Bundeskanzler hat in dieser Rede ein Sondervermögen
7 für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro angekündigt, sowie die generelle
8 Erhöhung der Verteidigungsausgabe auf 2% des Bruttoinlandsproduktes. Dies wären
9 (Stand 2021) circa 80 Milliarden Euro. Insgesamt sind so für den Zeitraum bis 2026,
10 350 Milliarden Euro für Verteidigung anberaumt. Zum Vergleich sind im selben Zeitraum
11 200 Milliarden für den Kampf gegen die Klimakrise vorgesehen - man sieht wo hier die
12 Prioritäten liegen.

13 In den vergangenen Jahren (seit 2014) wurde das Budget für das
14 Verteidigungsministerium um 15 % gesteigert. Dennoch hört man immer wieder, wie
15 „kaputt“ bzw „kaputtgespart“ die Bundeswehr sei. Es wurde jedoch Jahr für Jahr mehr
16 Geld hineinvestiert, doch passiert augenscheinlich nichts. Die Probleme der
17 Bundeswehr liegen an anderer Stelle.

18

19 „Friedensdividende“ statt „kaputtgespart“

20 Bei der Suche nach einer Erklärung muss man bei der “Wiedervereinigung” beginnen. Die
21 Bundeswehr ist dadurch auf einmal auf 509.100 Angehörige angewachsen. Im „Zwei-Plus-
22 Vier-Vertrag“ wurde eine Maximalstärke von 370.000 Militäranghörige für das
23 wiedervereinigte Deutschland festgelegt. Also wurde massiv abgerüstet und
24 entsprechend auch die Ausgaben reduziert. Im Jahr 2000 sollte dann, im Zuge der
25 sogenannten „Weizsäcker-Kommission“, die Zahl der Streitkräfte auf 250.000 reduziert
26 werden (Auch wurde beschlossen, dass die Bundeswehr nun vermehrt im Ausland zur
27 dortigen Bewältigungen von Krisen auftritt und die „Landesverteidigung“ mehr in den
28 Hintergrund rückt, wodurch auch weniger Personal vonnöten gewesen sei, sowie auch
29 generell eine höhere Spezialisierung, im Sinne von Spezialoperationen der NATO, zur
30 Erfüllung der „Bündnisverpflichtungen“). Dieses zunehmende „internationale handeln“
31 wurde auch noch einmal im Zuge des „Weißbuchs“ von 2006 konkretisiert, wo zum
32 Beispiel steht: „Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch
33 weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren. [...]“
34 Deutsche Sicherheitspolitik beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Risiken
35 und Bedrohungen muss mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden.“ 2010
36 dann, in der Kommission „Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr“,
37 wurde eine erneute Reduzierung dieser auf eine Streitkräfteanzahl von dann 185.000

38 Personen beschlossen, sowie auch eine generelle Neuorientierung (Abschaffung der
39 Wehrpflicht, weiter zunehmende Spezialisierung der Streitkräfte und allgemeine
40 Straffung der Strukturen zur „Konsolidierung des Bundeshaushaltes“). Dies geschah
41 also nicht aufgrund von einem mutwilligen Drang die Bundeswehr „kaputtzusparen“,
42 sondern aufgrund von fehlenden inneren und äußeren Bedrohungen, sowie den politischen
43 und strategischen Entscheidungen im Vorfeld, wie im Text beschrieben. Aber spätestens
44 seit 2014 wurde diese „Friedensdividende“ begraben, da seitdem die
45 Verteidigungsausgaben, wie oben beschrieben, um 15% angewachsen sind. Deshalb ist
46 festzustellen, dass es eher an anderen Dingen statt Geld liegt, dass die Bundeswehr
47 heute so ist, wie sie ist.

48

49 **Zu langsam zu wenig: Beschaffungsamt der Bundeswehr**

50 Denn Geld allein ist nicht alles. Es muss auch sinnvoll investiert werden und das ist
51 ein Problem bei der Bundeswehr. Vor allem beim Bundesamt, welches hauptverantwortlich
52 dafür zuständig ist – das „Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung
53 der Bundeswehr“ (kurz BAAINBw) oder auch „Beschaffungsamt für die Bundeswehr“
54 genannt. Die internen Prozesse, wie man zum Beispiel einen neuen Panzer oder auch nur
55 neue Unterwäsche bekommt, sind lang und ziemlich kompliziert. In aller Kürze würden
56 sie wie folgt aussehen: Die Soldat*innen benötigen etwas. Die Behörden, hierbei
57 spielt auch das „Planungsamt der Bundeswehr“ eine Rolle. Es ist im Hintergrund für
58 alle nicht ministeriellen Planungen zuständig. Dies bedeutet, es bündelt die
59 Aufgaben, Kompetenz und Verantwortungen in Planungsnetzwerken, stellt Methoden und
60 wissenschaftlich Werkzeuge für die Bundeswehr bereit, koordiniert multinationale
61 Abstimmungen, erarbeitet Zukunftsstrategien für die Bundeswehr und macht Vorschläge
62 für Planungen im nächsten Haushalt. Es evaluiert erst einmal, ob im Bestand noch
63 etwas vorhanden ist. Ansonsten erstellen die Soldat*innen und die Verwaltung einen
64 Anforderungsbogen. Dieser muss von oben genehmigt werden, oft von dem*der
65 Generalinspekteur*in der Bundeswehr selbst. Dann muss das BAAINBw mithilfe von
66 Beschaffer*innen diesen Anforderungsbogen in technische Leistungsbeschreibungen
67 überführen. Dieser muss dann wieder abgesegnet werden. Bevor der Einkauf stattfindet,
68 muss oftmals eine europaweite Ausschreibung durchgeführt werden. Nach dem Einkauf
69 steht dann nicht selten ein juristisches Nachspiel im Raum. Wie man sieht, ist dies
70 alles ziemlich aufwendig und teuer. Nicht ohne Grund attestieren Expert*innen diesem
71 Amt deshalb, dass es teuer und langsam sei und vor allem auch zu viele
72 Entscheider*innen, zu viele Ebenen und einen Hang zu unfertigem Besitze. Denn durch
73 zum Beispiel die vielen Entscheidungen ist am Ende niemand „so richtig“
74 verantwortlich, wenn etwas schief geht.

75 Deshalb muss es darum gehen, dass dieses Bundesamt strukturelle Reformen erhält,
76 bevor überhaupt laut darüber nachgedacht werden sollte, dort mehr Geld
77 reinzuinvestieren.

78

79 **Das 2% Ziel der NATO ist ein Fetisch**

80 Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, gilt seit
81 spätestens 2014 als „abgemacht“ bei den Vertragsstaaten der NATO. Aber 1. wie sinnvoll
82 ist es circa 80 Milliarden Euro jährlich für die Bundeswehr auszugeben, wenn Geld

83 eben nicht das vordergründige Hauptproblem ist? 2. sagen 2% für Verteidigung nicht
84 aus, wie gut oder schlecht ein Land militärisch aufgestellt ist und 3. wollen wir als
85 Deutschland, von dessen Boden zwei Weltkriege ausgingen wirklich wieder den größten
86 Militärhaushalt in Europa haben? Soll das wirklich „das Signal“ sein?
87 Denn es dient einzig und allein der Vergleichbarkeit innerhalb der NATO und hilft
88 auch ansonsten nur bei der weiteren Anheizung von kuriosen „Verteilungsdebatten“.
89 Deshalb sagen wir nein, zu dem Ziel, 2% für die Verteidigung auszugeben. Wir fordern
90 eine nüchterne Bedarfsanalyse für die Bundeswehr.

91

92 **Hochtechnologisierung, Vetternwirtschaft, Korruption und möglicherweise Bruch des** 93 **Vergaberechts**

94 Unter der „Hochtechnologisierung“ versteht man, dass Militärs, andere
95 Entscheidungsträger*innen sowie die Rüstungsindustrie immer die besten und modernsten
96 militärischen Mittel zur Verfügung haben wollen bzw. diese herstellen wollen. Dieser
97 Hang zu „immer mehr Technik“ hat aber auch ihren Preis. Nämlich dem der unfertigen,
98 fehleranfälligen, in geringer Stückzahl produzierten und teureren, neuen
99 Waffensystemen. Dabei kann es auch dazu kommen, dass sie gar nicht mehr auf dem
100 neuesten Stand sind, wenn nicht rechtzeitig Anpassungen erfolgt sind. Was bei einer
101 Herstellung in kleineren Stückzahlen in handwerklich anmutenden Fertigungen vorkommen
102 kann.

103 Ein weiteres Problem ist, dass durch diese enge Verflechtung der Militärs und Politik
104 mit den Rüstungskonzernen, diese die Preise für ihre Produkte in der europäischen
105 Ausschreibung nach unten drücken, damit sie in der Ausschreibung gewinnen und ihr(e)
106 Waffensystem(e) verkaufen können, beziehungsweise diese Mittel dann im Haushalt dafür
107 auftauchen. In diesen Verträgen findet sich indes aber immer Klauseln mit dem Begriff
108 „Preiseskalationen“. Diese sagt aus, dass die Preise dadurch bei Erstausschreibung
109 niedrig sind, wodurch sie genommen werden und dann in die Höhe steigen können. Alles
110 nur, damit die Rüstungskonzerne ihre Gewinne weiter maximieren können. Mit starker
111 Unterstützung der Militärs. Auch können Politiker*innen durch möglicherweise
112 Korruption (Causa „Von der Leyen“) das Vergaberecht so ausheben, dass auch nur
113 einzelne Unternehmen, welche ihnen möglicherweise nahestehen, die Aufträge erhalten.
114 Dann auch zu übersteuerten Preisen für ihre Gewinnmaximierung mit Waffen.

115 Es kann nicht sein, dass wir in solche privaten Unternehmen, welche Krieg, Leid und
116 Tod für ihre Gewinnmaximierungen benutzen so viel Geld investieren. Deshalb sollten
117 diese verstaatlicht oder in Genossenschaften überführt werden. Keine Gewinne an
118 Waffen und Kriegen!

119

120 **Entwendung von Bundeswehrbeständen für rechten Terror**

121 Nazis bei der Bundeswehr sind leider kein neues Problem. Aber auch dieses zählt zu
122 den vielen strukturellen Problemen. Nicht nur beeinflussen sie mit ihrer
123 menschenfeindlichen Ideologie die andere Menschen in den Kasernen, nein, sie
124 unterschlagen auch Munition und andere militärisches Ausrüstung (wie zum Beispiel bei
125 der sogenannten „Amnestie-Aktion“ der Spezialeinheit KSK zutage gekommen ist) um ihre
126 mutmaßlich terroristischen Taten zu planen (u.a sind auch bei den Neonazi
127 Terrorgruppen wie „Nordkreuz“ und „Hannibal“ Bundeswehr Ausrüstung gefunden wurden

128 sowie auch bei dem rechten Terroristen „Franco A.“).

129 Deshalb müssen wir die neonazistischen Netzwerke bei den Sicherheitsbehörden
130 zerschlagen und diese Personen zur Rechenschaft ziehen und keine Amnestie gewähren!

131

132 **Zusammenfassung**

133 Somit bleibt am Ende zu sagen, dass mehr Geld dieser Bundeswehr und dem
134 Verteidigungsministerium nicht hilft. Diese Behörden scheinen jetzt schon mit den
135 vielen Milliarden die jährlich in sie hineinfließen überfordert zu sein, weshalb
136 zusätzliche, rein symbolische, Milliarden diese strukturellen Probleme nur kaschieren
137 würden (im besten Fall) oder wie am Beispiel der “Causa von der Leyen” zu sehen ist,
138 nur unnötig Millionen “verbrannt” werden würden für überteuertes Gerät zur alleinigen
139 Beglückung der Militärs und der Rüstungsindustrie, einer ineffektiven Behörde und
140 keinen konsequentem Vorgehen gegen Faschist*innen.

141 Deshalb fordern wir:

- 142 • Nein zu den 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr im Grundgesetz
- 143 • Nein zum 2% Ziel der Nato für die Verteidigung
- 144 • Beteiligung des Jusos Bezirkes Hannover an der Aktion „DerAppell“
- 145 • Grundlegende Strukturreform des Beschaffungswesens der Bundeswehr für mehr
146 Effektivität vor allen sonstigen Maßnahmen
- 147 • Konsequentes vorgehen gegen Neonazis und allgemein Faschist*innen beim entwenden
148 von Bundeswehrbeständen
- 149 • Objektive Bedarfsanalysen für die Bundeswehr ohne politische Einflussnahme
- 150 • Verstaatlichung oder Vergenossenschaftlichung der Rüstungsindustrie
- 151 • Eine innerverbandliche Debatte zu eröffnen wie eine jungsozialistische Außen-und
152 Sicherheitspolitik aussehen könnte

153

154

Antrag F01: Spanien macht es vor – Dem Ende der sexistischen Spielzeugindustrie!

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Sexistische Kinderspielzeuge genauso wie sexistische Werbung und Verpackungen von
- 2 Kinderspielzeugen müssen verboten werden. Solche sind eine Wurzel des Patriarchats,
- 3 welche es auszureißen gilt. Vorbilder sind hier Frankreich und Spanien.

Begründung

Um zu beweisen, dass das Patriarchat doch sehr wohl noch am Leben ist, reicht in Blick ins Spielzeuggeschäft. Während Jungs mit Spielzeugautos, Plastikwaffen oder Ritterburgen begeistert werden sollen, richten sich Puppen, Plastikküchen- und Haushaltsgeräte oder Frisiertische zumeist an Mädchen. So tauchen laut einer Erhebung des katalanischen Rundfunkrats tauschen in 87% aller Werbespots immer noch ausschließlich Mädchen auf. Auch durch die Farbgebung von Produkten und Verpackungen wird häufig eine angebliche Binarität und Unterschiedlichkeit der Geschlechter ausgedrückt: Pink den Mädchen, Blau den Jungen. Sexismus beginnt hier wortwörtlich schon in den Kinderschuhen. Kinder werden von klein auf sexistisch sozialisiert; sie erlernen früh patriarchale Strukturen, welche in ihrem späteren Leben mühsam zu überwinden sind. Auch stehen Kinder und Familien durch sexistische Kinderspielzeuge unter sozialem Druck, sich für vermeintlich geschlechtskonforme Produkte zu interessieren, um sozialen Anschluss zu bewahren. Genauso prägt das frühkindliche Spielverhalten die motorischen Fähigkeiten von Kindern, welche wiederum die spätere Berufswahl mitbestimmen. So bilden Spielzeuge, die sich stereotypisch an Mädchen richten, eher feinmotorische Fähigkeiten aus, während Spielzeuge, die sich stereotypisch eher an Jungs richten, eher grobmotorische Fähigkeiten schulen. Spielzeug (-werbung und -verpackungen) sind also nicht nur Spielzeug (-werbung und -verpackungen), sondern auch Vehikel des Patriarchats.

Sexismus muss bei der Wurzel gepackt und ausgerissen werden. Wir brauchen daher ein Verbot sexistischer Spielzeuge sowie sexistischer Werbung und Verpackungen von Spielzeugen. Ein Verbot sexistischer Werbung von Kinderspielzeugen existiert in verschiedener Form bereits in Spanien und Frankreich.

Quellen:

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-regierung-sexismus-spielzeug-stereotype-weihnachten-1.5486351>

<https://www.oneworldeducation.org/our-students-writing/the-dangers-of-gender-specific-advertising/>

Antrag F02: Frauen sind Frauen. Dafür brauch Mensch kein Gendersternchen.

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Begriffe „Frauen“ und „Männer“ sind verbandlich nicht pauschal mit
- 2 Gendersternchen zu verwenden, sondern ausschließlich dann mit Gendersternchen zu
- 3 schreiben, wenn auf die Konstruktivität von Geschlechtlichkeit hingewiesen wird.
- 4 Das Gendersternchen hinter den Begriffen „Frau“ und „Mann“ sollte ursprünglich
- 5 ausdrücken, dass jene nicht nur Cis-Personen einschließt, sondern auch
- 6 transgeschlechtliche Menschen. Transgeschlechtliche Menschen sind aber nun mal Frauen
- 7 oder Männer. Die Verwendung eines Gendersternchens impliziert Gegenteiliges.
- 8 Außerdem verwenden manche das Gendersternchen in diesem Zusammenhang auch, um auch
- 9 nicht-binäre Menschen einzuschließen. Allerdings sind nicht-binäre Menschen eben
- 10 weder Frau noch Mann. Anstelle Nicht-Binäre wieder in eine Binarität zu pressen,
- 11 sollte die Nicht-Binarität als solche wahrgenommen werden.
- 12 Sollte das Gendersternchen nach dem Begriff „Frauen“ oder „Männer“ gesetzt werden, um
- 13 auf die Konstruktivität der Geschlechtlichkeit hinzuweisen, kann das Gendersternchen
- 14 an dieser Stelle allerdings hilfreich sein. Die Verwendung sollte allerdings
- 15 ausschließlich kontextualisiert stattfinden.

Antrag F03: Weg mit dem TSG! – Jetzt aber wirklich!

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Im Mai wurde im Bundestag über eine Abschaffung des TSGs (Transsexuellen Gesetzes)
2 abgestimmt. Das TSG regelt seit Anfang der Achtziger, wie trans* Personen ihren
3 Vornamen und Geschlechtseintrag ändern können. Zu unserem großen Ärger wurde das
4 Gesetz nicht abgeschafft. Auch ein Großteil der SPD Fraktion stimmte gegen die
5 Abschaffung. Wir fordern, dass die SPD in der nächsten Bundesregierung die
6 Abschaffung des TSG vorantreibt und durchsetzt. Denn das TSG greift massiv in das
7 Leben von trans* Menschen ein. Es wurde im Vergleich zu seinem ursprünglichen Ausmaß
8 schon abgeschwächt (bis 2011 mussten sich trans* Personen sterilisieren lassen, wenn
9 sie einen Geschlechtseintrag ändern wollten; bis 2008 war es notwendig, sich scheiden
10 zu lassen).

11 Doch auch heute ist es immer noch diskriminierend und entwürdigend. Trans* Personen
12 müssen noch immer zwei Gutachten einreichen, für welche sie private Details über ihre
13 geschlechtliche Entwicklung offenlegen und intimste Fragen über sexuelle Vorlieben
14 beantworten müssen. Dies ist einfach nur übergriffig und hat nichts in einem
15 bürokratischen Verfahren wie der Änderung des Geschlechtseintrags zu suchen. Schon
16 vor Jahren wurde von wissenschaftlicher Seite festgestellt, dass es falsch war,
17 trans* als psychische Störung zu klassifizieren. Eine allgemeine Pathologisierung
18 aufgrund der geschlechtlichen Identität, wie sie durch die TSG-Gutachten stattfindet,
19 ist eine starke Stigmatisierung. Dabei wäre die Lösung doch so einfach: Menschen
20 könnten dem Standesamt erklären, was ihr passender Geschlechtseintrag ist. Es bräuchte
21 keine Gutachten, Atteste oder sonstige Hürden. Aktuell ist im TSG ein
22 Amtsgerichtverfahren verankert, das zeitaufwendig und sehr kostspielig ist.

23 Die Forderung ist also klar: Weg mit dem TSG, hin zu einem unkomplizierten
24 Verwaltungsakt. Und all denjenigen, die den Kampf für trans*Rechte und für
25 Antidiskriminierungsmaßnahmen als Anliegen einer Elite sehen (oder als
26 „Identitätspolitik“) sei gesagt: Es ist wichtig, verschiedene
27 Diskriminierungsverhältnisse zusammenzudenken. Kämpfe gegen Rassismus, Queer-
28 Feindlichkeit, Klassismus, Sexismus und viele weitere Diskriminierungsverhältnisse in
29 unserer Gesellschaft sind miteinander verbunden. Queerpolitik kann daher nicht
30 alleine gedacht werden und ist sehr viel mehr als ein Individualinteresse.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag F04: Wir wollen echten Fortschritt – der Paragraph 218 muss endlich weg!

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir begrüßen das Vorhaben der Ampel-Koalition, den § 219a StGB („Werbung für den
- 2 Abbruch der Schwangerschaft“) ersatzlos zu streichen, doch bekräftigen gleichzeitig
- 3 mit voller Vehemenz: Das reicht uns nicht! Darüber hinaus muss das Verbot von
- 4 Schwangerschaftsabbrüchen endlich außer Kraft gesetzt werden.
- 5 Deshalb fordern wir:
- 6 - die Streichung des § 218 („Schwangerschaftsabbruch“) aus dem Strafgesetzbuch
- 7 - dass der Staat endlich seiner Fürsorgepflicht nachkommt und ausreichende
- 8 Versorgung an Möglichkeiten, Schwangerschaftsabbrüche sicher durchzuführen,
- 9 gewährleistet
- 10 Wir wollen echten Fortschritt statt kleiner Schritte!

Begründung

Im Jahr 2022 stellt der 1871 ins Leben gerufene § 218 StGB den Schwangerschaftsabbruch noch immer unter Strafe – mit fatalen Folgen für Frauen* und Ärzt*innen. Aufgrund des Verbots wird Frauen* das Recht auf Selbstbestimmung, körperliche Autonomie und Emanzipation genommen. Frauen* wird qua Gesetz verboten, über ihren eigenen Körper frei und selbstbestimmt zu entscheiden. Ein Zustand, der für uns Jutos nur schwer erträglich ist.

Die Schwangerschaft und ein möglicher Schwangerschaftsabbruch stellt eine sehr sensible Lebenssituation dar. Dennoch müssen Betroffene immer wieder Drangsalierung, Bestrafung und Tabuisierung aushalten. Dabei wäre genau das Gegenteil richtig: Betroffene benötigen in dieser Phase bestmögliche medizinische Versorgung und psychosoziale Beratungsmöglichkeiten!

Als wären die juristischen Hürden nicht bereits groß genug, kommt hinzu, dass sich antiaufklärerische und reaktionäre Kräfte moralisch im Recht wähnen. Abtreibungsgegner*innen üben mit Anti-Abtreibungskampagnen direkt und indirekt massiven Druck auf Ärzt*innen und Frauen* aus.[1] Für Betroffene, die sich in einer sensiblen Lebenssituation befinden, kann das drastische Folgen für die psychische Gesundheit haben.

Nicht zuletzt drängt der § 218 StGB Ärzt*innen in eine permanente rechtliche Grauzone. Ärzt*innen, die den medizinischen Eingriff eines Schwangerschaftsabbruchs durchführen möchten, begeben sich stetig in die Gefahr eine Straftat zu begehen – und damit einer potenziell dreijährigen Freiheitsstrafe. Mit dem § 218 StGB und dem damit verbundenen Verbot ignoriert der Staat nicht nur die Lebensrealität vieler Frauen*, er kommt ferner seiner Fürsorgepflicht nicht nach, adäquate medizinische Versorgung zu gewährleisten. Der Paragraph muss weg

[1] https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/rhein-main/abtreibungsgegner-durfen-vor-pro-familia-demonstrieren_25134888

Antrag F05: Gleiche Brust für alle

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir unterstützen das Bündnis „Gleiche Brust für alle“ und fordern, dass es in allen
- 2 Schwimmbädern für alle Menschen die Möglichkeit geben soll, auch ohne Oberteil zu
- 3 baden.

Begründung

Am 4. August 2021 ist das Badeparadies Eiswiese von einer Person aufgesucht worden, die später aus dem Badeparadies verwiesen und mit einem Hausverbot belegt wurde. Warum? Weil sie Brüste hat. die Bademeister*innen haben ihr deshalb "das weibliche" Geschlecht zugeordnet, welches immer wieder von struktureller Diskriminierung betroffen ist. So auch hier. Das Bündnis „Gleiche Brust für alle“ hat sich diesem Fall angenommen und setzt sich nun für das gleiche Recht am freien Oberkörper für Menschen aller Geschlechter ein. Mittlerweile dürfen in Göttingen am Wochenende alle Menschen, die wollen oberkörperfrei baden. Dies ist jedoch nur ein Etappensieg auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

Antrag F06: Zusammenleben neu denken

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Begriff der Familie ist so variabel und wandelbar, wie es die Gesellschaft ist.
2 Gerade die Gesellschaft prägt mit ihren Werten und Normen dieses Bild. Die meisten
3 Menschen tragen trotz des Fortschreitens unserer Gesellschaft nach wie vor ein
4 traditionelles Familienbild der 50er und 60er Jahre als Schablone mit sich herum und
5 definieren den Begriff der Familie immer noch vor dieser Schablone, obwohl sie
6 subjektiv etwas ganz anderes wollen. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass die
7 deutsche Gesetzgebung in diesem Bereich gar nicht oder nur sehr schleppend
8 voranschreitet. Wie soll eine Gesellschaft moderne Familienkonstrukte verinnerlichen,
9 wenn die Rechtsordnung suggeriert, dass die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Idee der
10 Maßstab sei? Die Gesetzgebung muss endlich anfangen der Variabilität des
11 Familienbegriffs gerecht zu werden und eine Reform des Familienrechts anstreben. Die
12 von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft ist ein erster richtiger Schritt,
13 muss aber radikaler gedacht werden.

14

15 **Ehe ist out – Wir bestimmen über unser Zusammenleben**

16 Insbesondere die jüngeren Generationen entfernen sich nach und nach von dem Konstrukt
17 der klassischen Ehe. Ein Großteil junger Menschen kann sich eine Eheschließung nach
18 heutigem Verständnis nicht mehr vorstellen. Das starre rechtliche Konstrukt der Ehe
19 ist nicht mehr zeitgemäß und bildet nicht die Vielfalt an Beziehungen ab, die es in
20 unserer Gesellschaft gibt. Dabei sollte sich doch das Recht an die Bedürfnisse und
21 Vorstellungen der Gesellschaft mit Blick auf das Zusammenleben anpassen und nicht
22 andersrum. Die unterschiedlichsten Arten an Beziehungen und gemeinsamen Zusammenleben
23 sind bereits heute Realität und müssen durch die Gesetzgebung anerkannt und in einen
24 rechtlichen Rahmen gegossen werden, ohne die eine als grundsätzlich „besser“ zu
25 labeln.

26

27 Die von der Ampel geplante Verantwortungsgemeinschaft sollte daher ausgeweitet werden
28 und perspektivisch die klassische Ehe als aus der Zeit gefallenes Konstrukt ersetzen.
29 Jede*r sollte sich eine für sich passende Form des Zusammenlebens aussuchen können,
30 die gesetzlich anzuerkennen ist und sollte sich nicht in starre traditionelle Muster
31 hineinzwängen müssen. Hierfür kann ein mehrstufiges System die Lösung sein, das
32 aufsteigend an Verantwortung füreinander gewinnen soll und durch mindestens zwei oder
33 mehrere volljährige Personen geschlossen werden kann. Möchten Personen – wie z. B.
34 die oft angeführte Seniorengemeinschaften – zwar Verantwortung in Form von
35 gegenseitigen Auskunfts- und Vertretungsrechten übernehmen, aber keine weitergehenden
36 Rechte und Pflichten begründen, soll dies auf unterster Stufe möglich sein. Auf den
37 folgenden Stufen sollen aufsteigend Pflege- und Fürsorgepflichten, die Möglichkeit

38 einer Zugewinnsgemeinschaft und der damit verbundene Vermögensausgleich bei Auflösung
39 sowie steuerliche Vorteile hinzukommen. Auch ein Zeugnisverweigerungsrecht soll auf
40 höchster Stufe entstehen. Letztlich müssten mit Blick auf die perspektivische
41 Ersetzung der klassischen Ehe auch kinder- und namensrechtliche Belange,
42 aufenthaltsrechtliche Regelungen sowie die gesetzliche Erbenstellung mitgedacht
43 werden. Eine Änderung der Verfassung ist dabei perspektivisch unausweichlich, aber
44 ohnehin nötig. Die verfassungsrechtliche Besserstellung der klassischen Ehe ist mit
45 dem heutigen modernen Verständnis des Zusammenlebens nicht vereinbar.

46

47

48

49 **Aufklärung als Voraussetzung des selbstbestimmten Zusammenlebens**

50 Damit jede*r die für sich beste Form des Zusammenlebens findet, ist es Sache des
51 Staates und seiner Einrichtungen auch jetzt schon ehewillige Personen über die
52 rechtlichen Folgen einer Ehe aber vor allem auch perspektivisch über die Folge einer
53 oben beschriebenen stufenbasierten Lebensgemeinschaft aufzuklären. Viele Menschen
54 wissen nicht, welche rechtlichen Folgen mit einer Eheschließung einhergehen und dass
55 diese auch abgemildert werden können. Hier könnten freiwillige Beratungsgespräche
56 durch staatliche Stellen oder zumindest die Förderung ziviler Beratungsstellen
57 helfen. Auch gibt es bereits jetzt Infomaterialien des Bundesjustizministeriums, die
58 bei entsprechenden Absichten einfacher zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Weg
59 zum Rechtsanwalt sollte nicht die Bedingung sein, um vernünftig über die Folgen der
60 Eheschließung bzw. perspektivisch der Eingehung einer stufenbasierten
61 Lebensgemeinschaft aufgeklärt zu werden.

62

63 **Abstammungsrecht im Lichte einer queeren Gesellschaft**

64 Wenn man an das Thema Familie denkt, darf das Abstammungsrecht nicht vergessen
65 werden. Queeren Paaren muss es erleichtert werden eine eigene Familie gründen und
66 ihre eigenen Vorstellungen einer Familie verwirklichen zu können, ohne durch
67 gesetzliche Regelungen oder behördliche Praktiken diskriminiert zu werden. Hierbei zu
68 nennen ist einerseits ein geschlechtsunabhängiges Abstammungsrecht. Teil dieser Idee
69 ist die sog. Mitmutterschaft, die in § 1592 BGB gleichheitswidrig ausgeklammert wird.
70 Diese muss dringend angepasst werden. Gleiches gilt für die Anerkennung von
71 intergeschlechtlichen Personen als Elternteil. Zum einen haben inter* Personen, die
72 den Geschlechtseintrag „divers“ tragen, dieselben Probleme wie die Mitmütter in der
73 oben genannten Konstellation, sodass auch sie in einer Anpassung des § 1592 BGB nicht
74 vergessen werden dürfen. Auch werden inter* Elternteile sprachlich nicht
75 berücksichtigt. Hier könnte bspw. der Begriff „Elter“ Abhilfe schaffen. Die
76 Verwaltungssprache gilt es hier anzupassen. Weiterhin sollten queere Paare nicht nur
77 auf die Möglichkeit einer Adoption beschränkt sein. Eine Reformierung der
78 Reproduktionsmedizin ist dabei unumgänglich. Die altruistische Leihmutterschaft sowie
79 Eizellspende müssen endlich ermöglicht und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen
80 werden.

81

82 **Mehrelternschaft ist Realität**

83 Um all dem gerecht zu werden, müssen auch die rechtlichen Bedingungen für eine
84 Mehrelternschaft geschaffen. Kinder können mehr als zwei Elternteile haben, was den
85 Allermeisten bereits aus Stieffamilien bekannt ist. Nimmt man nun die
86 Reproduktionsmedizin mit ins Boot, kann man schnell auf bis zu fünf Elternteile
87 kommen. Das deutsche Recht erkennt bisher nur zwei Elternteile an. Dies wird der
88 heutigen Situation in den verschiedensten Familien nicht mehr gerecht und führt dazu,
89 dass soziale Elternteile beispielsweise keinerlei Möglichkeit haben Auskunft bei
90 Krankenhausaufenthalten zu erlangen. Hier ist die Gesetzgebung in der Pflicht mit
91 Blick auf ein modernes Familienrecht auch diese Problematik anzugehen.

92

93

94 **Wir fordern:**

95

96 • die Schaffung einer stufenbasierten rechtswirksamen Lebensgemeinschaft aus zwei
97 oder mehreren Personen, die perspektivisch die klassische Ehe nach heutigem
98 Verständnis ersetzen soll

• bessere Aufklärung durch den Staat bzgl. der rechtlichen Folgen einer Ehe sowie
99 der Möglichkeit zur Abmilderung dieser Folgen

100

• ein geschlechtsneutrales Abstammungsrecht, um insb. die Probleme der
Mitmutterschaft sowie der Sichtbarkeit von inter* Personen bei der Elternschaft
101 zu lösen

102

103 • die sprachliche Berücksichtigung von inter* Personen im Rahmen der Elternschaft
insb. in der Verwaltungssprache

104 • die Reformierung der Reproduktionsmedizin, insb. der Schaffung eines rechtlichen
105 Rahmens zur Ermöglichung der (altruistischen) Leihmutterschaft und Eizellspende

• die Anerkennung und Regelung der Mehrelternschaft

106

107

108

Antrag G01: Verstaatlichung der Krankenhäuser und Seniorenheimen

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Harburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass Krankenhäuser und sonstige
- 2 Pflegeeinrichtungen verstaatlicht werden sollten, um nicht mehr gewinnorientiert
- 3 arbeiten zu müssen.

Begründung

Die Krankenhäuser und Seniorenheime müssen aktuell gewinnorientiert arbeiten. Dies hat zur Folge, dass ökonomisch entschieden wird und nicht, ob es das Beste für die Patient*innen/ Einwohner*innen ist.

Auch wird oft personell gespart, dies hat zur Folge, dass das Personal stärker belastet ist. Dieses Personal arbeitet, um anderen in der Gesellschaft zu helfen und im Gegenzug sollte die Gesellschaft ihnen helfen und ihren Arbeitsplatz schützen und nicht versuchen auf den Rücken der Kranken und Schwachen Gewinne zu erzielen.

Eine Partei die "Sozial" im Namen trägt, sollte solche Missstände nicht unterstützen, sondern sich dafür einsetzen diese zu beseitigen. In Zeiten der Pandemie haben wir gesehen, dass wir solche Einrichtungen und vor allem die Pflegekräfte brauchen und auch deswegen sollten sich die Jusos und die Partei dafür einsetzen, dass solche Einrichtungen und auch das Personal erhalten bleiben.

Antrag G02: Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigten bei U3 und U9

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass Erziehungsberechtigten bei
- 2 der U3 und der U9 verpflichtende Aufklärungsgespräche zum Thema sexualisierter Gewalt
- 3 gegen Kinder erhalten. Diese sollen dem Alter der Kinder angepasst sein und die
- 4 Fragen behandeln, welche sogenannten „Erziehungsmethoden“ bereits unter den Aspekt
- 5 der Kindesmisshandlung fallen und welche Auswirkungen eine gewaltsame Erziehung auf
- 6 Kinder hat.

Begründung

Es gibt bereits viele Hilfsprogramme für Eltern, die sich Unterstützung bei der Kindererziehung wünschen. Allerdings ist die Inanspruchnahme solcher Hilfsangebote gesellschaftlich stigmatisiert und der Besuch der Eltern setzt eine eigene Problemreflektion voraus. Aus diesen Gründen werden solche Hilfsangebote zu selten wahrgenommen. Die Hauptleidtragenden dessen sind die Kinder, dies ist eine schwerwiegende Problematik, die bekämpft werden muss. Hinzu kommt, dass vielen Eltern nicht bewusst ist, dass sie in ihrer Erziehung Gewalt anwenden, da ihnen die Aufklärung fehlt. Eine Lösung hierfür bieten verpflichtende Aufklärungsgespräche bei der U3 und der U9, da hier die Eltern nicht selbst aktiv werden müssen. Die U3 und die U9 sind hierfür besonders geeignet, da die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Untersuchungen zu übernehmen. Die U3 findet ab der 4. Lebenswoche statt, in diesem Stadium sind die Eltern von der Geburt so weit erholt, dass sie in der Lage sind, die Informationen, die sie erhalten, aufzunehmen. Bei der U1, die direkt nach der Geburt stattfindet, besteht das Risiko, dass insbesondere der gebärende Elternteil aufgrund der vorherigen Anstrengungen nicht aufnahmefähig ist. Trotzdem ist es wichtig, dass das erste Aufklärungsgespräch so früh wie möglich stattfindet, die U3 bietet hierfür einen passenden Zeitpunkt. Die U9 ist die letzte Untersuchung, die von allen Krankenkassen übernommen werden muss. Diese findet im Alter von etwa fünf Jahren statt und bietet die Möglichkeit für ein weiteres Aufklärungsgespräch, bei dem auf die sich verändernden Bedürfnisse des Kindes eingegangen werden kann und bei dem die möglichen Probleme bei dem kommenden Schulbesuch thematisiert werden können.

Antrag G03: Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass in Niedersachsen die U1 bis
- 2 U9 sowie die J1 verpflichtend werden.

Begründung

Die U-Untersuchungen von Kindern bzw. die J-Untersuchungen von Jugendlichen sind relevante medizinische Untersuchungen für den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen. Außerdem besteht hier die Möglichkeit, dass Ärzt:innen durch auffällige Verletzungen Kindesmisshandlungen aufdecken können. Da in Niedersachsen diese Untersuchungen nicht verpflichtend sind, sind Kinder auf das Verantwortungsbewusstsein der Eltern angewiesen. Es ist die Aufgabe des Gesetzgebers die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und ihre Gesundheit zu achten. Darum müssen die U-Untersuchungen U1 bis U9 und die J1 verpflichtend werden. Die U1 bis U9 sind in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg bereits verpflichtend, dies zeigt, dass eine Umsetzung möglich ist.

Antrag G04: Sterilisation für alle, die es möchten

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass allen Menschen mit Gebärmutter eine Sterilisation genau so leicht
- 2 möglich gemacht wird, wie Menschen mit Hoden eine Vasektomie. Aktuell ist der Zugang
- 3 zu Sterilisationen nicht einfach. Viele sind lange auf der Suche, bis sie jemanden
- 4 finden, der sie vornimmt. Dies liegt unter anderem daran, dass der Wunsch nach Nicht-
- 5 Reproduktion so gut wie nie ernst genommen wird. Immer schwebt der Vorbehalt mit, es
- 6 könne später bereut werden. Damit werden die Menschen ganz klar entmündigt. Für viele
- 7 ist auch die Angst vor einer Schwangerschaft ein Argument. Dieses wird jedoch oft von
- 8 medizinischem Personal einfach weggewischt oder sogar pathologisiert. Es ist
- 9 schlichtweg falsch, Menschen qua Geschlecht Mütterlichkeit abzuverlangen. Doch genau
- 10 dies geschieht aktuell. Unsere Forderung soll also nicht nur Sterilisation einfacher
- 11 möglich machen, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und
- 12 Normalisieren, dass Frau nicht gleich Mutter sein muss.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G05: Mehr Therapeut*inne für alle - Kassensitze neu berechnen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Psychische Erkrankungen werden glücklicherweise immer weiter entstigmatisiert. Dies
2 führt über kurz oder lang dazu, dass auch der Bedarf an Behandlungsangeboten immer
3 weiter steigt. Und auch die Coronapandemie und ihre Auswirkungen auf die psychische
4 Gesundheit wird aller Voraussicht nach für einen erhöhten Bedarf an Therapieplätzen
5 sorgen. Doch jeder der oder die schon mal einen Therapieplatz gesucht hat weiß – es
6 ist nicht einfach. Dies liegt unter anderem daran, dass wie viele
7 Psychotherapeutinnen welche Region braucht, vor gut 20 Jahren in der Bedarfsplanung
8 für ganz Deutschland festgelegt und seitdem mit komplizierten Berechnungen anhand der
9 aktuellen Bevölkerungszahlen weitergeschrieben wurde. Dieses Berechnungssystem der
10 Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) geht an der Realität vorbei. Therapeut*innen
11 haben lange Wartelisten, laut der Bedarfsplanung gibt es jedoch fast überall eine
12 Überversorgung. Die Therapeut*innen sind jedoch von der KV abhängig. Denn nur wenn
13 ein*e Therapeut*in einen Kassensitz hat, kann er oder sie seine Tätigkeit überhaupt
14 erst mit den Krankenkassen abrechnen. Wer Therapeutinnen oder Therapeuten ohne
15 Kassenzulassung besucht, muss selbst zahlen oder aufwendige Anträge bei der eigenen
16 Krankenkasse stellen. Auf der einen Seite hat man also ziemlich viele arbeitswillige
17 Therapeut*innen, auf der anderen Seite hat man sehr viele Patient*innen, aber viele
18 der Therapeut*innen werden überhaupt nicht richtig rangelassen an die Patienten, weil
19 ihnen eben die Kassensitze fehlen. Das ist eine paradoxe Situation, die verändert
20 gehört.

21

22 Deshalb fordern wir:

- 23 • Eine unabhängige Studie zur Weiterentwicklung der Bedarfserhebung.
- 24 • Eine Umsetzung der Ergebnisse dieser Studie also höchstwahrscheinlich eine
25 Ausweitung der Zahl von Kassensitzen.
- 26 • Die Deckelung des Preises für einen Kassensitz und die Vorgabe nur noch ein
27 Kassensitz pro Person erwerben zu können.

28

29 Für die Patient*innen würde das kürzere Wartezeiten auf eine Behandlung und ein
30 vielfältigeres Angebot an Therapieplätzen bedeuten. Ein sehr wünschenswerter Zustand.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I01: Abschaffung von Freiheitsstrafen für Schwarzfahrer

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Harburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass, das Einsperren von
- 2 Schwarzfahrer*innen aufgrund fehlender Liquidität sofort abzuschaffen und dieses im
- 3 Rahmen des § 265a StGB zu streichen ist.

Begründung

Die Bestrafung durch Freiheitsstrafen fördert soziale Ungerechtigkeit, wodurch der soziale Frieden gestört wird. Diese Maßnahme der Bestrafung ist hochgradig unethisch, da den Schwarzfahrer*innen die Möglichkeit verwehrt wird, anhand ihres Einkommens entsprechend der Strafen für das Schwarzfahren in niedrigen Tagessätzen abzuleisten. Dies bewirkt eine stärkere Diskriminierung von sozial und finanziell schwächer Gestellten. Dies kann eine gesellschaftliche Ausgrenzung, sowie signifikante Nachteile auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene wäre die Abschaffung von Freiheitsstrafen für Schwarzfahrer*innen ein Gewinn für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Denn dies könnte erhebliche Gerichts- und Justizvollzugsanstaltskosten einsparen, was zum einen den Steuerzahler entlastet und auch Bundeshaushalt fördert.

Antrag I02: Begrenzung des Wahlalters

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Harburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass das Wahlalter auf Bundesebene und
- 2 Landesebene begrenzt werden sollte.

Begründung

In Niedersachsen darf man die ersten sechzehn Jahre, im Bund die ersten achtzehn Jahre, des Lebens nicht wählen und damit politisch nicht mitbestimmen. Dabei hat man in diesen Jahren am längsten mit den Auswirkungen der Politik zu kämpfen.

Wir fordern daher, dass von der durchschnittlichen Lebenserwartung minus sechzehn Jahre auf Landes- und minus achtzehn Jahre auf Bundesebene gerechnet werden und dies als Höchstwahlalter festgesetzt wird. Denn es kann nicht sein, dass man sechzehn, bzw. achtzehn Jahre nicht mitbestimmen darf, aber damit achtzig Jahre und mehr leben muss, man aber gleichzeitig mitbestimmen darf und damit nur noch, wenn überhaupt wenige Jahre, leben muss.

Hier wird kein Zukunftsdenken geschaffen, sondern ein Erhalt des Besitzes angestrebt.

Antrag I03: Verpflichtende Fortbildungen für Familienrichter*innen

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass verpflichtende
- 2 Fortbildungen für Familienrichter*innen im Umgang mit traumatisierten Kindern
- 3 eingeführt werden.

Begründung

Kinder gehören einer sehr vulnerablen Gruppe an, darum ist ein sensibler Umgang mit Kindern von äußerster Relevanz. Kinder, die als Zeug*innen vor Gericht aussagen müssen, haben zuvor häufig Traumata erfahren. Dadurch erfordert der Umgang mit ihnen noch zusätzliche Einfühlsamkeit. Aktuell gibt es für Familienrichter*innen – die meistens die Zeug*innenvernehmung bei Kindern durchführen – keine verpflichtenden Fortbildungen zum Umgang mit traumatisierten Kindern, was teilweise zu einem falschen Umgang mit diesen führt und wodurch die Kinder einer zusätzlichen psychischen Belastung ausgesetzt sind.

Antrag I04: Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsverfahren

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass traumatisierte Kinder die
- 2 Möglichkeit erhalten, während eines laufenden Gerichtsverfahrens an einer
- 3 psychologischen Behandlung teilzunehmen.

Begründung

Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um die Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeugenstand befinden, während des laufenden Gerichtsverfahrens eine solche Behandlung nicht in Anspruch nehmen. Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden durch eine Psychotherapie verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde dadurch schwieriger. Für die betroffenen Kinder hat dieses Verbot massive psychische Folgen – gerade in Anbetracht der langen Dauer von Gerichtsverfahren. Damit das Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtsprozess nicht zusätzlich verlängert wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychischen Behandlung erlaubt werden.

Antrag I05: Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kindesmissbrauchs“

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz Hannover möge beschließen, dass in offiziellen Mitteilungen
- 2 sexualisiert Gewalt an Kindern nicht als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet wird, sondern
- 3 als „sexualisierte Gewalt an Kindern“ oder als „sexualisierte Gewaltverbrechen gegen
- 4 Kinder.“

Begründung

Sexualisierte Gewalt an Kindern wird oftmals als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet. Der Begriff „Kindesmissbrauch“ suggeriert (anders als der Begriff „Kindesmisshandlung“ bei nicht-sexualisierter Gewalt gegen Kinder), dass Kinder einen Nutzen hätten, der „missbraucht“ werden könnte. Kinder haben keinen Nutzen, sie sind Menschen. Darum ist die Formulierung „sexualisierte Gewalt an Kindern“ bzw. „sexualisiertes Gewaltverbrechen gegen Kinder“ zu bevorzugen.

Antrag I06: Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möchte eine stärkere Verfolgung von
- 2 sexualisierter Gewalt gegen Kinder erwirken. Dies soll in Form von Fort- und
- 3 Weiterbildungen erfolgen. Dabei sollen Psycholog*innen, Polizist*innen und Ärzt*innen
- 4 bewusst in Settings der Kinder die Aufklärungsarbeit vorantreiben. Ebenfalls fordern
- 5 wir eine verstärkte Beobachtung durch Sozialarbeiter*innen in Kinder- und
- 6 Jugendorganisationen, welche auch schon in der Kritik stehen.

Begründung

Kindesmissbrauch und ihre Verfolgung ist seit langem ein Thema, welches trotz seiner relevantes untergeht und nicht wahrgenommen werden will. So fordern wir das Thema im Kern anzugreifen, indem wir die Bezugspersonen der Kinder in den folgenden Settings, wie Krippen, Kindertagesstätten, Schulen, Sportvereine und weitere verstärkt fortbilden und auch auf das Thema sensibilisieren. So können Ärzt*innen, Psycholog*innen und Polizist*innen durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen in den genannten Settings in regelmäßigen Abständen die Bezugspersonen der Kinder aufklären. Es können auf anatomische, entwicklungsspezifische aber auch psychologische Anzeichen aufmerksam gemacht werden, damit diese Auffälligkeiten frühzeitig entdeckt werden können. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse kann dann präventiv vorgegangen werden. Als weitere Instanz dient das Jugendamt. So können die Bezugspersonen der Kinder entlastet werden, da sie die Verantwortung in professionelle Hände übergeben können. Auch können Eltern in den selben Settings dazu aufgeklärt werden, sodass auch sie Anzeichen von Kindesmisshandlungen bei ihren Kindern frühzeitig erkennen können. Genauso kann dieses Programm auf die Kinder übertragen werden, damit sie selber früh ein Gefühl für potenzielle Misshandlungen wahrnehmen können. Sie können lernen, wann sie einer potenziellen Gefahr ausgesetzt sind und können entsprechend handeln. Solche ähnlichen Programme durch die Polizei gibt es bereits, dabei wird an ein bis zwei Tagen in der gesamten Schulzeit den Kindern beigebracht, wie sich vor Bedrängungen von Fremden schützen können. Das reicht nicht aus und somit fordern wir ein klares Konzept für alle Beteiligten. Mithilfe dieser einfachen Instrumente kann nachhaltig die Kindesmisshandlung auf Seiten der Eltern und Settings schneller nachverfolgt werden.

Antrag I07: Verstärkte Verfolgung von Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Juso Bezirkskonferenz möchte eine stärkere Verfolgung von Rechtsextremismus im
- 2 öffentlichen Dienst erwirken. Speziell für das Thema geschulte Beauftragte sollen für
- 3 die Bekämpfung eingesetzt werden. Auch wäre es sinnvoll Organisationen gegen
- 4 Rechtsextremismus ergänzend und stärker mit einzubinden. Dazu wünschen wir uns, dass
- 5 in diesen Berufsfeldern im öffentlichen Dienst jeweils ein speziell geschulte*r
- 6 Angestellte*r als Bindeglied dient. Diese Personen sollen deutlich schneller
- 7 rechtsextreme Strukturen erkennen und schneller eingreifen.

Begründung

Rechtsextremismus ist in allen Strukturen unserer heutigen Gesellschaft zu finden, so auch im öffentlichen Dienst. Besonders dort kann es kritisch werden, und um dem entgegenzuwirken brauchen wir innerhalb der Strukturen Beauftragte gegen Rechtsextremismus. Bei diesen Beauftragten soll es sich um Personen handeln, die bereits in Organisationen gegen Rechtsextremismus tätig sind. Diese sollen in erster Linie Aufklären und ein Bewusstsein für das Thema schaffen, damit könnte die erste Hürde überwunden werden und Berührungspunkte geschaffen werden. Viele Menschen sind überzeugt davon, dass sie progressiv sind und es kein Rechtsextremismus in ihrem Umfeld gibt. Das Ziel dieser Aufklärungen sollte sein, das eigene Denken und Handeln zu hinterfragen.

Die Beauftragten sollen auch als vertrauter Ansprechpartner dienen, bei rechtsextremistischen Fragen und Fällen. So können die Angestellte den*die Beauftragte*n bei Seite stehen und sie auch ermutigen gegen ihre Kolleg*innen, Vorgesetzte*n und weitere vorzugehen. Häufig besteht eben das Problem, dass Menschen im öffentlichen Dienst durch ihre Positionen in unsere Gesellschaft nicht als rechtsextremistisch wahrgenommen werden und vor allem nicht wahrgenommen werden wollen.

Um langfristig gegen Rechtsextremismus vorzugehen, bedarf es weitere Konzepte zu implementieren für Angestellte im öffentlichen Dienst. Bereits existierende Organisationen gegen Rechtsextremismus sollen dafür zukünftig spezielle Ausbildungen anbieten. Dafür werden im Vorfeld Angestellte nach speziellen Kriterien ausgewählt und erhalten dann langfristig die Aufgabe in ihrem Arbeitsalltag mit einem wachsamem Auge und offenen Ohr frühzeitig gegen entstehende Strukturen oder Bündnisse einzugehen. Zusammengefasst kümmern sie sich um rechtsextremistische Probleme in ihrem Arbeitskontext. Dazu sollen sie auch ähnliche Aufgaben, wie die Beauftragten haben. Den Ausgewählten stehen in ihrer Arbeitszeit freie Stunden für ihre neuen Aufgabe zur Verfügung, so können die Kapazitäten gewährleistet werden für den Kampf gegen den Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst. Außerdem werden so Organisationen gegen Rechtsextremismus stärker eingebunden und erlangen mehr Präsenz.

Der erste Schritt zum Rechtsextremismus freien Deutschland beginnt im Öffentlichen Dienst, denn er ist der Dreh und Angelpunkt in unserer heutigen Gesellschaft.

Antrag I08: Keine harmlose Waffe: nehmt der Polizei die Taser weg!

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Am ersten Oktober kam es in Garbsen bei Hannover zu einem tragischen Todesfall durch
2 Polieihandeln: ein 39-jähriger Mann, der sich offensichtlich in einer psychischen
3 Ausnahmesituation befand, wurde durch SEK Beamte mit einem Taser (im Polizei-
4 Neusprech: „Distanzelektroimpulsgerät“) niedergestreckt und verstarb später.

5 Dieser Fall zeigt auf, was Wissenschaftler*innen, NGOs und Aktivist*innen seit Jahren
6 betonen: der Taser ist keine harmlose Waffe. Sein Einsatz ist potenziell tödlich und
7 insbesondere für Menschen mit Vorekrankungen, unter Drogen-, Alkohol- oder
8 Medikamenteneinfluss und für Schwangere lebensbedrohlich. Auch Stress kann den
9 Einsatz risikoreicher machen. Für die einsetzende Polizeibeamt*in sind diese Faktoren
10 jedoch schwerlich bis gar nicht zu erkennen, weshalb der Einsatz von Tasern sehr
11 kritisch zu sehen ist.

12 Der Einsatz des Tasers ist in Niedersachsen nur dem SEK gestattet und er darf nur als
13 Alternative zur Schusswaffe verwendet werden. Letzteres ist ein beliebtes Argument
14 der Taser-Befürworter*innen: der Taser sei harmloser als die Schusswaffe und schließe
15 daher die Lücke zwischen Schlagstock/Pfefferspray und Schusswaffe. Erfahrungen aus
16 der Praxis zeigen jedoch, dass die Polizei den Taser häufig in Situationen anwendet,
17 in denen der Schusswaffengebrauch nicht rechters wäre. Die Gefahr ist also, dass die
18 Polizei den vermeintlich harmlosen Taser aus Bequemlichkeit einsetzt, weil es
19 einfacher ist als eine Person auf andere Weise festzunehmen.

20 Der Einsatz des Tasers erfolgt meist bei Menschen, die sich in einer psychischen
21 Ausnahmesituation befinden, überdurchschnittlich häufig liegt einer der oben
22 genannten Risikofaktoren vor. Der Tasereinsatz ist daher jedes Mal grundsätzlich
23 lebensbedrohlich. Darüber hinaus zeigen diese Fälle auch, dass die Polizei
24 offensichtlich nicht in der Lage ist, mit psychisch instabilen Menschen deeskaltiv
25 umzugehen. Hier muss dringend an der Ausbildung gearbeitet werden und ein Umdenken
26 stattfinden.

27 Wir fordern daher:

- 28 • Lückenlose Aufklärung des Todesfalls in Garbsen und maximale Transparenz über
29 die bisherigen Erfahrungen mit Tasern bei der niedersächsischen Polizei.
- 30 • Eine Aussetzung des Taser-Einsatzes bei der niedersächsischen Polizei, bis ein
31 risikoärmerer Einsatz gewährleistet werden kann.
- 32 • Keine Taser für die Streifenpolizei.
- 33 • Bessere Ausbildung von Polizist*innen zum Umgang mit Menschen in psychischen
34 Krisensituationen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I09: Wer nicht feiert, hat verloren

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass der 08. Mai ein gesetzlicher, bundesweiter Feiertag wird.

Begründung

Am 08. Mai.1945 endete die Nazi-Herrschaft mit dem Sieg der Alliierten und stellt den antifaschistischen Kampf und die Befreiung der Menschheit vom dem NS-Regime dar.

Noch immer organisieren sich in Deutschland Rechtsextremist*innen, Faschist*innen beispielsweise in Parteien wie der AfD oder Netzwerken innerhalb der Polizei und Bundeswehr. Angriffe auf Jüd*innen, Muslim*innen, Sinti*zze und Rom*nja und Menschen, die nicht ins Weltbild von Nazis passen, sind Alltag. Währenddessen werden antifaschistische Organisation und Personen diffamiert.

Deshalb ist es wichtig ein Zeichen zu setzen und konsequent gegen Faschismus, Nationalsozialismus sowie rechte Strukturen vorzugehen. Dies soll nicht nur, aber auch mit einem offiziellen Feiertag, dem 08. Mai passieren. Es ist Zeit für Antifaschismus, denn wer den 08. Mai nicht feiert, hat verloren.

Antrag I10: Kein Platz für rechtes Geschwurbel

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bundesweit tarnen sich Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen als sogenannte
- 2 "Spaziergänge". Damit wird versucht, Auflagen für Versammlungen zu umgehen. Diese
- 3 Versammlungen sind in der Regel nicht angemeldet und werden als harmlose, spontane
- 4 Zusammenkünfte dargestellt. Mit dieser Kommunikationsstrategie versuchen die
- 5 verantwortlichen Gruppen außerdem, die Proteste für verschiedene Milieus
- 6 anschlussfähig zu machen.
- 7 Die sogenannten "Spaziergänge" setzen sich wie auch die bereits bekannten
- 8 Querdenker*innen-Demos aus heterogenen Teilnehmer*innenkreisen zusammen. Dazu zählen
- 9 Neonazis und andere rechtsradikale Gruppierungen, Reichsbürger*innen,
- 10 Verschwörungsideolog*innen, (rechts)esoterische Personenkreise, Impfgegner*innen und
- 11 weitere Milieus, die sich zum Teil vielfältig überschneiden. Familien nehmen mit
- 12 Kindern an den Versammlungen teil.
- 13 Bisher ist die Polizei diesen nicht angemeldeten Demonstrationen meist extrem
- 14 zurückhaltend begegnet. Menschen, die schon einmal gesehen haben, wie die Polizei
- 15 häufig gegen linke Demos vorgeht, mag das überrascht haben: Obwohl die
- 16 Demonstrant*innen ihre Versammlungen nicht angemeldet haben, sich nicht an Corona-
- 17 Auflagen wie Abstand und Maskenpflicht gehalten und entsprechende Aufforderungen mit
- 18 Gelächter quittiert haben, sowie anwesende Journalist*innen massiv bedroht werden,
- 19 hat die Polizei die meisten dieser Demonstrationen nicht aufgelöst. Oft wird dabei
- 20 auf die anwesenden Kinder oder das bürgerliche Erscheinungsbild der Teilnehmer*innen
- 21 verwiesen.
- 22 **Für uns ist klar: Ob Menschen, die mit Nazis und Verschwörungsideolog*innen**
- 23 **demonstrieren, "bürgerlich" gekleidet sind oder ein "bürgerliches Leben" mit Kindern,**
- 24 **Haus und Garten führen, ändert nichts daran, dass sie eine politische Allianz mit**
- 25 **Rechtsradikalen eingehen und menschenfeindliche Ansichten zur Schau stellen!**
- 26 Auch im Bezirk Hannover finden diese Demonstrationen statt. In Anlehnung an die
- 27 rechtsradikale Gruppierung "freie Sachsen" (die u.a. für den Fackelmarsch vor dem
- 28 Haus von Petra Köpping verantwortlich waren) rufen auch die "freien Niedersachsen" zu
- 29 Protesten gegen die Corona- Maßnahmen auf. Solche Proteste haben bereits in
- 30 verschiedenen niedersächsischen Kommunen stattgefunden. Hier ging die Polizei
- 31 zunächst ebenfalls sehr defensiv vor, obwohl alle Auflagen ignoriert wurden. Diese
- 32 Strategie ermutigt die Demonstrant*innen zu immer dreisterem Verhalten. Wir erwarten
- 33 von der Polizei deshalb ein konsequentes Vorgehen gegen diese Zusammenkünfte sowie
- 34 den Schutz berichtender Journalist*innen und von Gegendemonstrationen. Dabei muss der
- 35 Fokus darauf liegen, möglichst frühzeitig die Ansammlung einer größeren Menschenmenge
- 36 zu verhindern und Corona-Auflagen durchzusetzen. Dabei ist in jedem Falle auf die
- 37 Wahl verhältnismäßiger Mittel zu achten. Polizeigewalt ist selbst gegenüber

38 Rechtsradikalen abzulehnen.

39 Wir fordern darüber hinaus eine Prüfung zum Umgang der Polizei mit Demonstrationen
40 verschiedener politischer Hintergründe. Beobachtungen legen nahe, dass die Polizei
41 mit Demos der linken Szene deutlich gewaltbereiter umgeht und weniger Scheu hat,
42 Versammlungen aufzulösen als bei rechtsradikalen Anti-Corona-Protesten. Wir fordern
43 eine fundierte wissenschaftliche Untersuchung, ob sich diese These statistisch
44 bestätigen lässt und wenn ja, welche Gründe es für einen so unterschiedlichen Umgang
45 gibt.

46 **Aber auch wenn die Demonstrationen der Schwurbler*innen weiter stattfinden sollten,**
47 **wir Jusos werden uns diesen Gruppen entgegenstellen! Wir werden wir uns weiterhin in**
48 **Bündnissen engagieren und zu Demos aufrufen, um deutlich zu machen, dass es für diese**
49 **Gruppen keinen Platz im Bezirk Hannover gibt!**

Antrag I11: Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren!

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die dahingehende Änderung des § 265a Abs. 1 StGB (Erschleichen von
- 2 Leistungen), dass die Formulierung "die Beförderung durch ein Verkehrsmittel" aus dem
- 3 genannten Absatz gestrichen wird.

Begründung

Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland seit 1935 eine Straftat. Wer sich eine verhängte Geldstrafe nicht leisten kann, muss eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe antreten.

Beispiel: In Kassel konnte ein Benutzer des ÖPNVs die 5,20€ für die beiden Tickets nicht entrichten. Die erhöhte Beförderungsgebühr schon garnicht. Das Amtsgericht Kassel verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 2200,00€. Zusätzlich sind die Prozesskosten zu tragen. Die Strafe konnte die Person – logischerweise – ebenfalls nicht entrichten. Die Person musste in Haft. Ein Hafttag kostet im Schnitt 150 Euro.

Oft geht es bei den Vorfällen um wenige Euros. Eine Initiative die sich dem Freikaufen von Menschen die nach §265 verurteilt wurden nennt sich Freiheitsfonds. Arne Semsrott von Freiheitsfonds sagte der taz: „Viele Betroffene haben keinen festen Wohnsitz, Post erreicht sie nicht.“ Ebenso befänden sich viele in einem schwierigen gesundheitlichen Zustand, seien arbeitsunfähig oder litten unter psychischen Krankheiten. Weil Fahren ohne Fahrschein zudem eine Straftat ist, könne man wegen dieser Lappalie im Resozialisierungsprogramm oder einem Asylverfahren Probleme bekommen und etwa den Ausbildungsplatz verlieren. Semsrott plädiert dafür, Fahren ohne Fahrschein zu einer Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Bis zu ein Jahr sitzen die Leute in Haft. Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87%), ohne festen Wohnsitz (15%) und teilweise suizidgefährdet (15%).

Antrag I12: Legalize it - for all!

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die Besteuerung bei der Legalisierung von Cannabis als Genussmittel
- 2 nicht zu einer wesentlich Preisdifferenz zum derzeit bestehenden Schwarzmarkt führt.

Begründung

Ziel der Legalisierung von Cannabis als Genussmittel ist neben der Prävention von Suchterkrankungen, Jugend- und Gesundheitsschutz auch die Verdrängung des Schwarzmarktes. Auf dem derzeit bestehenden Schwarzmarkt werden Cannabisprodukte mit Verunreinigungen bzw. gesundheitsschädlichen Zusätzen angeboten. Dies führt dazu, dass eine nicht-tödliche Droge ein erhebliches Gesundheitsrisiko in sich birgt. Unter anderem können synthetische Cannabinoide, die für eine stärkere Rauschwirkung zugesetzt werden, zu einem tödlichen Konsum bei einmaligem Gebrauch führen.

Damit die aus dem Schwarzmarkt resultierenden schweren Gesundheitsrisiken beseitigt werden können, darf der sichere Cannabiskonsum nicht nur für eine wohlhabende Bevölkerungsschicht begrenzt werden, sondern muss für jede Person zugänglich sein. Gesundheitsschutz darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

Antrag I13: Demokratie feiern!

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Das Wahlrecht bzw. die Wahlen im Allgemeinen sind das Fundament unserer Demokratie.
2 Wir sollten stolz sein, in einer Demokratie leben und in freien Wahlen über unsere
3 Zukunft mitentscheiden zu können. Dieses fundamentale Recht verdient es gefeiert zu
4 werden!

5

6 Wir fordern daher, dass die Bundes- bzw. Landtagswahlen sowie die Kommunalwahlen an
7 zusätzlichen Feiertagen unter der Woche stattfinden sollten und gerade nicht an
8 Sonntagen.

9

10 Zurzeit ist die Vielzahl der Feiertage religiös geprägt. Dabei ist es doch vor allem
11 unser Zusammenleben, was gefeiert werden sollte. Die Basis unseres Zusammenlebens ist
12 unsere Demokratie. Sie gilt es zu schätzen und zu feiern. Die Durchführung von Wahlen
13 an einem hierfür festgelegten Feiertag unter der Woche würde zum einen die
14 herausragende Stellung der Wahlen für unsere Gesellschaft verdeutlichen. Zum anderen
15 würden aber auch die Bürger*innen daran erinnert werden, dass der freie Tag den
16 Wahlen gewidmet ist und demnach auch hierfür genutzt werden sollte.

17

18 Schon nach heutiger Gesetzeslage wäre dieses Vorhaben grundsätzlich möglich. Das
19 Grundgesetz sowie die Landesverfassung von Niedersachsen bestimmen für den Wahltag
20 keinen genauen Wochentag. Vielmehr wird dies durch einfaches Gesetz (§ 16
21 Bundeswahlgesetz bzw. § 9 Nds. Landeshwahlgesetz) konkretisiert. Wahltag sollte
22 hiernach zumindest auf Bundesebene ein Sonn- oder Feiertag sein. Die endgültige
23 Bestimmung des Wahltags bestimmt dann der Bundespräsident bzw. auf Landesebene die
24 Landesregierung durch Verordnung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I14: Gegen willkürliche Überwachung - Abschaffung von § 129 a, b StGB

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir fordern die Abschaffung des § 129 a, b StGB und die Aufarbeitung der in seinem
2 Namen durchgeführten unsachgemäßen Ermittlungen. Eigentlich soll dieser sogenannte
3 „Terrorismusparagraph“ den Umgang mit Menschen regeln, die Mitglied in einer
4 „terroristischen Vereinigung“ sind. Doch der Paragraph ist seit seiner Entstehung
5 umstritten. Der § 129 a, b StGB thematisiert die Strafbarkeit einer Mitgliedschaft in
6 einer terroristischen Vereinigung. Kommt es tatsächlich zu terroristischen
7 Straftaten, werden die Delikte durch den Straftatbestand selbst erfasst. Jedoch
8 können über den § 129 a StGB auch Personen belangt werden, denen keine konkrete
9 Beteiligung nachgewiesen werden kann. § 129 a, b StGB ist eine Norm des Strafrechts,
10 die „eine Strafbarkeit bereits weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer
11 Handlungen“ (BGH 28, 148, 11.10.1978) begründet. Bei Handlungen, die „normalerweise“
12 keine Strafbarkeit begründen, handelt es sich z.B. um Reden, Treffen, etc. Menschen
13 können also aufgrund von simplen Handlungen wie Treffen belangt werden. Meistens wird
14 jedoch niemand direkt verurteilt. Primär wird der Paragraph dafür genutzt einen
15 Vorwand zu den Überwachungen und Einschüchterung bestimmter Personengruppen zu haben.
16 Besonders oft trifft dies linke Aktivist*innen. Es traf in der Vergangenheit jedoch
17 auch schon Teile der Fußballfanszene in Leipzig und vermehrt wurde er auch gegen
18 migrantische Vereinigungen, zum Beispiel gegen die PKK und türkische Kommunist*innen
19 verwendet. Problematisch ist also zum einen die sehr einseitige Anwendung, zum
20 anderen die Tatsache, dass die Strafbarkeit in ein Stadium vor verlagert wird, in dem
21 ein konkreter Bezug zur Verwirklichung eines individuellen Rechtsverstoßes noch nicht
22 gegeben ist und so die Abgrenzung zwischen legalem Handeln und Delikt verschwimmt.
23 Hier werden Elemente des repressiven Strafrechts mit denen der präventiven
24 Gefahrenabwehr vermischt. Dieser Paragraph ermöglicht weitreichende Möglichkeiten zur
25 staatlichen Überwachung in einem vom Staat zu definierenden Personenkreis, gegen die
26 sich der*die Betroffene mangels Kenntnis des Verfahrens nicht wehren kann. Das Ganze
27 geht mit schnelleren Hausdurchsuchungen, erleichterter Untersuchungshaft, höheren
28 Kontrollmöglichkeiten einher. Er ermöglicht also massive Grundrechtseingriffe. Hier
29 wird nicht die staatliche Ordnung vor „terroristischen Vereinigungen“ geschützt,
30 sondern ein Präventivkampf gegen politische Abweichler*innen mit vordemokratischen
31 Elementen, wie der Vorverlagerung von Strafbarkeit geführt. Wir wenden uns gegen
32 dieses autoritäre Gedankengut. Es ist an der Zeit, wieder deutlich und laut für
33 Bürgerrechte zu kämpfen. Dazu gehört die Abschaffung von § 129 a, b StGB .

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I15: Mit Nazis spricht man nicht – Keine Besetzung von Podien mit rechten Parteien

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Immer wieder kommt es zu Diskussionsrunden wie beispielsweise in Talk-Shows auf
2 Podien oder in anderen Sendungen bei denen auch Mitglieder rechtsextremer Parteien,
3 Vereinen oder Bewegungen vertreten sind. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wird
4 menschenverachtenden, rassistisch- oder antisemitischen Gedankengut eine Plattform
5 gegeben und es so der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Dadurch wird indirekt
6 suggeriert, dass es eine nicht zu unterschätzende Minderheit gibt, die solche
7 Positionen vertritt und, dass es auch legitim ist solche Meinungen zu vertreten.
8 Dadurch hat in den letzten Jahren bereits eine Debattenverschiebung stattgefunden,
9 sodass einige Begriffe, die noch vor einigen Jahren als unsagbar galten, wieder
10 regelmäßig gebraucht werden. Auch haben sich rechtsextreme Begriffe, wie
11 beispielsweise „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Flüchtlingswelle“ in der Alltagssprache
12 etabliert. Diese Entwicklung betrachten wir mit Sorge.

13 Wenn in oben genannten Sendungen, den Rechten entweder durch andere Gäste oder
14 Moderator*innen widersprochen wird, begeben sich diese in die Opferrolle. Als Folge
15 dessen, verlassen sie die Shows (wie bei Alice Weidel schon mehrfach geschehen) oder
16 behaupten, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland beschränkt sei und man nicht mehr
17 sagen dürfe, was man denkt. Dies zeigt eindeutig, dass sich Rechtsextreme immer in
18 die Opferrolle begeben, egal ob sie zu Diskussionen eingeladen werden oder nicht.

19 Diese Beispiele zeigen deutlich, dass immer da, wo rechte auf Podien oder in
20 Diskussionsrunden sitzen, sie ihre Themen setzen und somit den Diskurs in ihre
21 Richtung gestalten. Es ist auch keine wirkliche Diskussion zu erwarten, da diese
22 Personen auf ihren Positionen und Meinungen beharren werden. Immer mehr
23 Extremismusforscher*innen sind daher der Meinung, dass es zur Verhinderung der
24 Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts am sinnvollsten ist, rechten
25 Ideologien keine Plattform zu bieten und diese nicht zu Diskussionen oder Talk-Shows
26 einzuladen.

27

28 **Deshalb ist für uns klar:**

- 29 • Wir werden kein Podium besetzen oder an einer Diskussion teilnehmen zu dem
30 Menschen von allen möglichen rechtsextremen Parteien, Parteijugenden,
31 Organisationen oder Gruppierungen teilnehmen.
- 32 • Keine politische Zusammenarbeit mit rechten Parteien. Dies bedeutet auch, dass
33 wir uns nicht mit den Stimmen von Rechten wählen lassen.
- 34 • Wenn bei politischen Debatten Vertreter*innen rechter Parteien anwesend sind,
35 werden wir dies anprangern und uns dafür einsetzen, dass diesen Menschen in

36 Zukunft keine Bühne mehr geboten wird.

37 • Dass wir auf Veranstaltungen (ausgenommen Wahlkampfaktionen), bei denen die AfD
38 oder andere rechte Parteien eingeladen sind oder einen Stand haben, nicht
39 vertreten sind.

40 • Wir werden nicht an Demos teilnehmen, auf denen rechtsextreme Menschen
41 demonstrieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I16: Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt schaffen

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 München, Halle und Hanau - seit Jahren steigt die Anzahl rechter Anschläge.
2 Politische Konsequenzen gibt es jedoch kaum. Stattdessen durchziehen rechte Netzwerke
3 die Sicherheitsbehörden.

4

5 Neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesellschaft und
6 staatliche Behörden unsichtbar blieben. Seitens der Strafverfolgungsbehörden herrscht
7 – neben rechten Netzwerken – fehlendes Bewusstsein sowie fehlende Kenntnisse über das
8 Thema rechte Gewalt.

9

10 Oftmals sind Zivilgesellschaftliche Organisationen die ersten und wichtigsten
11 Ansprechpartner*innen für die Betroffenen sowie ihre Hinterbliebenen und Angehörigen.

12 Viele Betroffen sowie die Hinterbliebenen und Angehörigen gründen eigene Initiativen
13 und Organisationen und leisten wichtige Aufklärungsarbeit und kämpfen für
14 Gerechtigkeit, Anerkennung und Konsequenzen. All diese Arbeit wird neben der eigenen
15 Verarbeitung der rechten Gewalt sowie Trauarbeit geleistet. Es wird Zeit die Opfer
16 und Hinterbliebenen der Opfer rechter Gewalt nicht mehr mit den Taten und Tatfolgen
17 alleine zu lassen und dass staatliche Behörden endlich ihren Beitrag dazu leisten.

18

19 **Wir fordern daher:**

- 20 • Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt
- 21 • Die Einrichtung eines Opferfonds für Betroffene von rechter Gewalt in
22 Niedersachsen
- 23 • Um dabei eine Entpolitisierung rechter Gewalt durch Staatliche Behörden zu
24 verhindern, bekräftigen wir dabei unsere Forderungen nach der Überarbeitung des
25 Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“ (PMK-rechts), welches
26 sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen
27 berücksichtigen soll, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches
28 oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende
29 Rolle spielen, erfasst soll.
- 30 • Die volle Anerkennung aller Opfer rechter Gewalt und bekräftigen dabei unsere
31 Forderung nach einer selbstkritischen Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe
32 externer Expert*innen und die nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter
33 Gewalt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I17: Verbot der Grauen Wölfe

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir fordern ein bundesweites Verbot der Grauen Wölfe und den dazugehörigen
2 Organisationen sowie die Einschränkung des Einflusses der AKP und MHP-geführten
3 türkischen Regierung im deutschen Raum. Mit schätzungsweise 18.000 Mitgliedern sind
4 die Grauen Wölfe die größte rechtsextremistische Vereinigung in Deutschland. Von der
5 Struktur her sind Sie unter anderem in hunderten lokalen Vereinen sowie Dachverbänden
6 wie die Türk Federasyon, ATIB oder ATB organisiert. Gekennzeichnet sind die Grauen
7 Wölfe insbesondere durch eine Überhöhung der türkischen Nation beziehungsweise Ethnie
8 und der Abwertung von Minderheiten, die im geographischen Raum des Nahen Ostens
9 angesiedelt sind. Zu ihren Feindbildern gehören neben Kurdinnen und Kurden,
10 Armenierinnen und Armenier, auch Alewitinnen und Alewiten, Yezidinnen und Yeziden,
11 Griechinnen und Griechen, Jüdinnen und Juden und Menschen, die dem linken Spektrum
12 zuzuordnen sind oder nicht dem Islam angehören. Durch ihr aggressives Auftreten
13 propagieren die Mitglieder der Grauen Wölfe einen ethnischen Nationalismus, sowie die
14 Errichtung eines großtürkischen Reiches und die vollständige Eliminierung und
15 Degradierung politischer Gegner. Die faschistische Weltanschauung spricht den oben
16 angeführten Volks- und Religionsgruppierungen ihre kulturelle, religiöse und
17 sprachliche Identität ab und negiert durch ihre rechtsextremistische Ideologie ihre
18 Daseinsberechtigung und das Recht auf Leben.

19

20 Daher fordern wir das dringend notwendige gesetzliche Verbot der
21 rechtsextremistischen und menschenverachtenden Organisation der Grauen Wölfe als
22 Organisation und die strafrechtliche Ahndung des Gebrauchs des „Wolfsgruß“ als Symbol
23 der ethnischen Dominanz und Überlegenheit gegenüber Minderheiten. Unter
24 Berücksichtigung der Tatsache, dass eine kollektive Verachtung der Grauen Wölfe
25 gegenüber dem Grundgesetz und den zugrundeliegenden Menschenrechten, wie Artikel 1
26 (Menschenwürde) besteht, ist ein mögliches Verbot der Grauen Wölfe ein Ausdruck einer
27 wehrhaften Demokratie vor dem Erstarken rechter Kräfte und ein Glaubensbekenntnis für
28 eine pluralistische Gesellschaft zugleich. Die Grauen Wölfe schränken das Leben der
29 oben angeführten Gruppierungen insofern ein, als dass diese Schwierigkeiten haben
30 sich durch die Politik repräsentiert zu fühlen und problemlos, ohne Angst vor
31 Verfolgung oder Hetze, in Deutschland leben zu können. Die kommende deutsche
32 Bundesregierung ist aufgefordert, die Wahrung marginalisierter Identitäten und das
33 problemlose Ausleben der Kultur, Religion und Sprache der oben angeführten
34 marginalisierten Gruppierungen mit besonderer Rücksicht zu garantieren. Um die
35 Glaubwürdigkeit der freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands
36 aufrechtzuerhalten, ist ein Verbot der Grauen Wölfe unumgänglich.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I18: Maßregelvollzug reformieren – Wir können uns keiner Menschen entledigen!

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Maßregelvollzug ist eine Vollzugsmaßnahme für straffällig geworden Menschen, die
2 im Zeitpunkt ihrer Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit handelten. Die Gründe
3 für die Schuldunfähigkeit sind dabei vielfältig. Insbesondere sind jedoch psychische
4 Erkrankungen und Betäubungsmittel zu nennen. Die dort befindlichen Patient*innen
5 werden dabei zweifach stigmatisiert – zum einen als Straftäter*innen und zum anderen
6 als psychisch Erkrankte bzw. Suchtpatient*innen. Im Maßregelvollzug bzw. der
7 forensischen Psychiatrie sollen die Patient*innen therapiert und resozialisiert
8 werden. Die derzeitigen Bedingungen in den deutschen Kliniken sind jedoch teils
9 kontraproduktiv und oft von Willkür geprägt. Hier muss sich die Gesellschaft fragen,
10 ob sie diese Menschen tatsächlich einfach verschwinden lassen will. Wir sind der
11 Überzeugung, dass wir diese Menschen nicht einfach aus unserer Gesellschaft
12 ausgrenzen können, sondern dass wir ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung
13 haben. Daher gilt es ihnen Perspektiven zu geben, die Lebensbedingungen zu verbessern
14 und die Willkür der Kliniken zu beenden.

15

16 **Der Weg in den Maßregelvollzug – Psychiatrische Einrichtungen stärken**

17 Wie so oft muss auch bei dieser Thematik zunächst früher angesetzt werden.
18 Patient*innen im Maßregelvollzug haben häufig schon lange vor ihrem Einzug in die
19 Forensik offenkundige psychische Probleme, mit denen sie oft allein gelassen werden.
20 Teilweise waren diese Menschen bereits zuvor in anderen psychiatrischen
21 Einrichtungen. Hier werden sie oft unzulänglich behandelt und viel zu vorschnell
22 entlassen. Dass Teile dieser im Stich gelassenen Personen später Rückfälligkeiten
23 aufweisen, die sich ohne Behandlung bis zur ersten Straftat hinziehen können,
24 überrascht dabei wenig. Das Problem in den psychiatrischen Einrichtungen sind die
25 sog. Fallpauschalen. Diese rechnen sich nach ein paar Wochen nicht mehr, sodass
26 der*die Patient*in am Ende wegen Umsatzaspekten entlassen wird. Dabei ist es doch
27 denklogisch, dass schwere psychischen Erkrankungen nicht in ein paar Wochen geheilt
28 bzw. die Patient*innen medikamentös eingestellt werden können. Es ist Aufgabe des
29 Staates, psychisch kranken Menschen angemessen zu versorgen. Auch kann durch eine
30 umfassende Versorgung präventiv das Risiko der Einweisung in den Maßregelverzug von
31 Betroffenen stark gesenkt werden. Private Kliniken scheinen mit Blick auf den Umsatz
32 hierzu nicht fähig zu sein.

33

34 **Liberalere Konzepte ermöglichen – Mehr Hecke, weniger Stacheldraht**

35 Die Bedingungen unter denen die Patient*innen in der Forensik therapiert werden
36 sollen, sind katastrophal und kontraproduktiv. Menschen, die bereits unter

37 psychischen Erkrankungen leiden und teilweise psychotische Ausprägungen besitzen,
38 können nicht in einem Umfeld therapiert werden, der von Stacheldraht und
39 Dauerüberwachung durch auffällige Kameras geprägt ist. In einer solchen Umgebung kann
40 keine für die Therapie entscheidende entspannte Atmosphäre geschaffen werden – weder
41 für die Mitarbeitenden noch für die Patient*innen. Sicherungsanlagen sind
42 selbstverständlich notwendig, sollten jedoch unauffälliger installiert werden und den
43 dort befindlichen Menschen nicht ständig vor Augen geführt werden. Forensische
44 Einrichtungen wie die in Moringen können als Vorbild dienen. Hier werden die
45 Sicherungsanlagen verhältnismäßig gut versteckt und dadurch deutlich weniger von den
46 Patient*innen wahrgenommen. Auch das dortige Innentierprojekt ist in dieser Form
47 einzigartig und zeigt wie die Therapiemöglichkeiten im Maßregelvollzug neu gedacht
48 werden können.

49

50 **Überbelegung stoppen – Privatisierung zurückfahren**

51 Ein weiterer Faktor für die schlechten Therapieverhältnisse innerhalb des deutschen
52 Maßregelvollzugs ist die Überbelegung. Viele Kliniken sind an ihren Kapazitätsgrenzen
53 bzw. bereits darüber hinaus. Die Überbelegung bürgt für die Patient*innen natürlich
54 große Nachteile, während die Kliniken ein gutes Geschäft erwarten können. Die
55 Patient*innen erhalten Mehrbettzimmer, die Kliniken erwarten staatliche Zahlungen von
56 ca. 100.000€ pro Jahr und Patient. Das ist nicht haltbar. Insbesondere wenn man
57 berücksichtigt, dass der Maßregelvollzug vor allem in Norddeutschland überwiegend
58 privatisiert worden ist. Private Unternehmen wie Asklepios, Ameos und Helios erzielen
59 ein gutes Geschäft an den Personen im Maßregelvollzug, sodass der Anreiz die
60 Patient*innen wieder zu entlassen denkbar niedrig erscheint. Finanzielle
61 Hintergedanken der Klinikleitungen dürfen jedoch keinerlei Rolle spielen. Die
62 Privatisierung muss zurückgefahren werden!

63

64 **Überprüfbare Standards schaffen – Die Willkür der Kliniken beenden**

65 Die Kliniken bzw. die Klinikleitungen haben derzeit einen zu großen
66 Handlungsspielraum mit Blick auf die Lebensbedingungen der Patient*innen. Hierdurch
67 entsteht die Gefahr der Willkür, die sich leider auch zu oft realisiert.
68 Patient*innen werden entscheidende Lockerungen wegen kleinster Regelbrüche entzogen.
69 Diese Regeln werden teilweise wöchentlich willkürlich geändert. Eine so wichtige
70 Konstanz im Alltag der Patient*innen ist so nicht möglich. Auch entsteht oft der
71 Eindruck, dass diese ständigen Regeländerungen nur dafür gedacht sind, um die
72 Menschen irgendwie belangen und so Lockerungen zurücknehmen zu können. Die
73 Patient*innen verlieren bei diesem vor und zurück oft jegliche Hoffnungen und fühlen
74 sich alleingelassen bzw. der Allmacht der Kliniken schutzlos ausgesetzt. Diese
75 fehlende Perspektive ist dabei denklogisch nicht förderlich für die psychische
76 Konstitution und die therapeutische Behandlung.

77

78 Es müssen daher überprüfbare Standards von der Gesetzgebung geschaffen werden. Die
79 Patient*innen dürfen nicht den willkürlichen Regeln der Kliniken ausgesetzt werden.
80 Es darf nicht auf Glück oder Pech ankommen, ob man gute Therapieaussichten in einer

81 Klinik mit einheitlichen Regeln bekommt oder willkürlichen Regeländerungen ausgesetzt
82 wird. Diese einheitlichen Standards müssen auch überprüfbar sein. Es muss den
83 Patient*innen möglich sein gemeinsam mit einem Rechtsbeistand gegen
84 unverhältnismäßige Einschränkungen vorgehen zu können. Die Rechtsschutzmöglichkeit
85 der Menschen in forensischen Einrichtungen bzw. der Zugang zu diesen muss
86 grundsätzlich verbessert werden. Oft kennen diese Menschen ihre eigenen Rechte nicht,
87 sodass die Ungerechtigkeiten, die ihnen widerfahren, nicht zutage gebracht werden. Es
88 muss ein besserer Zugang zu rechtlicher Beratung geschaffen werden!

89

90 **Der Weg aus dem Maßregelvollzug – Perspektiven Schaffen**

91 Es ist keine Besonderheit, dass Haftstrafen von wenigen Monaten oder Jahren zu mehr
92 als 10 Jahren Aufenthalt in einer forensischen Psychiatrie führen. Dabei ist klar,
93 dass wenn ein Aufenthalt in einer solchen Einrichtung über so viele Jahre andauert,
94 die psychische Konstitution auf Dauer deutlich stärker leidet, als die dortigen
95 Therapien ausgleichen können. Kann es sein, dass so viele Patient*innen teilweise
96 nach einem Jahrzehnt Therapie immer noch eine derartige Gefahr darstellen, dass sie
97 nicht entlassen werden können? Wohl kaum. Zwar gibt es selbstverständlich Härtefälle,
98 jedoch ist ein Großteil dieser Menschen Opfer des Systems. In der Regel haben die
99 Patient*innen einmal pro Jahr eine Anhörung vor der zuständigen Strafvollzugskammer.
100 Hier diskutieren Richter*innen, Psychiater*innen und Patient*in (im besten Fall
101 zusammen mit einem Rechtsbeistand) die Möglichkeit einer Entlassung. Ausschlaggebend
102 für die Prognose des Gerichts ist selbstverständlich die gutachterliche Einschätzung
103 der*des psychiatrischen Sachverständigen sowie der Klinikleitung. Doch handeln diese
104 oft nicht so objektiv wie nötig. Teilweise trauen sie den Patient*innen viel zu wenig
105 zu, auch aus Angst vor Verurteilung durch mediale Berichterstattung. Wird das
106 Gutachten von Psychiater*innen erstellt, die selbst innerhalb der Klinik des*der
107 Patient*in arbeiten, kommt hinzu, dass sie durch ihre Arbeit eine gewisse
108 Voreingenommenheit besitzen und oft gehemmt sind ihre ursprünglichen Diagnosen
109 abzuändern. Externe Gutachter*innen können hierfür eine Lösung sein und werden auch
110 heute bereits teilweise genutzt. Die Statistik zeigt dabei auch, dass diese viel eher
111 gewillt sind, den Patient*innen eine Chance auf Entlassung einzuräumen.

112

113 Sollte ein*e Patient*in schlussendlich entlassen werden, endet die Verantwortung des
114 Staates aber nicht. Die Patient*innen müssen sich ein neues Leben aufbauen und
115 sollten hierfür mehr Hilfestellungen bekommen. Es geht hier vor allem um die
116 Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie die Vermittlung von ambulanten Therapieplätzen.
117 Andernfalls können Existenzängste entstehen, die zu einer erneuten Destabilisierung
118 der Menschen führen könnte. Es ist Aufgabe des Staates die Patient*innen nach ihrer
119 Zeit im Maßregelvollzug wieder in die Gesellschaft zurückzuholen!

120

121 **Einheitliche Lebensverhältnisse sind Bundessache**

122 Zur konsequenten Behebung der oben beschriebenen Defizite muss die Kompetenz über den
123 Maßregelvollzug in den Händen der Bundesgesetzgebung liegen. Die Schaffung
124 gleichwertiger Behandlungsbedingungen kann nicht von 16 unterschiedlichen
125 Justizverwaltungen erreicht werden. Der Maßregelvollzug und die damit einhergehenden

126 gravierenden Grundrechtseinschränkungen müssen gleichermaßen ausgestaltet werden und
127 dürfen nicht durch wechselnde landespolitische Tendenzen zur Disposition gestellt
128 werden. Der Verfassungsgrundsatz der einheitlichen Lebensverhältnisse in den Ländern
129 hört nicht bei Patient*innen im Maßregelvollzug aus, sondern muss hier in besonderem
130 Maße berücksichtigt werden. Die Gesetzgebungskompetenz muss dahingehend angepasst
131 werden.

132

133 Wir fordern:

134

135 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund

136

137 • die Stärkung psychiatrischer (nicht-forensischer) Einrichtungen, sowie die
138 Abschaffung der dort geltenden Fallpauschalen

• die Beendigung der Überbelegungen in forensischen Einrichtungen

139

• das Stoppen der Privatisierung sowie die Verstaatlichung der vor allem in
Norddeutschland bereits privatisierten Einrichtungen

140

141 • eine sorgsamere und diskretere Nutzung von Sicherungsanlagen in der Forensik

• die Schaffung überprüfbarer Standards in forensischen Einrichtungen

142

• den einfacheren Zugang zu rechtlicher Beratung für Patient*innen

143

• die Ausweitung externer Gutachten mit Blick auf eine mögliche Entlassung

• die bessere Unterstützung von Patient*innen nach ihrer Zeit im Maßregelvollzug

144

145

146

147

148 • die Regelung und Ausgestaltung des Maßregelvollzugs durch den Bund

149

Antrag K01: Kommunale Wirtschaftspolitik fördern! Geschäftsbanken machen's möglich

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Unterbezirk Nienburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	K - Kommunen und Ländliche Räume

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, örtliche Geschäftsbanken mit
- 2 Förderprogrammen zu beauftragen, die Investitionen in und Kredite für gezielte
- 3 wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche Ziele - wie den Bau von Wohnungen und
- 4 Eigenheimen, Bildung, Infrastrukturprojekte und Ähnlichem - und Projekte fördern und
- 5 priorisieren.
- 6 Diese Förderprogramme sollen im Gespräch zwischen der Kommune, den beteiligten
- 7 Banken, Interessens-Gruppen und eventuell Expert*innen und Ökonom*innen ausgearbeitet
- 8 werden.
- 9 Grundsätzlich sollen die Förderprogramme als mittel- bis langfristige Kredite mit
- 10 kommunaler Absicherung, niedrigeren Zinsen und einfachem Zugang oder – bei größeren
- 11 Programmen – durch Beteiligungen gestaltet werden. Zuschüsse sind nur in Grenzfällen
- 12 zu gewähren.
- 13 Die Kredite sind durch Banken im Rahmen der ihnen möglichen Kreditschöpfung zu
- 14 schaffen, nicht durch den kommunalen Haushalt. Die Förderprogramme stellen daher den
- 15 Anspruch der Kommunen an die monetäre Infrastruktur dar Sie zu unterstützen.
- 16 Die maximale Summe der verfügbaren Fördermittel aller von einer Kommune vergebenen
- 17 Förderprogramme wird bestimmt durch die Liquidität der beteiligten Banken, die
- 18 Einwohner*innenzahl der Kommune, die Summe der Einkommen und der Vermögen in der
- 19 Kommune und den privat und staatlichen Mitteln, die bereits für das Ziel aufgewandt
- 20 werden. Dies soll sicherstellen, dass es durch die Förderprogramme nicht zu
- 21 wirtschaftlichen Verwerfungen kommt oder die lokalen wirtschaftlichen Strukturen
- 22 überansprucht werden.
- 23 Zum Ausgleich regionaler Unterschiede sollen die Länder sich jährlich um eine
- 24 Umverteilung der Förderprogramm-Kapazitäten kümmern, bei dem wirtschaftlich und
- 25 sozial schwache Kommunen Kapazitäten von starken Kommunen überschrieben bekommen.
- 26 Die Kreisebene soll Hauptträgerin der Förderprogramme werden, Förderprogramme auf
- 27 (Samt-) Gemeindeebene müssen in Kooperation mit ihr aufgestellt und verwaltet werden.
- 28 Die Länderebene soll durch wirksame Maßnahmen zur Kontrolle, die keine zu große
- 29 bürokratische Hürden darstellen, Korruptionsfreiheit, Angemessenheit und
- 30 Zielerfüllung der Förderprogramme prüfen und im Zweifelsfall einschreiten.

Begründung

Vielen Kommunen ist aufgrund der prekären Lage der kommunalen Haushalte eine gezielte wirtschaftliche und soziale Selbstentwicklung nicht möglich. Die Überschuldung der Kommunen nimmt ständig zu und dies belastet nicht nur örtliche Infrastruktur, sondern nimmt der Kommune auch politischen

Handlungsspielraum, der für ihr Handeln und die Bevölkerung und nicht zuletzt die Demokratie unabdingbar ist.

Dabei ist die populäre Darstellung von Geld auf der die Schwarze Null und das deutsche Spar-Dogma basiert unzutreffend: Geld ist kein individuelles Werkzeug für den Ver- und Kauf von Gütern, sondern eine Infrastruktur die volkswirtschaftliche Ressourcen verteilt. Nutzt man diese monetäre Infrastruktur richtig, so stellt sie die Grundlage einer höchsteffizienten Ressourcennutzung dar, indem schnell Zahlungsfähigkeit hergestellt werden kann: So werden ungenutzte Ressourcen mobilisiert und die Arbeitslosigkeit und andere Probleme angegangen, die nicht aus einer tatsächlichen Knappheit sondern der Ineffizienz unseres Systems entstehen.

Ein Anspruch der Kommunen, Einfluss auf die Kreditschöpfung der Banken zu nehmen indem gewisse Förderprogramme durch sie aufgelegt und umgesetzt werden, ist ein Anspruch auf diese monetäre Infrastruktur, der genutzt werden kann, um dringende Belange in der Kommune anzugehen, ohne den Haushalt weiter zu überlasten. Regionale Entwicklung in spezifischen Bereichen kann so effektiv und ohne zu Großen Mehraufwand für die Verwaltung (bis auf das tatsächliche Schaffen der Programme) gefördert werden.

Unser noch sehr archaisches System, in dem staatlichen Institutionen ein Teil der Wirtschaft sind, die sich gegenüber anderen Akteuren politisch und finanziell durchsetzen müssen, kann so reformiert werden: Förderprogramme geben Kommunen Einfluss auf einen Teil der eigenen Wirtschaft, nicht durch autoritäre, direkte Kontrolle oder das simple Übergeben eines Teiles des Geldes und damit der volkswirtschaftlichen Ressourcen, sondern durch ein System der indirekten Beanspruchung eines Teiles der Wirtschaftsschaffung und des Wachstums in der eigenen Region.

Daher fordern wir eine Umstrukturierung unserer Geldvorstellung, -politik und -wirtschaft, die nicht auf veralteten Vorstellungen und einer Neoliberalen Ideologie des entpolitisierten Geldes basiert, sondern auf dem Grundsatz, dass das Geld den Menschen zu dienen hat und nicht die Menschen dem Geld!

Dieser Antrag ist ein erster Schritt in diese Richtung und kann als Experiment und Beweis dafür dienen, dass eine Abwendung von neoliberalen Dogmen die Lösung für viele der heutigen Probleme (wie die kommunal Verschuldung) sein wird.

Antrag S01: Umgestaltung des Juso-Logos

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Unterbezirk Lüneburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Bundesvorstand möge sich bei der nächsten Umgestaltung des Juso-Logos (bzw. des
- 2 Corporate Designs) dafür einsetzen, dass die linke Faust dargestellt wird, nicht die
- 3 rechte.

Begründung

So schön die verschiedenen Faust-Logos auch sind, so irritierend ist es doch, dass die rechte Faust dargestellt wird. Wir beziehen uns damit schließlich auf unsere sozialistische Ausrichtung und Tradition, bei der natürlich die linke Faust entscheidend ist, nicht die rechte. Es wäre dementsprechend angemessen, diese Prägung auch nach außen zu tragen, sofern sowieso über eine Neugestaltung des Logos nachgedacht werden sollte (eine Überarbeitung erscheint dagegen unangemessen aufwändig). Dann passt unser Logo auch wieder zu unseren Fäusten während der Internationalen!

Antrag S02: Wider dem Lärm – Laubläser stoppen

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern ein Verbot von Laubbläsern und Laubsaugern. Diese Geräte sind nicht nur
- 2 mehr als 100
- 3 Dezibel laut (das entspricht etwa einem Presslufthammer oder einer Kettensäge),
- 4 sondern auch noch schlecht für die Umwelt. Denn wenn sie über den Boden pusten,
- 5 wirbeln Laubbläser Partikel von Hundekot, Pilzen oder sogar abgefahrenen Reifen mit
- 6 auf. Diese sind gesundheitsschädlich und
- 7 können Krankheiten bei Menschen und Tier verursachen. Tiere leiden generell sehr
- 8 unter Laubbläsern und Laubsaugern. Sie versuchen zu fliehen und geraten unter Stress
- 9 oder werden aufgesaugt oder weggepustet und sterben. Natürlich kann auch Laub auf
- 10 Straßen und Bürger*innensteigen gefährlich werden – z.B. für Fahrradfahrer*innen.
- 11 Doch auch ohne solche Gerätschaften lässt sich Laub beseitigen. In der Schweiz sind
- 12 Laubbläser in einigen Städten bereits seit längerer Zeit verboten um die
- 13 Feinstaubbelastung zu verringern. Dort schaffen es die Mitarbeitenden der Stadtwerke
- 14 trotzdem, die Straßen mit Besen und Harke von Laub zu befreien. Dies ist auch für die
- 15 Mitarbeitenden eine geringere Lärmbelastung. Zudem ist es neben der
- 16 Umweltfreundlichkeit außerdem billiger. Dort wo Laub niemanden gefährdet, sollte es
- 17 auch einfach liegen gelassen werden. Denn es bietet Tieren einen Rückzugsort und
- 18 Schutz im Winter.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S03: Sport ist politisch!

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Versammlung möge beschließen:

1 Erst die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking, dann die Olympischen Winterspiele
2 2022 in Peking und jetzt im Winter 2022 die Fußballweltmeisterschaft in Katar. Dass
3 große Sportereignisse aller Art immer wieder in Ländern mit einer autoritären
4 Regierung stattfinden, gehört mittlerweile zum Alltag im Sportgeschäft. So verbreitet
5 sich der Eindruck, dass es den großen Sportverbänden egal ist, ob sie ihre
6 Wettbewerbe in Ländern mit Menschenrechtsverletzungen durchführen. Doch die Debatte
7 darüber, wie wir als Gesellschaft auf solche Sportereignisse reagieren sollen,
8 entfacht immer wieder aufs Neue.

9

10 Sollen wir die Wettbewerbe nicht im Fernsehen verfolgen? Müssen Sportler*innen ihre
11 Teilnahme an den Wettbewerben verweigern? Soll die Politik eingreifen?

12

13 Beispielsweise ist die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen bei der
14 Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022 ein großes Thema. Den Arbeiter*innen wird bei
15 Arbeitsausfall das Einkommen gestrichen, Urlaub und freie Tage werden ihnen
16 vorenthalten und sie müssen mehr als 80 Stunden die Woche arbeiten. Doch als wäre das
17 nicht schon genug, sind zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft in Katar
18 bereits jetzt 15.000 Arbeitsmigrant*innen aufgrund der unmenschlichen
19 Arbeitsbedingungen und der schlechten Versorgung gestorben. All das sind keine
20 Einzelfälle. Immer wieder dringen Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen bei großen
21 Sportereignissen in Autokratien an die Öffentlichkeit.

22

23 Wir Jusos sind klar in unserer Haltung, dass Ausbeutung, Sklaverei und weitere Formen
24 von Menschenrechtsverletzungen mit allen Mitteln verhindert werden müssen und dafür
25 die Gesellschaft, die Politik und die Sportler*innen an einem Strang ziehen müssen.

26

27 Denn Sportler*innen sind in unserer Gesellschaft Vorbilder. Viele verschiedene
28 Menschen schauen zu ihnen hoch und orientieren sich an ihren Handlungen und Aussagen.
29 Damit erreichen sie auch nicht politisierte Menschen. Daher tragen sie eine
30 Mitverantwortung dafür, wie wir mit den Wettbewerben in den Autokratien umgehen. Sie
31 stehen zwar nicht in der Hauptverantwortung, allerdings dürfen sie sich nicht weg
32 ducken, sondern müssen klare Haltung beziehen.

33

34 Daher fordern wir:

35

- 36 • Dass Sportverbände, wie das Internationale Olympische Komitee (IOC), FIFA oder
37 das Internationale Paralympische Komitee (IPC) klare Haltung gegen Autokratien
38 zeigen. In den zukünftigen Auswahlprozessen für die Gastgeberländer muss durch
39 unabhängige Expert*innen geprüft werden, ob in den Bewerbungsländern
40 Menschenrechtsverletzungen Sollte dies der Fall sein, müssen die Länder umgehend
41 aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen werden.
- 42 • Die bereits jetzt vergebenen Wettbewerbe in Autokratien sollen bedingungslos
43 abgesagt werden.
- 44 • Seriöse und unabhängige Berichterstattung muss von den Dachorganisationen bei
45 den Veranstaltungen vor Ort uneingeschränkt gewährleistet werden.
- 46 • Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Autokratien boykottieren. Der Staat
47 soll sie dabei unterstützen, wenn sie aufgrund der nicht Teilnahme, in
48 finanzielle Not kommen. Dies soll durch Fördertöpfe geschehen, die von den
49 betroffenen Sportler*innen abgerufen werden können.
- 50 • Solange Wettbewerbe noch in Autokratien stattfinden, sollen Politiker*innen
51 diese konsequent boykottieren und so mit ihrer Abwesenheit verhindern, dass
52 Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden.

Antrag S04: Gratis Wetter für alle

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Änderung des DWD-Gesetzes dahingehend, dass der Deutsche
- 2 Wetterdienst dem Gemeinwohl verpflichtet sein muss und sämtliche seiner
- 3 Dienstleistungen kostenfrei werden. Hintergrund dieser Forderung ist, dass genau das
- 4 aktuell verhindert wird. Eine App des Deutschen Wetterdienstes (DWD), die
- 5 verlässliche Wetterinformationen und Wetterwarnungen anzeigt, nichts kostet und keine
- 6 Werbung einblendet. Genau so etwas setzte der Deutsche Wetterdienst um, musste es
- 7 aber wieder aus den Appstores nehmen, da der private Anbieter WetterOnline dagegen
- 8 als wettbewerbswidrig klagte. Der Bundesgerichtshof gab WetterOnline nach
- 9 jahrelangem Streit Recht und urteilte, dass der Wetterdienst nur Warnungen etwa vor
- 10 Lawinen, Sturm oder Hochwasser kostenfrei anbieten dürfe. Weitergehende Informationen
- 11 müssen kostenpflichtig sein. Die Rohdaten indes stellt der DWD zum größten Teil
- 12 online zur Verfügung. Diese Daten sind jedoch nicht für Nutzer*innen zu gebrauchen –
- 13 wohl aber für viele private Dienstleister, wie WetterOnline.
- 14 Wir fordern, dass das DWD Gesetz dahingehend geändert wird, dass es dem Wetterdienst
- 15 nicht weiter vorschreibt, dass seine Dienstleistungen vergütet werden müssen. Um es
- 16 nochmal in aller Deutlichkeit zu sagen: **Der Wetterdienst ist dem Gemeinwohl**
- 17 **verpflichtet und sämtliche seiner Dienstleistungen müssen kostenfrei werden.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U01: Raub – und Großkatzen gehören nicht in den privaten Besitz!

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Unterbezirk Schaumburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jusos fordern ein Verbot von Raub- und Großkatzen in privater Haltung! Zu diesen
- 2 zählen insbesondere der Tiger, Jaguar, Löwe, Leopard, Schneeleopard sowie Gepard und
- 3 Puma. Dies ist aktuell in Deutschland nicht grundsätzlich verboten, sondern nur
- 4 reglementiert durch das Washingtoner Artenschutzabkommen und dem Säugetiergutachten
- 5 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Wichtig ist nur, dass die
- 6 Tiere nicht aus der Wildnis, sondern aus der Zucht kommen. Die Kontrolle für dieses
- 7 Säugetiergutachten liegt allerdings bei den Bundesländern und Kommunen sodass dies
- 8 unterschiedlich intensiv geprüft wird.

Begründung

Immer wieder sieht man wie beispielsweise in Musikvideos Raubkatzen als Statussymbol benutzt werden. Doch klar ist auch, dass unabhängig von Video-Drehs, die Bedürfnisse von Raubkatzen wie Tiger oder Löwen in einer privaten Gefangenschaft nicht erfüllt werden können. Raubkatzen sind anders als die meisten Hauskatzen keine domestizierten Tiere. Raubkatzen haben hohe Ansprüche und zeigen oft in Gefangenschaft Verhaltensauffälligkeiten. Für die Haltung dieser Tiere gibt es aktuell kein Gesetz was eine Ausbildung zum Tierpfleger oder Tierpflegerin voraussetzt. Dieses fehlende Wissen und die mangelnden Kontrollen sorgen dafür, dass die Tiere oft in zu kleinen Käfigen gehalten werden. Zudem wenn Sicherheitsvorkehrungen nicht eingehalten werden, besteht auch ein Risiko für einen Ausbruch der Tiere und somit auch eine Gefahr für umliegende Nachbarn.

Antrag U02: Haltungsklassen System ausweiten

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Harburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass darauf hingewirkt wird, dass die von
- 2 der Kühltheke bekannte Auszeichnung der Haltungsklassen 1-4 auf sämtliche
- 3 Fleischprodukte ausgeweitet werden, egal ob in der SB-Theke, dem Bedientresen von
- 4 Fleischereien oder Restaurants.

Begründung

Die vor einiger Zeit eingeführten Haltungsklassen auf Fleisch aus der SB-Theke wirken. Studien haben ergeben, dass Verbraucher*innen durch die vierstufige Kennzeichnung bewusster Fleisch kaufen und konsumieren. Dennoch werden die Verbraucher*innen andernorts noch getäuscht. Nicht umsonst kann man das Fleisch, was man in der SB-Theke mit Klassifizierung kaufen kann, oftmals wenige Meter weiter ganz ohne jegliche Anzeige der Haltungsklassen am Bedientresen der Supermarkt Fleischerei kaufen. Durch das bessere Erscheinungsbild dieser Tresen im Vergleich zur SB-Theke wird suggeriert, dass es sich bei den dort verkauften Produkten stets um bessere Haltungskategorien handeln würde als in der SB-Theke. Diese Annahme ist jedoch falsch und irreführend.

Mit diesem Antrag soll daher erreicht werden, dass die Möglichkeit der Verbraucher*innen gestärkt wird, fundierte Entscheidungen in Bezug auf die gewünschte Haltungsklasse treffen zu können. Auch bei Fleischprodukten jeglicher Art soll dies geschehen, damit die Verbraucher*innen leicht erkennen können, in welchen Produkten Fleisch welcher Qualität verwendet wurde. Anderes kann auch für Restaurants jeglichen Qualitätsstandards nicht gelten. Auch hier findet obige Begründung Anwendung.

Antrag U03: Mutterkonzern muss erkennbar sein – den Endverbraucher mit mehr Transparenz schützen!

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bei jedem Lebensmittel muss für den Endverbraucher sofort erkennbar sein, welches
- 2 Mutterunternehmen hinter den Produkten des jeweiligen Tochter- bzw. Enkelunternehmens
- 3 steht. Daher wird gefordert, dass alle Mutterunternehmen für den Verbraucher
- 4 eindeutig auf der Ware erkennbar sein müssen, beispielsweise mithilfe eines Logos,
- 5 einem Schriftzug oder dem Impressum.

Begründung

Heutzutage ist es oft nicht mehr durchschaubar welches Mutterunternehmen hinter den einzelnen Unternehmen steht. Dies liegt zum einem daran, dass die Konzerne teilweise bewusst versuchen den Mutterunterkonzern zu verschleiern um somit einen in Wirklichkeit nicht existenten Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Tochterunternehmen herzustellen. Zum anderen wird die Lebensmittelbranche regelrecht von Unternehmen überflutet, sodass es nicht im Ansatz möglich ist, den Überblick zu bewahren. So hat beispielsweise Nestle laut eigenen Angaben mehr als 2000 Marken über welche sie Lebensmittel vertreiben – auf den Produkten erkennbar sind diese allerdings häufig nicht.

Für den Endverbraucher muss jedoch eine maximale Transparenz bestehen, sodass sich dieser bewusst ist, welches Mutterunternehmen hinter dem Unternehmen bzw. dessen Produkt steht, und sich dann im Zweifel für oder gegen das Produkt entscheiden kann.

Antrag U04: Medikamente und Blei aus Wasser filtern

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	Unterbezirk Nienburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Forderungen:**

- 2 • Mehr Fördergelder für die Forschung an der Befreiung unseres Abwassers von
- 3 Medikament Resten
- 4 • Die Verträglichkeit für Kinder bei den Konzentrationsgrenzen stärker mit
- 5 einbeziehen (Blei)
- 6 • Nicht darauf warten, dass der Anteil der Medikamente messbar wird oder einen
- 7 Einfluss auf unsere Gesundheit nimmt, sondern mit dem Auftreten der Stoffe
- 8 eingreifen

Begründung

Derzeit werden Medikamente bei unserer Abwasserreinigung nicht mit einbezogen da ihr Anteil noch nicht „messbar“ ist. Nur in einigen Kommunen wird Probeweise mit Aktivkohle gegen einen geringen Prozentsatz der ganzen Bandbreite der Medikamente vorgegangen. Hierbei ist noch nicht einmal klar wie erfolgreich diese Methode ist.

Das die Belastung eine Rolle spielt steht außer Frage. Die Wissenschaft hat entdeckt, dass immer mehr männliche Fische weibliche Geschlechtsorgane ausbilden, weil sich durch die Anti-Babypille ein erhöhter Anteil an Östrogenen im Wasser befindet. Bis die Auswirkungen auf den Menschen (die bei weitem noch nicht geklärt sind) deutlich wird, wird es wohl noch dauern, aber es lässt sich wohl sagen, das auf kurz oder lang etwas geschehen wird.

Das Problem ist hierbei jedoch nicht nur die Pille. 10 bis 15% der Medikamente werden ungenutzt über die Kanalisation entsorgt. Zusätzlich nutzt unser Körper die eingenommenen Medikamente nie vollständig. 70% der Antibiotika scheiden wir ungenutzt wieder aus. Bei Tamiflu (ein Grippemedikament) sogar zu 80 bis 90%. Und als wäre das noch nicht genug wird das Diabetesmedikament zu nahezu 100% wieder ausgeschieden.

Um die uns noch unbekanntem Einflüsse auf unseren Körper so gut es geht zu mindern sollte man jetzt an einer Lösung arbeiten/eine Lösung fördern und nicht darauf warten, dass die Stoffe „messbar“ werden und/oder die ersten Einflüsse auf den Menschen sichtbar werden. Zumal es sich ja nicht um den Einfluss von nur einem Medikament handelt, sondern gleich um einen ganzen Cocktail an Medikamente.

Auch wird bei den allgemeinen Grenzwerten der EU und WHO meist nur der Einfluss auf Erwachsene betrachtet. So halten Wissenschaftler die 10µg/l Blei, die für Erwachsene als ungefährlich gelten, bei Kindern für sehr bedenklich. Bis 2036 soll die Grenze auf 5µg/l herabgesetzt werden. Aber sollte man, wenn es doch die Möglichkeit der Minderung gibt, seine Kinder noch 14 Jahre diesen Substanzen aussetzen.

Deshalb fordern wir, dass Kinder bei den Grenzwerten stärker mit einbezogen werden und wir uns nicht unsere Zukunft verbauen, in dem wir unserer Zukunft, den Kindern, schaden. Nur weil ein Stoff gerade in so geringen Konzentrationen vorkommt, dass er keinen Schaden auf den Erwachsenen hat, müssen wir

deshalb unsere Tiere und Kinder in Gefahr bringen? Müssen wir immer erst darauf warten das etwas passiert? Wir finden das nicht. Im Gegenteil. Jetzt ist die Zeit sich darum zu kümmern, damit es eine Zukunft gibt!

Antrag V01: Kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass alle in der EU wohnhaften Personen zum 18. Geburtstag einen
- 2 Gutschein für ein Interrail-Ticket zur Nutzung im Laufe des folgenden Jahres
- 3 ausgestellt bekommen. Um die bei der Reise anfallenden Kosten zu senken sollen
- 4 zusätzlich für Nutzer*innen des Tickets Vergünstigungen in Hostels und
- 5 Jugendherbergen ermöglicht werden und die Zuzahlung bei der Nutzung von Schlafwagen
- 6 entfallen.

Begründung

Mit einem Interrail-Ticket können in einem Monat bis zu 33 Länder Europas mit der Bahn bereist werden. Das ist nicht nur die umweltschonendste Form des Reisens, sondern auch eine einmalige Chance, die einzelnen EU-Staaten näher kennenzulernen und sich stärker zur EU verbunden zu fühlen.

Bisher gibt es neben der Möglichkeit, ein solches Ticket zu kaufen, die Chance, es im Jahr des 18. Geburtstags bei einer online-Auswahl zu erhalten. In der Runde von 2018-2019 haben sich 350.000 Bewerber*innen um insg. 70.000 verfügbare Tickets beworben. In den vergangenen beiden Jahren fiel das Programm coronabedingt aus, sodass sich diese Altersgruppen in diesem Jahr ausnahmsweise zusätzlich zum regulären Jahrgang bewerben konnten. Dadurch stieg die Anzahl der Bewerber*innen deutlich, die Anzahl der zu vergebenden Tickets sank aber mit 60.000 im Vergleich zur Vorrunde sogar. Die Chancen, das Bewerbungsverfahren erfolgreich zu durchlaufen, sind folglich eher gering.

Der Brexit ist jedoch ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass die jungen Leute die EU tragen, ihre Werte verinnerlichen und den interkulturellen Austausch leben.

Zudem ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass junge Menschen, die im Rahmen einer solchen Reise gute Erfahrungen mit dem Reisen mit der Bahn machen, auch in Zukunft vermehrt diese umweltfreundliche Methode nutzen werden.

Antrag V02: Kostenloses Interrail-Ticket für neu in die EU eingebürgerte, volljährige Personen

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass jede volljährige Person, die neu in die EU eingebürgert wird, einen
- 2 Gutschein für ein Interrail-Ticket zur Nutzung im Laufe des folgenden Jahres
- 3 ausgestellt bekommt. Um die bei der Reise anfallenden Kosten zu senken sollen
- 4 zusätzlich für Nutzer*innen des Tickets Vergünstigungen in Hostels und
- 5 Jugendherbergen ermöglicht werden und die Zuzahlung bei der Nutzung von Schlafwagen
- 6 entfallen.

Begründung

Mit einem Interrail-Ticket können in einem Monat bis zu 33 Länder Europas mit der Bahn bereist werden. Das ist nicht nur die umweltschonendste Form des Reisens, sondern auch eine einmalige Chance, die einzelnen EU-Staaten näher kennenzulernen und sich stärker zur EU verbunden zu fühlen.

Gerade neu in die EU eingebürgerte Personen können durch den Erhalt eines Interrail-Tickets wichtige Erfahrungen, wie das freie Reisen oder den Zusammenhalt der Menschen, sammeln und sich so in Europa willkommen und heimisch fühlen.

Antrag W01: Antrag zur Wiederauflage des Kinderbonus von 2020/21

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Harburg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass sich die Bundesregierung, respektive
- 2 die SPD, sich für eine Wiederauszahlung des „Kinderbonus“ im Jahr 2022 stark machen
- 3 sollte. Diese einmalige Sonderzahlung wurde im Rahmen des Zweiten Gesetz zur
- 4 Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen im Juni 2020 eingeführt und lag in Höhe von 300
- 5 Euro pro Kind.

Begründung

Olaf Scholz bewarb das im Juni 2020 auf den Weg gebrachte Konjunkturpaket der GROKO als „Wumms“ gegen die Coronakrise. Das Paket beinhaltete eine temporäre Mehrwertsteuersenkung und einen Kinderbonus in Höhe von 300 Euro für jedes im Jahr 2020 kindergeldberechtigte Kind. Im Jahr 2021 wurde ein Kinderbonus in Höhe von 150 Euro gezahlt. Dabei kostete der Kinderbonus den Fiskus rund 4 Milliarden Euro, wohingegen die Senkung der Mehrwertsteuer mit rund 20 Milliarden ins Gewicht fiel (Spiegel. Der wahre Wumms kommt vom Kinderbonus). Sozialverbände lobten dabei den positiven Effekt des Kinderbonus, der insbesondere bei Empfängern von Sozialleistungen einen positiven Effekt verzeichnete. Wir als Jusos setzten uns vehement dafür ein, dass Kinder von Sozialleistungsbeziehern nicht noch stärker durch die Corona Pandemie leiden müssen, soziale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Ein weiterer positiver Effekt ergab sich aus der Verrechnung des Kinderbonus mit dem Kinderfreibetrag, was eine Steuererleichterung im Stil der „Gießkanne“ verhinderte, Gutverdiener*innen wurden auf diese Weise nicht weiter entlastet. Angesichts steigender Inflation, steigender Verbrauchs- und Energiepreise sollten Familien mit mittleren und unteren Einkommen auch im Jahr 2022 einen Kinderbonus erhalten, der sich auf dem beschriebenen Niveau von 300 Euro pro Kind befinden sollte. Die symbolische Erhöhung des Kinderzuschlags um 4 Euro reicht bei weitem nicht aus, um Familien in Krisenzeiten zu stärken.

Für Kinder aus Familien von Sozialhilfeempfänger*Innen und „Aufstocker*Innen“ sollte der gezahlte Beitrag pro Kind bei 350 Euro liegen, um den besonders betroffenen Kindern stärkere Teilhabe zu ermöglichen.

Antrag W02: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen:
- 2 Wir fordern die Bundesregierung, sowie die SPD-Geführten-Landesregierungen dazu auf,
- 3 ein Gesetzesvorhaben zur Abschaffung der Sperrkontopflicht für Studierende aus Nicht-
- 4 EU-Staaten auf den Weg zu bringen.

Begründung

Ein Sperrkonto müssen alle Studierenden aus dem Nicht EU-Ausland nachweisen, auf diesem muss ein Betrag in Höhe von 10.332€ hinterlegt sein. Der Wert orientiert sich am 12-fachen BAFÖG-Höchstsatz. Die betroffenen Studierenden müssen dies auch bei einer Verlängerung des Aufenthaltsstatus erneut vorweisen. Durch die Höhe und den fehlenden Zugriff auf das gesperrte Geld, abgesehen von der monatlichen Ausschüttung, werden Studierenden hier noch mehr Hürden für ein Studium in Deutschland gesetzt. In Niedersachsen besteht zwar zudem die Möglichkeit, dass eine Bürgschaft für die Studierenden übernommen wird. Dies geht jedoch mit hohen Anforderungen und Risiken an den Bürger*innen einher. Für uns ist dies keine zumutbare Alternative!

In anderen Bundesländern wie z.B. in Hamburg wird kein Sperrkonto mehr verlangt. Es genügt eine Selbsterklärung, dass genug Geld zur Finanzierung des Studiums bereitsteht. Dies ist keine abschließende Lösung, dafür ist eine künftige Öffnung des BAFÖG für Ausländische Studierende wichtig. Dieses muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus für alle Studierenden in Deutschland verfügbar sein.

Als wenn diese Gründe zur Abschaffung des Sperrkontos sowohl in Niedersachsen, als auch deutschlandweit nicht schon genug wären, sind im Juni 2021 eine Vielzahl von Studierenden von Sperrkontoanbietern getäuscht worden. So erhielten mehrere hundert Studierende keine Auszahlungen von ihren eigenen Sperrkonten und mussten so monatelang mit Existenznöten leben. Eine Abschaffung der Sperrkontopflicht würde somit einer Vielzahl von Studierenden helfen.

Verweise:

Hamburg: <https://www.hamburg.de/conte-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf>

Auswärtiges Amt: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488> Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten-existenznot-103.html>

Bund Ausländischer Studierender: <https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierender/>

GEW: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/im-labyrinth-der-buerokratie>

Antrag W03: Mehrwertsteuersenkung für vegetarische und vegane Produkte

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	Unterbezirk Region Hannover
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Ergänzung der Anlage 2 des UStG um vegetarische und vegane Milch-,
- 2 Fleisch- und Fisch-Ersatzprodukte, sodass diese gem. § 12 Abs. 2 UStG künftig mit dem
- 3 ermäßigten Steuersatz von 7 % besteuert werden. In dieser Mehrwertsteuersenkung
- 4 sollen Milchersatzprodukte wie unter anderem Hafer- und Mandeldrink sowie Fleisch-
- 5 und Fischersatzprodukte beispielsweise auf Sojabasis eingeschlossen sein.

Begründung

Eine Steuersenkung hätte mehrere Vorteile, zum einen wäre sie wichtig, um unsere Ernährung langfristig gesund, nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten. Momentan schreckt der im Vergleich zu konventionellen Produkten hohe Preis entsprechender Alternativen potenzielle Kund*innen ab. Des Weiteren wird gegenwärtig der Eindruck erweckt, es wäre überhaupt nicht wichtig, dass wir unsere Ernährung überdenken, da der Gesetzgeber vegetarische und vegane Alternativen nicht zu unseren Grundnahrungsmitteln zählt, sondern sie als verarbeitete Lebensmittel einstuft und somit mit 19 % besteuert.

Laut der Landwirtschaftsorganisation FAO der UN stammen 14,5 % der weltweiten von Menschen verursachten Treibhausgase von der Haltung und Verarbeitung von Tieren. Somit trägt unsere Ernährung einen wesentlichen Teil zum weltweiten Ausstoß bei. Wenn der Mehrwertsteuersatz auf vegetarische und vegane Alternativprodukte auf 7 % gesenkt würde, würde dies ein wichtiges Zeichen für den Kauf von Ersatzprodukten setzen, und somit zu einer klimafreundlichen Ernährung beitragen.

Einer ungleichen Besteuerung von oben genannten Lebensmitteln fehlt jegliche langfristig haltbare argumentative Grundlage und ist nicht mehr der aktuellen Zeit angemessen.

Antrag W04: Entweder staatliche Unterstützung oder Dividenden

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:	Unterbezirk Göttingen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

1 Gerade in der Corona-Krise und vor allem in ihren Folgen haben wir es gesehen. Früher
2 sollte sich der Staat bei allen Dingen, die die Wirtschaft betreffen raushalten, im
3 Sinne von „der Markt regelt das“. Jetzt, wenn es aber mal wieder nicht so gut läuft,
4 da schreien die Unternehmen nach staatlicher Unterstützung, vor allem in Form von
5 Subventionen (zum Beispiel in Form der sogenannten „Coronahilfen“). Trotzdem schütten
6 sie weiter Milliarden an Dividenden an ihre Aktionär:innen aus. Ein Beispiel hierfür
7 ist Daimler im Frühjahr 2021. Dies gilt aber nicht nur für Unternehmen in der
8 sogenannten „Privatwirtschaft“, sondern auch für jene, welche im Bereich der
9 öffentlichen Daseinsfürsorge tätig sind (im besonderen Maße im Gesundheitswesen).
10 Damit muss aber jetzt Schluss sein!

11

12 Wir fordern, dass Unternehmen keine Dividenden mehr an ihre Aktionär:innen
13 ausbezahlen dürfen und schon gar keinen Sonderbonus, wenn im betreffenden
14 Geschäftsjahr in irgendeiner Form Subventionen gezahlt oder anderweitig staatliche
15 Unterstützungen zur (teilweisen) Finanzierung des Unternehmens in Anspruch genommen
16 werden/wurden. Rückwirkend sollen alle Unternehmen, die diese ausgeschüttet haben,
17 ihre Subventionen oder anderen Unterstützungen vollständig zurückbezahlen, wenn dies
18 nicht sowieso schon vorgesehen ist (Stichwort Kredite).

Begründung

Erfolgt mündlich